

Internationales Institut  
Libérale Politik Wien



Sozialwissenschaftliche  
Schriftenreihe

Internationales Institut  
Libérale Politik Wien

**China:**  
**Was hat sich seit 1976 ereignet?**  
Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen  
Implikationen der von Deng Xiaoping  
angestoßenen Reformen

von

URS SCHÖTTLI

**Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe**

**Reihe Studien**

**Wien, August 2008**



Internationales Institut für Liberale Politik Wien

# SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

## **China: Was hat sich seit 1976 ereignet?**

Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

von Urs Schöttli



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

**Dr. Urs Schöttli**, geboren 1948 in BASEL. Philosophiestudium an der Universität BASEL. 1978 bis 1982 Generalsekretär der Liberalen Internationalen in LONDON, danach bis 1991 Geschäftsführender Vizepräsident.

1983 bis 1989 Südasienkorrespondent der NZZ in DELHI. 1990 bis 1995 Iberien-Repräsentant der deutschen *Friedrich-Naumann-Stiftung*, erst in MADRID und danach in SINTRA, Portugal. Von 1993 bis 1995 ehrenamtlicher Sekretär der *Großeuropakommision*.

1996 Rückkehr zur NZZ, dort bis 1999 Korrespondent in HONGKONG, danach von 1999 bis 2002 Fernostkorrespondent in TOKIO, 2002 bis 2007 China-Korrespondent in PEKING. Seit 2007 wieder Fernostkorrespondent mit Sitz in TOKIO. Mitglied des Vorstands der *Max Schmidheiny-Stiftung*.

Urs Schöttli gehört dem Board Internationaler Konsulenten des *Internationalen Instituts für Liberale Politik* an.

### **Board internationaler Konsulenten**

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

### **Impressum**

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, August 2008

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-21-8

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung  
1983 gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Urs Schöttli

## **China: Was hat sich seit 1976 ereignet?**

Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

### Inhalt

Phase I: 1976 bis 1989	6
Die erste Phase der Reformen endete mit der Tragödie vom 4. Juni 1989	11
Phase II: 1989 bis 2003	12
Phase III: Seit 2003	14
Wie sieht die Bilanz 2007 aus? Die Stärken und Schwächen der Volksrepublik China im Olympiajahr 2008	22
Die wirtschaftliche Entwicklung: Fortschritte und Rückschläge	22
Zum traditionellen chinesischen Geschäftsgebaren	26
Zu den staatlichen Finanzinstituten	26
Zu den mangelnden Marktkräften	30
Die soziale Dynamik: Reichtumsgefälle und Korruption	31
Der politische Stau: Die KPC in der Legitimitätsfalle	33
Was bedeutet Chinas wirtschaftlicher Wiederaufstieg für die Welt?	39
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Wirtschaft:	39
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Geopolitik	43
Chinas ureigenes Interesse an einer stabilen Weltordnung	44
Chinas Rückbesinnung auf den Klientelismus	46
Chinas Planung und Chinas Verletzbarkeit	47
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken für die internationale Sicherheit	49
Welchen militärischen Ertrag wirft das chinesische Wirtschaftswunder ab?	50
Wie konstruktiv wird das neu erstarkte China auf der internationalen Bühne operieren?	51
Könnte China bei ernsthaften internen Schwierigkeiten zu externen Abenteuern verleitet werden?	51
Bibliographie	53

# China: Was hat sich seit 1976 ereignet?

## Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

---

### Phase I: 1976 bis 1989

---

Um das Phänomen Deng XIAOPING richtig zu verstehen und seine Führung in den Kontext der chinesischen Geschichte stellen zu können, muss kurz der Blick auf Chinas Schicksal im späten 19. Jahrhundert geworfen werden. China ist im 19. Jahrhundert mit Folgen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein spürbar sein sollten, ja die eigentlich bis heute noch nicht ganz überwunden sind, zu einer **verwundeten Zivilisation** (*wounded civilisation*) geworden. Schuld daran waren erst die europäischen Mächte, insbesondere **Großbritannien** und **Frankreich** und später dann **Japan**.

Schuld am Niedergang des *Reichs der Mitte* waren aber auch die chinesischen Eliten, insbesondere der Kaiserhof in PEKING. Diese sahen sich nicht nur hilflos den offensichtlich überlegenen Mächten aus Übersee gegenüber, sie verstanden auch nicht den Modernisierungsprozess im benachbarten Japan, der als „**MEIJI Restauration**“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, und verpassten damit die Gelegenheit, es den Japanern rechtzeitig gleich zu tun.

Ein reaktionärer Kaiserhof, der die zaghaften Versuche zur Modernisierung der chinesischen Gesellschaft abblockte, führte das Land an den Abgrund. Als 1911 endlich die letzte Kaiserdynastie vom Thron vertrieben und die Republik ausgerufen wurde, war es schon zu spät für den friedlichen und raschen Aufbau einer neuen, soliden politischen Ordnung. Nur wenige Jahre früher, in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hätte sich, auf den Gedanken des liberalen Staatsmannes **KANG YOUWEI** (1858-1927) von einer konstitutionellen Monarchie aufbauend, ein modernes Staatsgebilde errichten lassen.

Die Republik war **keine** Fehlgeburt, doch sollte sie von so schwächlicher Konstitution sein, dass ihr kein langes Überleben beschieden war. Auch diente der frühe Tod des Republikgründers **Dr. SUN YAT-SEN** (1866-1925) nicht der Stabilisierung dieses zerbrechlichen neuen Staatsgebildes.

In der Folge brachten der Bürgerkrieg zwischen **CHIANG KAI-SHEKs** (1887-1975) Nationalisten und **MAO ZEDONGs** (1893-1976) Kommunisten sowie die japanische Besetzung China an den Rand des Abgrunds. Als MAO am **1. Oktober 1949** auf PEKINGs *Platz des Himmlischen Friedens* die Volksrepublik China ausrief, war das riesige Land völlig ausgepowert.

Nach all der Zerstörung, nach all dem Chaos und dem jahrelangen Blutvergießen hatte MAO als Gründer des neuen Staates und Friedensbringer präzedenzlose **historische Legitimität**. MAO war zwar nicht gewählt und konnte sich bei seiner Machtübernahme auf keine geltende Verfassung berufen, doch hatte er mit der Staatsgründung sozusagen das **Mandat der Geschichte** auf seiner Seite.

Es ist hier nicht der Ort, die Persönlichkeitsdefekte auszuleuchten, die dazu führten, dass MAO, nachdem er seinem Land eine einigermaßen stabile Ordnung beschert hatte, schließlich zu seinem größten Verhängnis werden sollte. Diese Arbeit haben Jung CHANG und Jon HALLIDAY mit ihrem Buch „*Mao. The Unknown Story*“ in ausführlicher und kompetenter Weise getan. Mit dem „**Großen Sprung nach vorn**“ (1958-1961) und mit der „**Großen Kulturrevolution**“ (1966-1976) sollte der megalomane „*Große Vorsitzende*“ das uralte Kulturvolk an den Rand des Untergangs steuern.

Blickt man zurück auf das Jahr **1976**, in dem MAO das Zeitliche segnete, die „*Viererbande*“ entmachtet und der Wahnsinn der „*Großen Kulturrevolution*“ beendet wurde, so liegt der Schluss nahe, dass all das immense Leid, das China seit der vorletzten Jahrhundertwende hatte durchstehen müssen, vergeblich war. Die Chance, mit einem neuen Staat und einer neuen Gesellschaft endlich den Sprung in die Moderne zu schaffen, den man Ende des 19. Jahrhunderts fatalerweise verpasst hatte, war ein weiteres Mal vertan und in eine ungewisse Zukunft aufgeschoben worden.

Es ist an dieser Stelle nötig, kurz auf die Frage einzugehen, ob denn MAO nicht ein Opfer der Zeitumstände war und ob er angesichts des historischen Ballasts, der auf der chinesischen Gesellschaft lastete, überhaupt eine andere Option gehabt hatte, als diejenige, die er schließlich wählen sollte. Im Falle der „*Großen Kulturrevolution*“ ist es weniger schwierig, eine Antwort zu finden, als im Falle des „*Großen Sprungs nach vorn*“.<sup>1</sup>

Der „*Große Sprung nach vorn*“ war ökonomischer Wahnsinn und war nicht Chinas gottgewolltes Schicksal. Die Führung der Volksrepublik hätte einen anderen Weg wählen können, um das Land aus der wirtschaftlichen Misere, in die es durch Krieg und Bürgerkrieg hinein getrieben worden war, zu befreien. Es ist wahr, dass das Vorbild der stalinistischen Industrie- und Gesellschaftspolitik um jene Zeit nicht nur in China, sondern auch bei Indiens erstem Ministerpräsidenten Jawaharlal NEHRU große Attraktivität besaß.

Die Advokaten der erzwungenen Industrialisierung und vor allem der *Kulakenverfolgung*,<sup>2</sup> die es in der Sowjetunion und in der Volksrepublik, nicht jedoch in Indien gab, hatten nicht die allein seligmachende Wahrheit gepachtet. Sowohl in der UdSSR als auch in China gab es einflussreiche Kräfte, die einen anderen, rationaleren Gang der wirtschaftlichen Modernisierung forderten. Sie wurden indessen im Machtkampf zerrieben, in einem **Machtkampf**, der nicht in erster Linie um die Wirtschaft, sondern um das **absolutistische, totalitäre Gewaltmonopol** ging. Es kommt nicht von ungefähr, dass STALIN und MAO mit ungefähr dem gleichen Zeithorizont nach ihrer jeweiligen Machtübernahme den *Kulakenterror* lostraten.

In beiden Fällen, in der Sowjetunion wie in der Volksrepublik verursachte die **Zwangsindustrialisierung** und die **Kulakenverfolgung** eine Massenhungersnot. Im Jahre 1958 lancierte MAO den „*Großen Sprung nach vorn*“, der mit einer völlig realitätsfremden Landwirtschafts- und Industriepolitik das *Reich der Mitte* in die schwerste Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte stürzte. Als der „*Große Sprung*“, der auch den Bruch PEKINGS mit MOSKAU begleitete, 1960 schließlich abgebrochen werden musste, hatte MAOs „Experiment“ Dutzenden von Millionen

Menschen das Leben gekostet. Um sich zu retten und von der Verantwortung am großen Desaster abzulenken, veranstaltete STALIN wenige Jahre später den „*Großen Terror*“, und MAO löste ebenfalls wenige Jahre später die „*Große Kulturrevolution*“ aus.

Bekanntlich fand die „*Große Kulturrevolution*“ im Ausland große Beachtung und bei linksalternativen Kreisen eine respektable Gefolgschaft. Viele der 68-er schwenkten MAOs rotes Büchlein und ließen die Kulturrevolution hochleben. Noch heute steht eine Entschuldigung für dieses fehlerhafte, verantwortungslose und letztlich zutiefst rassistische Verhalten aus. Man kann nicht leichtfertig behaupten, man sei naiverweise dem „*Großen Vorsitzenden*“ auf den Leim gekrochen, habe nichts von den Gräueltaten, die von den Kulturrevolutionären angerichtet wurden, gewusst. Natürlich hatte man damals nicht Zugang zur Fülle der Informationen, die im Buch von Jung CHANG und Jon HALLIDAY enthüllt werden, doch bekannt war schon damals, dass unzählige Menschen verfolgt, erniedrigt oder gar getötet wurden und dass unschätzbare Kulturschätze vorsätzlich zerstört wurden.

Es ist somit klar, dass es an der „*Großen Kulturrevolution*“ nichts zu beschönigen und zu verteidigen gibt. Dies entbindet einen im Nachhinein indessen nicht, auf die Rahmenbedingungen einzugehen, wegen denen das Verhängnis seinen Verlauf nehmen sollte. Im Zentrum stand eindeutig die machtpolitische Taktik MAOs, der nach dem Desaster des „*Großen Sprungs nach vorn*“ seine Alleinherrschaft bedroht sah. Inwiefern diese Furcht auch einem pathologischen Misstrauen entsprang, ist von einem Außenstehenden kaum zu eruieren.

Doch darüber hinaus gab es auch Sachzwänge, die seit der Errichtung der Volksrepublik bestanden hatten. MAO war der Ansicht, dass, obschon die Kommunistische Partei den Bürgerkrieg gewonnen hatte, auch nach der Etablierung der Volksrepublik die alten Praktiken und traditionellen Werte der chinesischen Kultur und Zivilisation, die ihm zutiefst verhasst waren, weiterhin ihre Geltung behalten hatten. Solange dies der Fall war, so MAOs Überzeugung, hatte es keinen wirklichen, wahrhaft revolutionären Neubeginn in China gegeben.

In Tat und Wahrheit war MAO ZEDONG kein Marxist im westlichen Sinne, sondern ein **Legalist, ein rabiater Antikonfuzianer**. Es handelt sich bei dieser Unterscheidung nicht um esoterische Wortspaltereien, sondern um einen wichtigen Hinweis nicht nur auf das Wesen von MAOs Herrschaft und Missetaten, sondern auch auf die nachfolgenden Korrekturen, die im Rahmen der Reformen von DENG XIAOPING vollzogen werden sollten.

In der dekadenten Spätphase ihrer Herrschaft hatte sich die CHING Dynastie sehr ausgeprägt auf den *Konfuzianismus* berufen. Es handelte sich dabei, wie es häufig in der chinesischen Geschichte geschehen ist, um einen schlichten Missbrauch des *Großen Weisen* zu eigenen dynastischen Machtzwecken. Dies änderte jedoch nichts daran, dass **KONFUZIUS** bei den Modernisierungskräften, welche die CHING Dynastie nicht ohne Grund für den Niedergang Chinas verantwortlich machten, dadurch in Misskredit geriet. In den Augen der Modernisierer musste China die Werte und Verhaltensregeln des *Konfuzianismus* über Bord werfen. **Der Große Weise wurde als Reaktionär und als Hauptverantwortlicher für Chinas Misere** gebrandmarkt. Es war dies nicht nur die Haltung der Kommunisten und insbesondere MAO ZEDONGS, sondern auch die Ansicht von moderaten, liberalen Kräften.

In der Tat war der *Konfuzianismus* in der Spätphase der letzten Kaiserdynastie zu einer Bürde für das Land geworden. Darob geriet allerdings in Vergessenheit, dass große Kaiser, die dem Lande im 17. und 18. Jahrhundert lange Epochen von Frieden und Wohlstand beschert hatten, sich ebenfalls auf den *Konfuzianismus* berufen hatten. Zu den Eigenheiten der Lehre von KONFUZIUS gehört, dass sie sehr ausgeprägt auf das Diesseits fokussiert ist. Der *Große Weise* hat sich für Fragen der Metaphysik und Spekulationen darüber, was nach dem Tode kommt, kaum interessiert.

Es ist diese **innerweltliche Selbstbeschränkung des Konfuzianismus**, der ja auch keine Religion, sondern viel eher eine Weisheitslehre ist, die hinter dem sehr **ausgeprägten Pragmatismus der Chinesen** steht. Es ist wiederum dieser Pragmatismus, der die Chinesen zu wendigen Händlern und geschickten Unternehmern macht.

MAO mag seine Kampagne gegen den *Konfuzianismus* mit marxistischen Slogans verbrämt haben, Tatsache ist, dass ökonomische Wahnideen, wie sie im Rahmen des „*Großen Sprungs nach vorne*“ in die Tat umgesetzt wurden, einer ideologischen Verwerfung des traditionellen chinesischen Pragmatismus entsprachen. Die „*capitalist roaders*“, wie alle, die sich dem sozialistischen Radikalismus MAOs nicht anschlossen, mit häufig gravierenden Folgen für Leib und Leben abqualifiziert wurden, waren die Protagonisten des Pragmatismus. Sie akzeptierten eine komplexe wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit, in welcher sich der marxistische Purismus nicht umsetzen ließ.

Die „**Große Kulturrevolution**“ war nun der gigantische Versuch MAOs, die **Wurzeln des Konfuzianismus ein für allemal auszurotten**. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die brutale **Zerstörung der Familie** verstehen, die beispielsweise hinter der Kampagne stand, die Kinder ins Kollektiv aufs Land zu schicken oder sie gegen ihre eigenen Eltern und Großeltern aufzuhetzen. Die Familie, der Clan ist das Fundament des *Konfuzianismus*. Anders als bei Religionen genügte es deshalb bei der Bekämpfung des *Konfuzianismus* nicht, die Tempel zu schließen, die Priester zu verfolgen und Bücher zu verbrennen. Man musste die Familie, in deren ausgeklügelter Regelung der Pflichten sich der *Konfuzianismus* verewigt hatte, zerstören.

Zehn lange Jahre wütete die „*Große Kulturrevolution*“. Noch heute leidet China im Bildungsbereich unter den fatalen Spätwirkungen der Zerstörung, die in jenen Jahren angerichtet wurde. Ganze Generationen des akademischem Mittel- und Oberbaus sind damals ausgefallen. Als MAO 1976 starb und die „*Viererbande*“ beseitigt wurde, war das Land völlig ausgepowert, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Die MAO-Biographie von Jang CHUNG und Jon HALLIDAY verweist richtigerweise nicht nur auf die Heerscharen von Toten, die der Wahnsinn gekostet hatte, sondern auch auf die Dutzenden von Millionen die mental geschädigt wurden.

Zwar wird in der offiziellen Geschichtsschreibung die „*Große Kulturrevolution*“ als eine Verirrung MAOs bezeichnet und viele prominente Opfer sind in den letzten Jahrzehnten rehabilitiert worden. Dies ändert nichts an der Tatsache,

dass **die vollständige Aufarbeitung der Ereignisse während der „Großen Kulturrevolution“ noch immer aussteht.** Dass MAOs Verbrechen ohne Wenn und Aber kritisiert werden, wird so lange nicht eintreten, als der „Große Vorsitzende“ im Sarkophag auf dem *Platz des Himmlischen Friedens* ruht und sein Portrait über dem Eingang zur *Verbotenen Stadt* hängt, mit anderen Worten, so lange es keine *Ent-Maosierung* gegeben hat. Es wäre dies übrigens ein viel schwierigeres Unterfangen als die *Ent-stalinisierung* in der Sowjetunion. Dort hatte man nach der Beseitigung STALINs aus dem Pantheon immerhin noch den Republikgründer LENIN. Im Falle MAOs handelt es sich um den Republikgründer selbst, das heißt, so er als Massenverbrecher diskreditiert wird, würde das **Fundament der Volksrepublik in Frage gestellt.**

Doch gibt es noch eine weitere Spätfolge der „Großen Kulturrevolution“, die der selbstkritischen Aufarbeitung harret. Erst vereinzelt und dies vor allem im privaten Rahmen hat man die Frage gehört, wann denn all die Menschen, die sich an den Untaten beteiligten und die häufig nicht auf Geheiß des „Großen Vorsitzenden“, sondern mit ureigenem Enthusiasmus an der Zerstörung von Kulturgütern, an der Erniedrigung oder gar Tötung von Universitätsprofessoren teilnahmen, auch zur Rechenschaft gezogen würden. Dabei geht es nicht um Massenprozesse, sondern allein um die selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen Taten und Unterlassungen während einer dunklen Zeit in der Geschichte der Volksrepublik. Vom moralischen Gesichtspunkt ist es höchst fragwürdig, einfach alle Schuld auf den „Großen Vorsitzenden“ abzuwälzen, ihn praktisch zum Sündenbock für die ganze Nation zu machen.

Es ist wichtig, all diese Hintergründe präsent zu haben, um zu verstehen, **welches Land, welches Volk DENG XIAOPING in den späten siebziger Jahren, als er die Reformen anstieß, vorfand.** Die erste Phase der Modernisierung Chinas, welche die Jahre 1976 bis 1989, die Zäsur mit dem demokratischen Frühling, umfasst, stand noch ganz im Schatten der Untaten des „Großen Vorsitzenden“. Erst musste der Schutt abgetragen werden, bevor überhaupt an eine Normalisierung zu denken war.

DENG hat für sein Wirken den Pragmatismus zur Richtgröße gemacht. Für eine Rückbesinnung auf die Werte des KONFUZIUS war China damals, in der Frühzeit der Reformen offensichtlich noch nicht reif. Dies sollte erst viel später, nach der Machtübernahme der vierten Führungsgeneration von Hu JINTAO und WEN JIABAO, folgen. Doch der **DENG'sche Pragmatismus** sollte schon bald in der Wahl der Mittel, wie China aus dem Desaster des *Maoismus* befreit werden konnte, sichtbar werden.

DENG erkannte richtig, dass China, auf sich selbst gestellt, nicht die Kraft und die Ressourcen hatte, sich aus der Misere zu befreien. Er erkannte auch, dass die Abkehr von der totalen Planwirtschaft nicht über das ganze Riesenreich hinweg gleichzeitig erfolgen konnte. Die erste Erkenntnis veranlasste ihn, eine begrenzte Öffnung Chinas zur Außenwelt anzukündigen. China benötigte Kapital und Technologie aus dem Ausland, um seine darniederliegende Industrie zu modernisieren, und es brauchte ausländische Absatzmärkte für die neuen Produkte, da es auf dem Heimmarkt praktisch keine Kaufkraft gab. Selbst in den Metropolen GUANGZHOU, PEKING und SCHANGHAI waren die Menschen bitterarm.

Damit zu jenem Zeitpunkt überhaupt ausländische Investoren und Unternehmer nach China kommen würden, musste man ihnen besondere Rahmenbedingungen anbieten. Dies erreichte **DENG XIAOPING** (1904 bis 1997) mit der Errichtung von **wirtschaftlichen Sonderzonen**, in denen exklusiv ausländische Firmen sich niederlassen konnten und die ausschließlich für den Export produzierten. In kurzer Zeit begannen diese Sonderzonen zu florieren und brachten damit dem Land nicht nur wertvolle Devisen, sei es in der Form von ausländischen Direktinvestitionen, sei es in der Form von Exporten. Sie waren auch ein Vorbild dafür, was China erreichen konnte, wenn es sich von *maoistischen* Dogmen löste und wenn auch nicht eine Marktwirtschaft, so doch eine verstärkt auf Preis- und Profitanreize ausgerichtete Wirtschaftsordnung etablierte. Diese Erfolgsausweise waren nicht für die großen Massen gedacht, sondern richteten sich an die Adresse der Kader, die DENG und seinen Reformen skeptisch gegenüber standen.

Heute in der Rückschau erscheinen die Entwicklungen der Nach-MAO-Zeit alle ihren geregelten Ablauf genommen zu haben. Es erscheint, als ob es zu den DENG'schen Reformen keine Alternative gab. Dies ist natürlich falsch. **Die Kommunistische Partei Chinas war damals und ist auch heute nicht ein Monolith.** Auch wenn nach außen ein Bild der Geschlossenheit präsentiert wird, so ist jedermann klar, dass es in dieser riesigen Partei unterschiedliche Strömungen gibt. Es mögen sich die Parameter im Laufe der Zeit ändern, doch kann davon ausgegangen werden, dass es in der KPC generell drei Denkrichtungen gibt, jene der Modernisierer und der **reformorientierten Kader**; jene der **Systemkonservativen** und jene der **Opportunisten**, die sich danach richten, in welche Richtung jeweils der Wind dreht.

Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass DENG mit seinen Reformen auf den Widerstand und das Misstrauen der Systemkonservativen stieß. Ihm kam bei seiner Reformstrategie zu gute, dass dem ganzen Land, vor allem aber auch den Kadern der KPC, die Schrecken und Entbehrungen der „*Großen Kulturrevolution*“ noch immer in den Knochen saßen. Auch konnte DENG darauf hinweisen, dass er selbst zu den Opfern der Willkür und des ökonomischen Wahnsinns von MAO ZEDONG gehört hatte. Schließlich diente ihm auch, dass er selbst am „*Langen Marsch*“ teilgenommen hatte und ein wichtiger Mitstreiter im Kampf gegen die Nationalisten und bei der Errichtung der Volksrepublik gewesen war.

Doch um das Land aus der totalen Rückständigkeit, in der es MAO zurück gelassen hatte, zu befreien, genügte nicht nur physische Anstrengungen und Propaganda, es musste auch **in den Köpfen der Menschen viel bewegt** werden, **ohne** dass es zu einem Systemkollaps kam. Als DENG die Reformen anstieß, lagen die monumentalen Ereignisse, welche die Sowjetunion zum Einsturz und den Ostblock zum Verschwinden bringen sollten, noch weit in der Zukunft. **DENGs Vorgehen bei der Reform einer kommunistischen, zentralistischen Planwirtschaft hatte keine Vorläufer**, keine Vorbilder und niemand wusste, wo die Reise hingehen würde.

Vor diesem Hintergrund wählte DENG einen **sehr vorsichtigen Kurs**. DENG visierte **keine**

**politischen Reformen** an und er sorgte mit den exklusiven Wirtschaftszonen dafür, dass der „*kapitalistische Bazillus*“ unter Quarantäne gehalten wurde. In den Weiten der Volksrepublik, bei

ihren Massen und ihren im Staatsbesitz befindlichen Monopolindustrien sollte sich vorerst nichts ändern. Die traditionellen Produktionsmethoden in der Schwerindustrie und die traditionellen Verwaltungsstrukturen blieben unverändert bestehen. Doch im Denken der Eliten bereitete DENG den Umschwung vor. Sein Slogan „**reich zu werden, ist wunderbar**“ war nicht bloß als amüsante Formel gedacht. Dahinter steckte eine viel weiter reichende Absicht. Nachdem über Jahre hinweg, das Reichwerden als verabscheuungswürdig, als konterrevolutionär geächtet worden war, wurde nun von oberster Warte erklärt, dass Reichwerden, und zwar nicht bloß im Kollektiv, sondern auch als Einzelner, etwas Erstrebenswertes ist.

Die erste Phase der Reformen von 1976 bis 1989 wurde durch zwei Schwerpunkte geprägt. Zum einen konzentrierte sich China auf die interne Entwicklung und **nahm von seiner maoistischen Rolle als Vorhut der Weltrevolution**, als Protagonistin des *Kriegs der Hütten gegen die Paläste* **Abschied**. Dies führte zu einer erheblichen Verbesserung der Beziehungen der Volksrepublik mit den Vereinigten Staaten. Bekanntlich war noch unter MAO ZEDONG von KISSINGER und NIXON eine weit reichende Umpolung der amerikanischen Ostasienpolitik eingeleitet worden, die schließlich 1979 in der **Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen WASHINGTON und PEKING** kulminieren sollte. Für die USA war die markante Verbesserung der Beziehungen zu China ein wichtiger Eckpfeiler in der globalen Rivalität mit der Sowjetunion. Die Tatsache, dass China wegen seiner langen Landgrenze mit der Sowjetunion ein Interesse an der Eindämmung der Sowjetmacht hatte, wurde von den USA für ihre eigenen Ziele im Kalten Krieg eingesetzt.

**Ohne die Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen hätten die Reformen von DENG XIAOPING kaum eine Chance gehabt.** Wie erwähnt benötigte die ausgepowerte Volksrepublik die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Ausland. Es ist offensichtlich, dass es

für solch eine Öffnung keine Chancen gegeben hätte, wenn PEKING von WASHINGTON nach wie vor als die Vorhut der Weltrevolution betrachtet und bekämpft worden wäre.

Zum Zweiten kam den Reformbemühungen die generelle **Ideologiemüdigkeit** einer durch die Entbehrungen der MAO-Jahre erschöpften Bevölkerung zustatten. Zwar ging DENG, der während der „Großen Kulturrevolution“ zusammen mit seiner Familie zu den Verfolgten und Erniedrigten gehört hatte, nicht so weit, den „Großen Vorsitzenden“ vom Podest herunter zu holen, doch die Verhaftung der „Viererbande“ und die unzweideutige Führungsrolle DENGs, der die Stellung eines „elder statesman“ und der höchsten Autorität im Staate übernommen hatte, waren klare Indizien, dass der *Maoismus* endgültig der Vergangenheit angehörte.

#### **Die erste Phase der Reformen endete mit der Tragödie vom 4. Juni 1989**

Der tragische Verlauf der Dinge im „*demokratischen Frühling*“ von 1989 ist bekannt. Dass die ganzen Proteste mit einem Blutbad endeten, lastet als schwerwiegender historischer Makel auf der Herrschaft der KPC. Eines Tages wird sie darüber dem chinesischen Volke Rechenschaft ablegen und Reue zeigen müssen. Es kann dies noch Jahre oder auch Jahrzehnte dauern, doch an einer Aufarbeitung des *Tiananmen Massakers* führt nichts vorbei, ebenso wenig an der Aufarbeitung der Untaten unter MAO ZEDONG.

Aus der Perspektive von DENG XIAOPINGS Reformen war 1989 eine gefährliche Zäsur, von der man in einer ersten dramatischen Phase nicht wusste, ob sie nicht den ganzen Reformprozess zum Entgleisen bringen würde. Im Nachhinein ist klar, dass der Bruch ohne größeren Flurschaden überwunden werden konnte. Von reformpolitischer Relevanz waren zwei Sachverhalte: die innere soziale Lage und die internationale Situation im Jahre 1989.

Schon in der ersten Phase der Reformen war erkennbar, dass diese **nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer** schaffen würden. Noch war 1989 das Reichtumsgefälle, das in einer späteren Reformphase an Bedeutung

gewinnen sollte, kein Thema. Vielmehr ging es um die **Inflation**. Bei den Protesten, die nicht nur in PEKING, sondern auch in zahlreichen anderen chinesischen Städten im Frühling 1989 stattfanden, ging es nicht nur um demokratische Anliegen. Auch entstammten die Protestler nicht nur dem studentischen Milieu. Viele gingen auf die Straße, weil sie gegen die Preissteigerungen demonstrieren wollten, und viele der Demonstranten gehörten zur Arbeiterschaft, ein Faktum, das zur besonderen Nervosität in der Führung Anlass gab.

Im Mittelpunkt von Reformen in einer kommunistischen Staatswirtschaft steht die Preisreform. Zu den Hauptgründen, weshalb der **Kommunismus** in wirtschaftlicher Hinsicht versagte und in jedem Fall seiner Anwendung in den Ruin führte, gehört, dass er **nie die Preismechanismen verstanden** hat. Man mag den **Markt** als unmoralisch oder darwinistisch verunglimpfen und bekämpfen, es führt nichts daran vorbei, dass er mit all seinen Mängeln der einzige Weg ist, **zu einer effizienten Allokation von knappen Gütern** zu gelangen. Gibt es keinen Markt, so lassen sich die angemessenen Preise nicht eruieren. Die Folge davon ist eine gigantische Verschwendung von knappen Ressourcen, sowohl materiellen als auch menschlichen Ressourcen.

Schwierig ist jedoch, aus einer Wirtschaft mit totaler Staats- und damit auch Preiskontrolle in eine Volkswirtschaft mit Preismechanismen und privaten Bewegungsspielräumen zu gelangen. Im Falle Chinas gerieten die Preise außer Kontrolle und die hohe Inflation löste zunehmend Unzufriedenheit unter der Bevölkerung aus. Dazu muss man wissen, **dass in der chinesischen Geschichte Inflation mit dem Niedergang einer Dynastie oder einer bestehenden Ordnung in Zusammenhang gebracht wird**. Dies war der Fall in der Spätzeit der CHING Dynastie. Es war aber auch der Fall während des Bürgerkriegs. Dass die Nationalisten von CHIANG KAI-SHEK die Inflation nicht unter Kontrolle bringen konnten, kostete sie den Sieg im Bürgerkrieg.

DENG und seine Reformer wussten natürlich sehr wohl um die Sprengkraft der Inflation, weshalb sie dem harten Durchgreifen der Ordnungskräfte ungeachtet aller Risiken und

Verluste an Prestige die Zustimmung gewährten. Natürlich drängten die Falken in der KPC darauf, dem „*Spuk auf dem Tiananmen Platz*“ ein rasches Ende zu bereiten. Doch gibt es inzwischen genügend Indizien dafür, **dass DENG XIAOPING höchstpersönlich die Gewaltaktion gegen die Demonstranten auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ anordnete.**

Doch gab es zu jenem Zeitpunkt noch einen externen Faktor, der die **Führung in PEKING schwer beunruhigen musste, und zwar die Ereignisse im europäischen Ostblock und in der UdSSR.** Der Fall des kommunistischen Regimes in der DDR und insbesondere das blutige Ende der CEAUSESCUS in Rumänien sandte Schockwellen nach PEKING. **DENG bezeichnete ganz offen GORBATSCHEWs Reformpolitik als eine „Gefahr aus dem Norden“ für China.** Unter den chinesischen Modernisierern, die es nicht bei Wirtschaftsreformen belassen wollten, sondern die auch eine politische Erneuerung der Volksrepublik anstrebten, besaß GORBATSCHEW natürlich besonderen Goodwill.

**DENG XIAOPING, geprägt durch die Verheerungen des chinesischen Bürgerkriegs und der „Großen Kulturrevolution“, sah die russischen Reformen als Gefahr, weil sie seiner Meinung nach am falschen Ende ansetzten. Es ging gemäß DENG nicht darum, die politischen Strukturen zu erneuern, sondern vorrangig die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen.** Gerade da Wirtschaftsreformen eine so schwierige Aufgabe sind, bedarf es einer starken Führung. Auf keinen Fall durfte nach DENGs Meinung eine so wichtige Phase der wirtschaftlichen Erneuerung durch politisches Chaos behindert oder gar verunmöglicht werden. Gerade dies sah DENG jedoch in der UdSSR geschehen, deren

spätere Auflösung ihn in der Richtigkeit seiner Meinung nur noch zusätzlich bestärken sollte.

Auf die schwierige Frage nach dem Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Erneuerung kann es drei Antworten geben: den absoluten Primat der Wirtschaftsreformen, den Vorrang der politischen Reformen und die Gleichzeitigkeit von politischem und ökonomischem Reformprozess. Es scheint, so man angesichts des prekären Kenntnisstandes über Interna der KPC sich überhaupt eine Meinung bilden kann, dass **ZHAO ZIYANG, der über den demokratischen Frühling 1989 stürzen sollte, die Gleichzeitigkeit der Reformprozesse zumindest im Ansatz anstrebte.** Auf jeden Fall hatte ZHAO erkannt, dass eine rein wirtschaftliche Öffnung der Volksrepublik nicht ausreichte, sondern dass auch die von der KPC dominierten politischen Machtstrukturen einer Überholung bedurften, die in Richtung mehr Partizipation und mehr Rechte der Bevölkerung münden sollte. Zumindest strebte er eine weniger absolutistische Stellung der KPC an.

Der Ausgang der Tragödie ist bekannt: DENG obsiegte, ZHAO musste gehen und ein Neuer, der **SCHANGHAIER Parteichef JIANG ZEMIN,** wurde an die Spitze der Partei geholt. Da DENG auch nach dem brutalen Vorgehen auf dem „*Platz des Himmlischen Friedens*“ (Tiananmen Platz) im Interesse einer Fortführung seiner Reformen keine Selbstabschließung der Volksrepublik wünschen konnte, sondern auf weiterhin gedeihliche Beziehungen insbesondere mit den USA setzen musste, hatte er dafür zu sorgen, dass der neue Mann an der Spitze nicht allzu kompromittiert war. Jedenfalls durfte er nicht das Blut der Demonstranten auf dem *Tiananmen Platz* an seinen Händen haben. Im **SCHANGHAIER Parteichef, der in seinem Wirkungsbereich die Demonstrationen auf friedliche Weise gehandhabt zu haben scheint, fand DENG den geeigneten Mann.**

---

## Phase II: 1989 bis 2003

---

Die zweite Phase der von DENG XIAOPING betriebenen Reformen hatte natürlich mit der von den internationalen Medien festgehaltenen Tragödie auf dem *Tiananmen Platz* einen **denkbar schlechten Start.** Nach der Katastrophe hatte die KPC zwei Alternativen: das ganze Reformvorhaben abzublasen oder die Reformen erst recht voranzutreiben, wohlverstanden allein

im wirtschaftlichen und nicht im politischen Bereich. Viele der Falken in der KPC sahen die Notwendigkeit, gegen die Feinde der Revolution vorzugehen, und wählten die *Zäsur vom 4. Juni 1989* als den geeigneten Augenblick, das Rad der Zeit zurück zu drehen. Es darf nicht vergessen werden, dass es unter den Manifestanten auf dem „*Platz des Himmlischen Friedens*“ neben den

Studenten und den unzufriedenen Arbeitern noch eine dritte Gruppe gab – die **Agents Provocateurs**. Die Gegner der Reformen von DENG XIAOPING haben die Proteste im Frühling 1989 sicher nicht ausgelöst, doch waren sie nur allzu bereit, die Unrast für die Förderung ihrer eigenen, retrograden Absichten zu nutzen. **Sie sahen die Demonstrationen als einen schweren Rückschlag für DENG XIAOPING als ein Fanal für eine Gegenreaktion der Systemkonservativen.** Im Grunde genommen war es den *Agents Provocateurs* mehr als recht, wenn die Dinge außer Kontrolle gerieten und nur noch die Option eines Militäreinsatzes übrig blieb.

Alle hatten indessen nicht mit der Beweglichkeit von DENG XIAOPING gerechnet. DENG besaß eine Reihe von Trumpfkarten, die auch durch die Niederschlagung der Proteste in ihrem Wert nicht vermindert wurden. DENG war der Patriarch, der auf dem „*Langen Marsch*“ zusammen mit MAO ZEDONG gekämpft hatte und der später sich nicht scheuen sollte, sich in Grundsatzfragen gegen den „*Großen Vorsitzenden*“ zu stellen und dafür auch Erniedrigung und Verfolgung einzuheimen. DENG konnte dieses Kapital, das ihn in der Sicht vieler Chinesen entweder akzeptabel oder zumindest, im Vergleich mit den anderen Optionen, als das kleinere Übel erscheinen ließ, nutzen. Dank seinem revolutionären Hintergrund konnte DENG seinen Einfluss auch ins Lager der Systemkonservativen ausdehnen. Die Reformer hatte er ohnehin auf seiner Seite, auch wenn selbstverständlich die Protagonisten von politischen Reformen sich enttäuscht und erbittert von ihm abwandten.

DENG hatte auch deshalb scharf gegen die Proteste durchgegriffen, weil er als nun 85-Jähriger nicht noch einmal ganz von vorne beginnen wollte. Eine zweite Kulturrevolution war das letzte, was sich der kleine Mann aus SICHUAN für seinen späten Lebensabend noch wünschen konnte. Dennoch, trotz aller demonstrativen Kontinuität war 1989 eine Bruchstelle in der neueren chinesischen Entwicklung. Man musste sich erst einmal von dem Schock erholen und die Maßnahmen ergreifen, welche die nichtpolitischen Ursachen der Unrast im demokratischen Frühling, beispielsweise die Inflation beseitigen konnten.

**JIANG ZEMIN, der nun die Partei führte, hatte nicht die persönliche Souveränität, den Reformprozess auf sich selbst gestellt fort zu führen.** Eigentlich hatte **LI PENG**, der 1987 zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, erwartet, an die Parteispitze gehievt zu werden. Doch wurde er als „*Schlichter vom Tiananmen*“, zum Sündenbock deklariert, um von DENG abzulenken, und war natürlich mit diesem Ballast nicht mehr der geeignete Mann, die neue Epoche nach der Niederschlagung des demokratischen Frühlings einzuläuten.

Bis in die allerletzten Lebensjahre von DENG XIAOPING sollte JIANG ZEMIN im Schatten des Patriarchen stehen. Das Schicksal wollte es, dass der Altmeister der Reformen in dem Jahr starb, welches HONG KONG nach über 150 Jahren britischer Herrschaft unter chinesische Hoheit zurückkehren sah. Die Formel des „**ein Land, zwei Systeme**“, die HONG KONG auf zunächst fünfzig Jahre hinaus eine hohe rechtliche Autonomie zubilligt, war eine Idee des Pragmatikers DENG XIAOPING gewesen, die dieser in Verhandlungen mit der britischen Premierministerin Margaret THATCHER ausgehandelt und implementiert hatte.

Bis zu seinem schrittweisen Rücktritt von allen hohen Ämtern in den Jahren 2002/4 sollte JIANG ZEMIN in einem **Triumvirat** der kollektiven Führung fungieren müssen. Als Generalsekretär der KPC, der 1993 auch noch das Amt des Staatspräsidenten übernahm, war JIANG ZEMIN zwar der „*Primus inter pares*“, doch war jedermann in China klar, dass LI PENG, erst als Ministerpräsident und sodann als Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses (Chinas Legislative), großen Einfluss besaß und dass Ministerpräsident **ZHU RONGJI**, ebenfalls mit SCHANGHAIER Basis, der Wirtschaftsfachmann und kompetente Exekutor der Wirtschaftsreformen war.

**1992**, drei Jahre nach der Katastrophe von 1989, sollte der hochbetagte **DENG XIAOPING mit einer symbolträchtigen Inspektionsreise in den Süden** Chinas noch einmal einen entscheidenden Anstoß zur Fortführung und Umsetzung der Reformen geben. Das letzte Mal in seinem langen Leben bewies DENG sein wahrlich außerordentliches Führungstalent. Die Reise war das Fanal gegen all diejenigen Kräfte, die ver-

suchten, entweder die Reformen zurückzubinden oder sie in ihrer Geschwindigkeit und Reichweite kräftig zurück zu stützen.

Nach dem Imprimatur durch den „*Reformkaiser*“ konnten die Reformkräfte wieder ihre volle Dynamik entfalten. In den kommenden Jahren bis zum Rücktritt der so genannten dritten Führungsgeneration in den Jahren 2002/3 sollten sich die Öffnung, Internationalisierung und Modernisierung der chinesischen Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum drastisch beschleunigen. Aus späterer Sicht wurde dies zur Phase des **Wachstums um jeden Preis**. Offensichtlich waren sich die Modernisierer in der KPC bewusst, dass mit einer raschen Verbesserung der Lebensstandards in den großen städtischen Agglomerationen die Wunden von 1989 wenn nicht geheilt, so doch wirksam überdeckt werden konnten.

**Das Entstehen eines urbanen Mittelstandes förderte die Entpolitisierung.** Die Menschen

konzentrierten sich nun darauf, die plötzlich entstandene, riesige Vielfalt der Möglichkeiten, beruflich und wirtschaftlich voranzukommen, für sich zu nutzen. Blickt man auf die volkswirtschaftlichen Daten der neunziger Jahre und der ersten Jahre im neuen Jahrhundert, so rechtefertigt es sich, von einem **chinesischen Wirtschaftswunder** zu sprechen.

Blickt man gegen Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert auf die Entwicklungen seit dem Tode MAOS 1976 zurück, so fällt auf, dass die **wirklich dramatischen Veränderungen nicht gleichmäßig über die ganzen drei Jahrzehnte verteilt erfolgten**, sondern dass sich die Entwicklung in der Mitte der neunziger Jahre drastisch zu beschleunigen begann. Es ist denn auch mit Blick auf die künftig zu erwartende Entwicklung Chinas wichtig, im Blick zu behalten, dass die Dinge sich im *Reich der Mitte* in **Quantensprüngen** zu verändern pflegen.

---

### Phase III: Seit 2003

---

China wird heute von der so genannten *vierten Führungsgeneration* geleitet. Es ist diese dynastische Reihenfolge zwar inkorrekt, da in ihr einige in Ungnade gefallene Parteiführer nicht enthalten sind, doch hat sie ihre Bedeutung für den historischen Hintergrund und das Selbstverständnis der heutigen chinesischen Führung.

**China hat, im Gegensatz zu Japan und Indien, eine revolutionäre Tradition.** Diese manifestiert sich am eindrucklichsten im so genannten „*Mandat des Himmels*“. Dies ist **nicht** mit dem Gottesgnadentum zu vergleichen, welches die Herrscher in Europa sich im Mittelalter zugelegt hatten. Das „*Mandat des Himmels*“ kann nämlich, so der Herrscher seinen Pflichten für die Wohlfahrt des Landes und des Volkes zu sorgen, nicht nachkommt, entzogen werden. Die Untertanen haben dann das Recht, den fehlbaren Herrscher zu stürzen. Der *konfuzianische* Philosoph **MENCIUS** hat bereits vier Jahrhunderte vor Christus die Theorie von der Rechtfertigung des **Tyrannenmordes** entwickelt.

Auch die Führung der Volksrepublik muss deshalb um ihrer **Legitimität** besorgt sein. Sie holt sich diese Legitimität nicht auf dem Weg von

Wahlen ein, sondern über den Herrschaftsanspruch der KPC. In dieser Hinsicht ist das „*Mandat des Himmels*“ in der „*Dynastie der KPC*“ ein ausgeprägt historisches. MAO ZEDONG hatte mit seinem Sieg im chinesischen Bürgerkrieg und mit der von ihm vollzogenen Gründung der Volksrepublik sich reichlich historische Legitimität zugelegt. Auch DENG XIAOPING, der auf dem „*Langen Marsch*“ ein Weggenosse von MAO ZEDONG gewesen war, also zu den Revolutionären der ersten Stunde gehörte, hatte historische Legitimität. Zu dieser trug insbesondere auch seine herausragende Rolle als Reformier bei.

JIANG ZEMIN hatte zwar als junger Mann noch den Bürgerkrieg und die Gründung der Volksrepublik miterlebt, doch schloss er sich der KPC an, als dies kein Risiko mehr war. Allenfalls konnte er sein Prestige auf seine Rolle als Staatsmann auf der Weltbühne beziehen. Insbesondere mit US-Präsident CLINTON vermochte er sich gut ins Einvernehmen zu setzen und konnte dank dem protokollarischen Entgegenkommen CLINTONS für sich beanspruchen, China jenes Prestige verschafft zu haben, das es mit den USA auf der gleichen Augenhöhe verhandeln ließ.

**Jegliche geschichtliche Legitimität geht indessen der vierten Führungsgeneration ab, die in den Jahren 2002/3 die Macht übernahm.** Sowohl Staats- und Parteichef HU JINTAO als auch Ministerpräsident WEN JIABAO waren Kleinkinder, als die Volksrepublik geboren wurde. Sie haben ihre ganz Karriere in einem Land absolviert, in dem es sehr förderlich war, der KPC anzugehören. Immerhin haben sie in ihrem Leben die Bewährungen des „*Großen Sprungs nach vorn*“ und vor allem der „*Großen Kulturrevolution*“ überstehen müssen, doch waren sie in der turbulenten Phase der „*Kulturrevolution*“ noch nicht in leitenden Funktionen. Dies alles bedeutet, dass die heutige Führung der Volksrepublik sich ihre ganze Legitimität ohne Bezugnahme auf Revolution und Gründergeist beschaffen muss. **Das „Mandat des Himmels“ ruht heute praktisch ausschließlich darauf, dass die chinesische Volkswirtschaft floriert.** Immerhin kann als Positivum bewertet werden, dass der Machtwechsel von 2002/3, der im darauf folgenden Jahr mit der Übergabe des Vorsizes in der einflussreichen *Zentralen Militärkommission* von JIANG ZEMIN auf HU JINTAO abgeschlossen wurde, der erste geregelte Machtwechsel in der Geschichte der Volksrepublik China war.

HU JINTAO und WEN JIABAO, beides gewiegte Technokraten, denen aber jedes Führungscharisma abgeht, haben von ihren Vorgängern ein gemischtes Erbe übernehmen können. Auf der einen Seite haben sie ein Land vorgefunden, das seit der Blütezeit der CHING Dynastie im 17. und 18. Jahrhundert noch nie so reich und so stabil war. Die Grenzen waren sicher, die chinesische Wirtschaft hatte große Fortschritte auf den Weltmärkten gemacht und China wurde als Macht in der Geopolitik wieder ernst genommen und geachtet. Städte wie SCHANGHAI, GUANGZHOU und PEKING demonstrierten mit ihren Skylines eine Himmelstürmerei, welche die neidvolle Anerkennung der Welt herausforderte.

Auf der andern Seite sollten sich aber auch die negativen Aspekte der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte erstmals sehr markant zeigen. Zu denken ist an **das wachsende Reichtumsgefälle zwischen den Regionen und zwischen den verschiedenen sozialen Schichten.** Zu denken ist an **die gefährliche Belastung der Umwelt.** Zu denken ist an problematische

Investitionen und die Gefahr einer Spekulationsblase. Jede dieser drei Herausforderungen konfrontiert die chinesische Regierung mit Problemen, welche die Möglichkeit einer gefährlichen Systemkrise in sich bergen.

Gemäß internationalen Statistiken gehört China, wenn man auf den GINI-Koeffizienten abstellt, zu den Ländern der Welt mit der am meisten verzerrten Reichtumsverteilung. Es ist dies für ein System, das sich nach wie vor als dem Sozialismus verpflichtet gibt, von nicht geringer Sprengkraft, um so mehr als in den Jahren des rasanten Wirtschaftswachstums das Reichtumsgefälle sich nicht verringert, sondern gar noch vergrößert hat. Die vom Wiederaufstieg Chinas beeindruckte Welt pflegt sich auf die Gewinner zu fokussieren. Leicht geht dabei in Vergessenheit, dass eine große Mehrheit der chinesischen Bevölkerung nach wie vor in sehr bescheidenen Verhältnissen leben muss. Natürlich kann gelten, dass bei einem Vergleich mit 1976, dem Todesjahr MAO ZEDONGS, zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine überwältigende Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ein besseres Leben fristen kann. Bekanntlich gehört es aber zur menschlichen Natur, dass man bei der eigenen Befindlichkeit nicht primär auf die Vergangenheit blickt, sondern schaut, wie die Mitmenschen leben. Ein eskalierendes Reichtumsgefälle ist deshalb sozialer Sprengstoff.

Erhebungen haben ergeben, dass im Falle der Chinesen der Neidfaktor weniger ausgeprägt ist, als dies in westlichen Gesellschaften der Fall ist. Man bewundert Menschen, die es zu großem Reichtum gebracht haben und möchte es ihnen nachmachen. Doch Bewunderung schlägt um in Empörung, wenn es offensichtlich wird, dass jemand seinen Reichtum nicht durch eigene Anstrengung und harte Arbeit, sondern durch **Korruption und Nepotismus** erlangt hat. Genau dies ist jedoch ein substantieller Defekt der heutigen Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas. Selbst Parteichef Hu Jintao hat wiederholt erklärt, dass Korruption im großen Stil zu einer Systemkrise führen könnte. Die Bekämpfung der Korruption gehört denn auch zu den Hauptzielen von Partei und Regierung, erweist sich aber angesichts eines fehlenden Rechtsstaats und vor dem Hintergrund der Tatsache,

dass in der Volksrepublik die Partei nach wie vor über dem Gesetz steht, als kaum realisierbar.

Immer wieder gibt es spektakuläre Fälle, da ein hohes Kadermitglied über Korruption und Nepotismus stürzt. Die Bevölkerung weiß indessen, dass es sich in der Regel um parteiinterne Machtkämpfe handelt, die zu einem solch tiefen Sturz, der bisweilen auch vor dem Erschießungskommando enden kann, den Anlass geben. Gehört man zur richtigen Seilschaft und genießt man die Protektion der höheren Vorgesetzten, so geschieht einem kaum etwas. Es ist denn auch aufschlussreich, dass die Führung zwar die Medien auffordert, ihren Beitrag zur Bekämpfung und Aufdeckung von Korruption zu leisten, dass es aber immer wieder vorkommen kann, dass ein Journalist einem Mächtigen an den Karren gefahren ist und danach nicht der Korrupte, sondern der Journalist in der *Bredouille* landet. Es gibt kaum einen anderen Bereich, in welchem sich die verheerenden Konsequenzen eines fehlenden Rechtsstaates besser aufzeigen ließe, als bei Korruption und Nepotismus. Eben weil die Partei über dem Gesetz steht, kann es hier keine Bekämpfung des Übels an seinen Wurzeln, nämlich der **Willkürherrschaft der Partei**, geben. Es ist denn auch nicht erstaunlich, dass sich vor allem unter der urbanen und jüngeren Bevölkerung die Meinung breit macht, „*die da oben seien alle korrupt*“. Es muss dieser Zynismus die Führung besonders beunruhigen, da er sich wie eine ansteckende Krankheit ausbreitet und wie ein Krebs die Gesellschaft zerfrisst.

Die gefährlichste sozioökonomische Hauptherausforderung der Monopolherrschaft der KPC ergibt sich daraus, dass im Gegensatz zu MAOs Zeiten das Land heute in mehreren Jahrhunderten lebt. Im Grunde genommen **muss man vom makroökonomischen Standpunkt aus von verschiedenen Volkswirtschaften ausgehen**, die sich unter dem Dach des Staatsgebildes „*Volksrepublik China*“ befinden. Die reichen Küstenregionen, die großen Industriezentren und ihre Agglomerationen gehören zu einer Volkswirtschaft, die sich auf dem Sprung zur modernen Industriegesellschaft befindet. Viele Experten sehen den Entwicklungsstand dieses Bevölkerungssegments, das ungefähr **160 bis 200 Millionen Menschen** umfasst, auf dem Weg zu einem Entwicklungsstand, der sich mit jenem

Japans in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts vergleichen lässt. Dies würde bedeuten, dass innerhalb eines Jahrzehnts China in diesen erfolgreichen Regionen eine Industriegesellschaft von japanischem Format sein wird.

Eine zweite Volkswirtschaft würde sich aus den Rostgürteln<sup>3</sup> im Norden und Nordosten, aus den aufstrebenden Regionen im fernerem Einzugsbereich der Industriezentren und aus einem kleinen Teil des Heeres der Wanderarbeiter zusammensetzen. Während in dem am weitesten fortgeschrittenen Bevölkerungssegment die Menschen sich „*big ticket items*“, größere Investitionen, wie ein Auto oder eine Eigentumswohnung, leisten können und einen immer größeren Anteil ihres Einkommens nicht mehr für die Deckung des alltäglichen Bedarfs einsetzen müssen, sind die Menschen in der zweiten Volkswirtschaft dabei, in die Konsumgesellschaft aufzusteigen. Auch sie können sich immer mehr Dinge leisten, die nicht zum Überleben nötig sind. Schon bald wird in diesem Segment, das weitere **150 Millionen** der chinesischen Bevölkerung umfasst, der Besitz eines Kühlschranks oder eines Mopeds die Norm sein.

Die dritte Volkswirtschaft umfasst die ländliche Bevölkerung, die gemäß Statistiken noch immer deutlich über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Für diese Menschen ist der Lebensstandard noch immer sehr bescheiden und grenzt in den meisten Fällen an Armut. Schätzungen gehen davon aus, dass es sich dabei um rund **800 Millionen Menschen** handelt. Die meisten finden ihr Einkommen ausschließlich in der Landwirtschaft. Während die landwirtschaftliche Produktivität Chinas gegenüber den verheerenden Zeiten MAO ZEDONGs gewaltig zugenommen hat und das Land nicht mehr am Rande einer dauernden Hungerkatastrophe dahin vegetieren muss, ist die Landwirtschaft jedoch nicht in der Lage, einer so riesigen Bevölkerung ein Leben in Wohlstand zu gewährleisten. Insbesondere kann sie all den Hunderten von Millionen nicht einen Aufstieg in die neuen unteren Mittelschichten gewährleisten.

Internationale Untersuchungen weisen denn auch darauf hin, dass China seine heutige landwirtschaftliche Leistung mit viel weniger Menschen, vielleicht gar weniger als der Hälfte der 800 Millionen, realisieren könnte.

Ein Teil der Rückständigkeit dieser dritten innerchinesischen Volkswirtschaft, in der selbst kleine Ausgaben für Konsumgüter, die nicht zum minimalen Überlebensbedarf gehören, ein Luxus sind, geht auf jahrhundertelange Vernachlässigung zurück. Man denke dabei insbesondere an den Westen Chinas. Auch in den ersten Jahrzehnten der 1976 angestoßenen Modernisierung lag der Fokus der Entwicklungsbemühungen bei der städtischen Bevölkerung. Es ist dies umso bemerkenswerter, als DENG XIAOPING einen ersten kräftigen Reformschub aus der Befreiung der Landwirtschaft von der Misserwirtschaft der Kolchosen gewinnen konnte, die Landwirtschaft also zu den Startblöcken der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft gehört hatte.

Jenseits der dritten Volkswirtschaft gibt es schließlich das Bevölkerungssegment, das unter der Armutsschwelle, wie sie von den Vereinten Nationen definiert wird, leben muss. Für diese Menschen hat der ganze Aufschwung der letzten Jahre und Jahrzehnte nichts gebracht. Es handelt sich dabei mit rund **100 bis 150 Millionen Menschen** jedoch nicht um einen Bevölkerungsteil, der die Stabilität des Systems ernsthaft bedrohen könnte. Dazu sind diese Menschen sozial, politisch, ja auch geographisch viel zu marginal. Doch ist es dennoch eine gravierende Herausforderung an die Herrschaft der KPC. Wenn zuweilen in der Begeisterung über das chinesische Wirtschaftswunder China als die neue Supermacht gepriesen wird, die in einer absehbaren Zukunft gar die Spitzenstellung der USA in Frage stellen werde, so braucht man sich nur eine Tatsache in Erinnerung zu rufen. Gemäß statistischen Erhebungen werden 40 Prozent der gesamten chinesischen industriellen Speiseeisproduktion in den beiden Agglomerationen PEKING und SCHANGHAI konsumiert! Man kann daraus ermitteln, dass selbst ein so billiges Produkt für die überwältigende Mehrheit der Chinesen nach wie vor ein Luxus ist.

Blickt man als potenzieller Investor und Geschäftspartner auf China, so macht es natürlich Sinn, diese Unterteilung in verschiedene Volkswirtschaften vorzunehmen. **Da die Basisgröße der chinesischen Bevölkerung mit 1,3 Milliarden Menschen so riesig ist, gibt es in jedem Verbrauchersegment gleich Abnehmerzahlen, von denen man in**

**Nordamerika und in Europa nur träumen kann.** Wenn sich bloß zehn Prozent der chinesischen Bevölkerung etwas leisten können, so sind dies gleich 130 Millionen Menschen und selbst ein einziges Prozent ist mit 13 Millionen schon eine ansehnliche Größe. Im Gegensatz zu den ausländischen Investoren kann jedoch die chinesische Regierung diese Unterteilung in vier Volkswirtschaften nicht vornehmen. Ihr muss es in erster Linie darum gehen, **das Land zusammen zu halten.** Diese Aufgabe wird insbesondere durch die divergierende wirtschaftliche Entwicklung nicht erleichtert.

Wir haben bereits erwähnt, dass China im Gegensatz zu anderen asiatischen Kulturen eine revolutionäre Tradition hat. Auch hat es in Chinas langer Geschichte immer wieder den Zerfall des Reiches in mehrere sich gegenseitig bekämpfende Teilreiche gegeben. Die letzte bittere Erfahrung mit einem solchen Zerfall war der chinesische Bürgerkrieg. Auch wenn es heute von TIBET und dem fernen Westen mit der uigurischen muslimischen Bevölkerung abgesehen, keinen Teil der Volksrepublik gibt, der mit einer (allerdings illusorischen) Sezession liebäugelt, so besteht doch andauernd die Gefahr, dass sich „*Vizekönigtümer*“ bilden. Man darf den Einfluss, den PEKING draußen in den Provinzen hat, nicht überschätzen. Gerade im wirtschaftlichen Bereich haben sich lokale Seilschaften gebildet, die eine ziemlich selbständige Wirtschaftspolitik betreiben. Bei all der Allmacht, welche die KPC scheinbar hat, kommt da auch PEKING mit seinen *Ukassen* häufig gar nicht durch.

Die Faszination mit der großen Zahl der chinesischen Bevölkerung lässt häufig vergessen, dass die große Zahl nicht nur ein Positivum, sondern auch ein Negativum, eine schwere Belastung sein kann. Offenkundig werden die negativen Konsequenzen insbesondere im sozialen und im ökologischen Bereich. Alle sozialen Probleme, die China hat, von der Arbeitslosigkeit über die unzureichende medizinische Versorgung bis hin zur inexistenten Altersversicherung, sind von gewaltigen Dimensionen. Handelt es sich um eine Milliardenbevölkerung, so schlagen solche Probleme oft von einer quantitativen in eine qualitative Herausforderung um. **Arbeitslosigkeit und vor**

**allem Unterbeschäftigung sind denn auch erheblich größere Probleme, als dies in den nackten Daten der offiziellen Statistiken zum Durchschein kommen mag.** Mit Sicherheit benötigt China zur Erbringung der derzeitigen landwirtschaftlichen Leistung nicht 800 Millionen ländliche Bewohner. Doch wo kann der „Überschuss“, der sich in die Hunderte von Millionen Individuen beläuft, beschäftigt werden?

China erwartet eine weitere Beschleunigung des Urbanisierungsprozesses. Es lässt sich nur schwer abschätzen, wie all die Neuzugänge von Bevölkerung durch die Städte absorbiert werden können, ohne dass es zu schweren sozialen Spannungen kommt. Bereits mit dem heutigen, **über 100 Millionen Menschen zählenden Heer der Wanderarbeiter** hat man Probleme genug.

Seit 1979 betreibt China die *Ein-Kind-Politik*. Man könnte denken, dass angesichts der Dimensionen der chinesischen Gesamtbevölkerung es keinen Zweifel am Sinn dieser Politik geben kann. Dennoch haben sich in den letzten Jahren die Debatten darüber, ob die *Ein-Kind-Politik* gelockert werden soll, vermehrt. Am Horizont der demographischen Zukunft der Volksrepublik China lassen sich denn auch bereits problematische Verzerrungen in der Bevölkerungspyramide ausmachen. Auch China wird in der Zukunft ein Überalterungsproblem kennen! Unbestritten ist allerdings, dass dank der *Ein-Kind-Politik* die Gesamtbevölkerung heute um mindestens 100 bis 150 Millionen Menschen kleiner ist, als sie es ohne diese Maßnahme wäre. Vor allem in den Städten hat die *Ein-Kind-Politik* in den letzten Jahren zu einer Atomisierung der Gesellschaft geführt. Man spricht vom „*empty nest problem*“ (von allein gelassenen alten Menschen) und vom „*1-2-4 Phänomen*“ (d.h. ein Kind muss nach zwei Eltern und vier Großeltern schauen). Derzeit besteht ein demographisches Hauptproblem jedoch darin, dass sich China, was die Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt betrifft, noch immer in einer sehr starken Expansionsphase befindet. Dies gilt wegen der Binnenmigration ganz besonders für die städtischen Agglomerationen.

Die Welt ist in den letzten Jahren mit wachsender Sorge der ökologischen Herausforderungen bewusst geworden, die Chinas wirtschaftlicher

Wiederaufstieg nicht nur für das *Reich der Mitte*, sondern für die ganze Welt mit sich bringt. **Man hat mit Besorgnis registriert, wie China immer größere Begehren nach knappen Naturgütern, nach Rohstoffen und Energieträgern ebenso wie nach Umweltassets wie Wasser, Luft und Erde, hat.** Die internationale Debatte um den Beitrag des Menschen zur Klimaerwärmung hat ebenfalls zu einem erhöhten Bewusstseinsstand über **die ökologischen Implikationen von Chinas Wirtschaftswachstum geführt.** Die Volksrepublik gehört zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten der Welt, selbstverständlich nicht beim Pro-Kopf-Ausstoß, sondern beim gesamten Emissionsvolumen. Dennoch – und nicht ohne Grund – wird von chinesischer Seite in der internationalen Klimadebatte darauf verwiesen, dass China nicht für die Sünden bestraft werden dürfe, welche diejenigen Länder zu verantworten haben, die sehr früh in den Industrialisierungsprozess eingetreten waren. Chinas Aufstieg dürfe nun nicht durch künstliche Barrieren, die anderen Länder bei ihrem Aufstieg zu Wohlstandsgesellschaften nicht zu gewärtigen hatten, behindert werden. Auch wird darauf verwiesen, dass China als Werkstätte der Welt heute viele Güter für die Weltmärkte herstelle, die früher in den traditionellen Industriestaaten produziert worden waren, und dass es damit einen Teil der Umweltbelastung, die zuvor in der industrialisierten Welt anfiel, übernehme.

Auf der andern Seite gilt es natürlich zu berücksichtigen, dass China nicht nur ein substantieller Kontribuent zu den Umweltproblemen der Erde ist, sondern dass es auch ein substantielles Opfer einer Verschlechterung der Umweltbilanz sein wird. Es gibt Prognosen, denen zufolge China von den Folgen der Klimaerwärmung in besonders hohem Maße heimgesucht wird. Einzelne Experten meinen in dieser Hinsicht bereits erste Anzeichen ausmachen zu können.

Doch die ökologischen Herausforderungen, mit denen das *Reich der Mitte* zu kämpfen hat, erschöpfen sich nicht in der Klimaerwärmung. Viel vordringlicher sind für China das Wasserproblem und die Erosion und Zweckentfremdung von wertvollem Ackerland. Es ist durchaus absehbar, **dass in nächster Zukunft größere Bevölkerungszentren mit Problemen bei der Versorgung von Trinkwasser zu kämpfen**

**haben werden.** Der eigentliche Notstand rührt aus einer Vielfalt fahrlässigen Umgangs mit der kostbaren Ressource Wasser her. Es wurden und werden weiterhin Grundwasservorkommen ohne Rücksicht auf deren Wiederaufstockung ausgebeutet. Es wurden und werden weiterhin Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen mit industriellen und landwirtschaftlichen Verschmutzungen belastet. Es wurde und wird weiterhin durch eine völlig unangemessene Preisbemessung des Gutes Wasser der Verschleuderung kein Riegel vor geschoben. Darüber hinaus ist natürlich die Wasserfrage ein klassisches Beispiel dafür, wie Entwicklungsziele mit ökologischen Interessen in Konflikt geraten können. Man denke dabei etwa an die Kontroverse um den Bau großer Staudämme.

Besorgnis erregend ist aber auch der Rückgang der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Man braucht nur von SCHANGHAI ins Hinterland Richtung NANJING zu fahren, um die Dimensionen des Raubbaus an wertvollem Ackerland zu erkennen. Hier handelt es sich nicht um irgendwelche Gebiete, sondern um die fruchtbare Region des YANGTSE-Deltas, die seit den Urzeiten der chinesischen Zivilisation zu den Reisschalen des *Reichs der Mitte* gehört hatte. Riesige Industrieparks, ausgedehnte Wohnsiedlungen, ja eine aufwendige Formel-1-Rennstrecke haben sich in das fruchtbare Ackerland vorgefressen. Hinzu kommt in ferneren, ökologisch fragileren Regionen die Erosion von Ackerland durch unsachgemäße Bebauung sowie natürlich die Verminderung der Agrarerträge durch Übernutzung von Ackerland. **All dies hätte in der Vergangenheit China katastrophale Hungersnöte beschert. Doch heute ist die Volksrepublik in der Lage, sich auf den Weltmärkten einzudecken.** Es verfügt dafür über nötigen finanziellen Ressourcen, da es schließlich im Besitz des größten Devisenreservenpolsters der Welt ist. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann China seine riesige Bevölkerung bei den Grundnahrungsmitteln nicht mehr ausschließlich aus einheimischer Produktion ernähren. Es hat dies übrigens nicht nur mit der Erosion von Ackerland, sondern auch mit den höheren Ernährungsstandards eines großen Teils der chinesischen Bevölkerung zu tun. In den letzten Jahrzehnten haben immer mehr Chinesen sich immer häufiger Fleisch leisten

können. Dadurch stieg natürlich auch der Bedarf an Futtergetreide gewaltig an. Die Welt spürt diese Entwicklung über steigende Nahrungsmittelpreise.

Die dritte Fehlentwicklung, mit welcher sich die vierte Führungsgeneration aufgrund des Erbes aus der Zeit des Wachstums um jeden Preis herumzuschlagen hat, liegt in **der Gefahr einer spekulativen Überhitzung in wichtigen Sektoren der chinesischen Wirtschaft.** Im Vordergrund stehen hier nicht nur die Börse und die Immobilienmärkte im Hochpreissegment in den Metropolen PEKING, SCHANGHAI und GUANGZHOU, oder in Provinzkapitalen wie HANGZHOU oder CHENGDU. Zu bedenken ist auch, dass in verschiedenen Industriebereichen durch massive und anhaltende Kapitalgüterinvestitionen Produktionskapazitäten entstanden sind, die möglicherweise in der Zukunft zu einem **deflationären Druck** auf die Volkswirtschaft sich auswachsen könnten. Auf jeden Fall gibt es im Automobilssektor, der vor dreißig Jahren noch überhaupt keine Rolle in der chinesischen Volkswirtschaft spielte, heute einen Verdrängungskampf um Marktanteile. Man hat auch das Bild der **Spekulationsblase** vor Augen, die in Japan in den achtziger Jahren entstanden war und die 1989 mit schwerwiegenden und langwierigen Folgen für die japanische Wirtschaft geplatzt war. PEKING will um jeden Preis eine ähnliche Entwicklung vermeiden, nicht zuletzt deshalb, weil man aus einer solchen Verwerfung soziale und politische Probleme befürchtet. Es ist kein Geheimnis, dass sich in den letzten Jahren viele Chinesen an der Börse beteiligt haben, die nur über sehr beschränkte Ressourcen verfügen und die im Falle eines massiven Kurssturzes untragbare Verluste erleiden würden. Bekanntlich lassen Chinesen, wenn es ums Geld geht, nicht mit sich spaßen.

Ins gleiche Kapitel wie **spekulative Überhitzung**, die auch das in der chinesischen Geschichte besonders **heikle Problem der Inflation** anheizen könnte, gehört die **Fehlallokation von wertvollem Kapital.** Blickt man auf die Entwicklung des chinesischen Wirtschaftswachstums, so ist unverkennbar, dass nach wie vor ein zu großer Teil des Wachstums aus der Exportindustrie und aus Kapitalgüterinvestitionen stammt. Der **Privatkonsum macht**

**noch immer einen zu kleinen Teil aus.** Die hohe Rate der Kapitalgüterinvestitionen muss jedoch Sorgen bereiten, da sich dahinter das künftige Problem von massiven Überkapazitäten verbirgt. Kurzfristiges Profitdenken ebenso wie Illusionen über die wahre Absorptionskraft der chinesischen Märkte haben dazu geführt, dass es in einer Reihe von Industriebereichen, aber auch im Infrastrukturbereich Überkapazitäten gibt, die sich noch verschärfen dürften, so sich eine Abschwächung der Weltkonjunktur einstellen sollte.

Alle diese Herausforderungen haben die vierte Führungsgeneration unter Staats- und Parteichef HU JINTAO und Ministerpräsident WEN JIABAO veranlasst, die **Politik des Wachstums um jeden Preis, die von ihren Vorgängern betrieben worden war, durch eine Politik des nachhaltigen Wachstums abzulösen.** Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte Ministerpräsident WEN JIABAO die Devise des nachhaltigen Wachstums ausgegeben. Die Frage stellt sich allerdings, was genau darunter zu verstehen ist und wie diese Politik umgesetzt werden kann. Zum Inhalt gibt es zahlreiche Aussagen von führenden Kadern. Offensichtlich geht es beim nachhaltigen Wachstum darum, das Reichtumsgefälle im Lande abzubauen, vermehrt den ökologischen Anforderungen Rechnung zu tragen und den Aufbau einer Spekulationsblase zu verhindern.

Ein zentraler Teil in der Bekämpfung des Reichtumsgefälles ist die Politik des „**Go West**“, die in den letzten Jahren von PEKING betrieben wird. Dahinter versteht man die beschleunigte Entwicklung des traditionell rückständigen Westchinas, insbesondere den Ausbau der Infrastruktur, Urbanisierung und Industrialisierung. Bemerkenswert ist, dass durch die dynamischen Wirtschaftszentren bereits seit Jahren wichtige Wachstumsimpulse ins Hinterland ausgegeben werden. Man denke dabei an die **industrielle Großregion SCHANGHAI im Delta des YANGTSE oder an die PERFLUSS-DELTA-Region von HONG KONG und GUANGZHOU.** Aus Kostengründen sind diese dynamischen Regionen auf den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Hinterland angewiesen. Mit den Wanderarbeitern fließt aber auch Kaufkraft in deren Herkunftsregionen, die zuvor vom Wirtschaftsboom nicht direkt erfasst

worden waren. Inzwischen haben sich in mehreren Bereichen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt eingestellt und die Lohnkosten sind in den Wirtschaftszentren so stark gestiegen, dass Produktionsstätten von Billiggütern, die keine qualifizierten Arbeitskräfte erfordern, in das kostengünstigere Hinterland verlagert werden. Man stellt damit in China selbst den auch für andere Entwicklungsgesellschaften „*trickle down effect*“ fest, bei dem neu geschöpfter Wohlstand aus den reicheren Regionen eines Landes in die ärmeren fließt.

Ein Beispiel für diese neue Entwicklung ist **das Projekt des PAN-PERLFLUSS-DELTAS.** Bereits vor der Rückkehr HONG KONGs unter chinesische Souveränität hatte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen HONG KONG und der südchinesischen Provinz GUANG DONG intensiviert. Mit der Öffnung Chinas unter den von DENG XIAOPING angestoßenen Reformen hatten sich auch die Beziehungen zwischen der damaligen britischen Kolonie und ihrem natürlichen festlandchinesischen Hinterland markant verbessert. In der Folge wurde ein Großteil der Billigmanufaktur aus HONG KONG nach China verlagert. Es war dies der Anfang eines bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwungs, der beispielsweise SHENZHEN, vor zwanzig Jahren ein bedeutungsloser Flecken, zur modernen Siebenmillionenstadt hat aufsteigen lassen. In den neunziger Jahren gesellte sich dann die Verlagerung von „*backoffices*“ nach GUANGDONG hinzu. Versicherungen und Banken lagerten die Jobs, die sie nicht unmittelbar für die Kundenbetreuung benötigten, nach Festlandchina aus. Sowohl günstigere Lohnkosten als auch erheblich tiefere Immobilienkosten und Mieten legten diesen Schritt nahe. Im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Vernetzung entwickelte sich das Konzept der Wirtschaftsregion „*Perflussdelta*“, zu der natürlich auch das Spielerparadies MACAO gehört. All diese regionale Kooperation intensivierte sich noch, nachdem HONG KONG unter chinesische Hoheit zurückgekehrt ist. Die Errichtung der administrativen Sonderregion HONG KONG (Special Administrative Region, SAR, HONG KONG) schuf zudem neue Synergien zwischen der Stadt und dem Hinterland. Mit dem Konzept eines PAN-PERLFLUSS-DELTAS hat man die demographische und geographische Reichweite dieser südchinesischen

Großregion noch vergrößert. Einbezogen wurde unter anderem die bevölkerungsreiche Binnenprovinz SICHUAN. Dies alles schafft ein riesiges Reservoir an kostengünstigen Arbeitskräften und potenziellen künftigen Konsumenten. Mit dieser Erweiterung reagieren HONG KONG und GUANGZHOU denn auch auf die Ausweitung des Einzugsbereichs in der Großregion SCHANGHAI, mit der sich Südchina in direkter Rivalität sieht.

Zu der von PEKING betriebenen Politik des nachhaltigen Wachstums gehört ferner eine **verstärkte Beachtung der ökologischen Implikationen des Wachstums**. Noch liegt in China vieles im Argen, doch ist unverkennbar, dass die Führung des Landes und große Teile der nationalen Bürokratie sich der ökologischen Herausforderungen, die auf das Land zukommen bewusst sind. Die Frage ist hier nicht so sehr die Finanzierbarkeit von großflächigen Maßnahmen. Die finanziellen Ressourcen, die dem Staat auch aus den prall gefüllten Koffern der Devisenreserven zur Verfügung stehen, sind ausreichend. Das Problem liegt vielmehr bei der Implementierung. Wie bereits erwähnt, darf man PEKINGS Einfluss auf die Entwicklungen vor Ort nicht überschätzen. Im alten China galt der Spruch *„der Himmel ist hoch und der Kaiser ist weit entfernt“*. Bei der Umsetzung von Direktiven aus PEKING gilt dies auch heute noch. Man braucht nicht einmal so weit zu gehen und die Vernetzung von mafiösen Elementen, korrupten Bürokraten und ebenso korrupten Parteikadern anzusprechen. Auch im normalen Gang der Dinge kann es zu Widerständen kommen, die nur schwer zu überwinden sind. Umweltschutz kostet, und wo man spitz rechnet, da gerät man leicht in Versuchung, Einsparungen zu machen und „unnötige“ Anordnungen aus PEKING zu missachten. Warum soll man eine teure Kläranlage das ganze Jahr hindurch in Gang halten, wenn es genügt, dass sie an den Tagen, da die Inspektoren kommen, in Betrieb ist? Der notorisch korrupte Sektor des Kohlebergbaus ist ein weiteres klassisches Exempel für die dreiste Missachtung von Direktiven, die aus dem fernen PEKING kommen. Immer wieder liest man in Zeitungsberichten von schweren Bergwerksunfällen. China hat in diesem Bereich die bei weitem traurigste Statistik der Welt vorzuweisen. Häufig stellt sich dabei heraus, dass die Minen von den Behörden aus Sicherheitsgründen längst

geschlossen worden waren, dass jedoch skrupellose Unternehmer im Einverständnis mit korrupten Beamten die Minen illegal betrieben hatten.

Jenseits von Korruption und Schlamperei gibt es jedoch bei der Umsetzung der von der chinesischen Führung postulierten Politik des nachhaltigen Wirtschaftswachstums aber auch konzeptionelle Probleme. **Wie wird die Nachhaltigkeit definiert? Gibt es irgendeine Richtgröße bezüglich Wachstumsrate?** China hat der privaten Initiative in den letzten zwei Jahrzehnten sehr viel Spielraum verschafft. Im administrativen Bereich ist es indessen nach wie vor der Kommandowirtschaft verhaftet. Dies bedeutet, dass bei den für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Kadern auch heute darauf wartet, welche Zielgrößen aus PEKING vorgegeben werden. Lässt die chinesische Führung verlauten, dass zehn Prozent Wirtschaftswachstum angesagt seien, so wusste man bisher, dass es der Karriere förderlich ist, wenn man diese Zahl noch übertrifft. Gibt jedoch PEKING nur das vage Ziel eines nachhaltigen Wachstums vor, von dem man keine genauen numerischen Vorstellungen hat, so läuft man Gefahr, auf der falschen Seite zu liegen, entweder zu viel oder zu wenig Wachstum nach PEKING zu melden. Ohnehin weiß man auch um die notorische Unzuverlässigkeit der chinesischen Statistiken, deren Zweck noch immer in vielen Fällen nicht die korrekte Wiedergabe der Wirklichkeit, sondern weitgehend Propaganda ist.

Doch darüber hinaus gibt es mit dem nachhaltigen Wachstum noch eine größere, strukturelle Schwierigkeit. Wie erwähnt, geht es bei dieser Wachstumspolitik der Regierung darum, das Reichtumsgefälle zu mindern, den Belangen der Umwelt mehr Gewicht zu verschaffen und den Aufbau einer Spekulationsblase zu vermeiden. Dieses sind alles sehr hehre Ziele, doch werden sich die Kader in den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen des Riesenlandes nicht ohne Grund fragen, ob sie denn im Interesse des nationalen Ganzen auf Wachstumspotenziale künstlich verzichten sollten. Warum sollen SCHANGHAI und GUANGDONG, auch wenn sie unermesslich viel reicher sind als GANSU und SICHUAN, nicht weiterhin so rasch und so substantiell wachsen, wie dies mit den gegebenen Ressourcen möglich ist? Das Reichtumsgefälle bedingt ja auch, dass

man in verschiedenen Jahrhunderten lebt und verschiedene Ansprüche hat. Wie noch zu sehen sein wird, schafft dies auch für die Umsetzung einer wirksamen Umweltpolitik Probleme. So konnte es denn in den letzten Jahren auch nicht überraschen, dass jeweils, nachdem die Regierung in Peking die

Devise des nachhaltigen Wachstums ausgegeben hatte, die Provinzbehörden in den reichen Städten und Regionen jeweils Wachstumszahlen vermeldeten, die mit Sicherheit nicht als Ausdruck eines nachhaltigen, will heißen zurückhaltenden Wirtschaftswachstums verstanden werden konnten.

---

## Wie sieht die Bilanz 2007 aus? Die Stärken und Schwächen der Volksrepublik China im Olympiajahr 2008

---

### Die wirtschaftliche Entwicklung: Fortschritte und Rückschläge

2008 ist ein Stichjahr für die seit drei Jahrzehnten im Gang befindliche Entwicklung und Modernisierung der Volksrepublik China. Natürlich ist bei einem Reich mit der Geschichte, der Kultur und den Dimensionen Chinas eine Sommerolympiade eine relativ marginale Angelegenheit. Dennoch ist es ein emblematisches Event sowohl für die chinesische Führung als auch für große Teile der urbanisierten, mittelständischen chinesischen Bevölkerung. **China will mit einer erfolgreichen Durchführung der Olympiade aller Welt demonstrieren, dass es wieder zu den angesehenen Ländern dieser Erde gehört und dass es von der Welt respektiert wird.** Es wird im Zusammenhang mit den politischen Herausforderungen, mit welchen sich das Reich der Mitte am Anfang des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, noch auf die politischen Risiken auch der Olympiade einzugehen sein.

Zieht man per 2007 eine Bilanz der Reformen und der sozioökonomischen Modernisierung Chinas, so stößt man auf ein durchzogenes Bild und eine Menge von Widersprüchlichkeiten, wie dies bei einem Land wie China nicht anders zu erwarten ist. Bei zahlreichen Ländern sind die Binnenverhältnisse von einer Komplexität, die es Außenstehenden schwer macht, eine kompetente, allgemein und längerfristig gültige Lageanalyse zu erstellen. Im Falle Chinas wird dieses Problem noch durch einen zusätzlichen Sachverhalt erschwert. **Blickt man über die vergangenen Jahrhunderte hinweg, so fällt auf, dass das Bild, welches sich der Westen von China gemacht hat, jeweils sehr stark von den Wunschvorstellungen der externen Betrachter geprägt worden ist.** LEIBNITZ hatte das China, das sich auf dem Höhepunkt

der CHING Dynastie befand, bewundert und dessen kaiserliche Regierung sowie die *konfuzianische* Staatsphilosophie und Ethik als vorbildlich dargestellt. Im 19. Jahrhundert wendete sich das Bild dann ganz dramatisch, indem MARX und HEGEL das chinesische Kaisertum und den *Konfuzianismus* als rückständig und verachtenswert einstufen. Während der „*Großen Kulturrevolution*“ gab es unter den westlichen 68-ern große Bewunderung für MAO und dessen Ruf nach einer permanenten Revolution. Heute bewundern Wirtschaftsführer rund um den Globus die wirtschaftliche Pragmatik der Chinesen und deren Erfolg mit einem System, in dem es angeblich keine politischen Hürden gibt und mangels Pressefreiheit und aufmüpfigen Gewerkschaften alle am gleichen Strick ziehen.

Bei all diesen sehr verschiedenen und konträren Chinabildern gibt es auf der einen Seite selbstverständlich historische Fakten, auf denen die Ablehnung beziehungsweise die Bewunderung beruht. So befand sich China zu LEIBNITZ' Zeiten in einer langen Phase des Wohlstands und des Friedens und die Regierung des Riesereichs konnte einem Europa, das politisch und konfessionell zerstritten war und von schweren wirtschaftlichen Nöten heimgesucht wurde, als erstrebenswertes Vorbild dienen. Auch stimmt es natürlich, dass China zur Zeit von HEGEL und MARX sich in der dekadenten Endphase seiner letzten Kaiserdynastie befand und dass in China wie im Westen viele Menschen eine überzogene Wertschätzung der Tradition und die Erstarrung in reaktionären Strukturen dem *Konfuzianismus* anlasteten.

Dennoch gilt es auf der anderen Seite auch zu berücksichtigen, dass die externen Beobachter mit ihrem Chinabild auch ihre eigenen politischen Absichten unterstützen wollten. Das

Wunschbild China sollte eine Botschaft an die eigene Gesellschaft sein, wie sie sich zu verbessern habe. Eine gute Spur Zeitgeist und wohlfeiler Pessimismus über die Zukunft eines vorgeblich dekadenten Abendlandes spielte und spielt auch heute immer wieder mit. Es ist deshalb wichtig, bei einer Beurteilung der chinesischen Erfolgsbilanz nach drei Jahrzehnten Reformen sich nicht durch eigene Wunschvorstellungen leiten zu lassen. China ist am Anfang des 21. Jahrhunderts weder das Vorbild für die westlichen Industriegesellschaften noch die *Nemesis* für die Vorherrschaft und den Wohlstand des Westens. Auch haftet dem wirtschaftlichen Erfolg des *Reichs der Mitte* nichts Übermenschliches an. Schließlich ist die Bilanz der letzten drei Jahrzehnte auch nicht ungetrübt.

Als erstes muss auf der Erfolgsseite die Realisierung eines **durchgreifenden Mentalitätswandels** aufgeführt werden. Natürlich hat dieser Mentalitätswandel nicht die gesamte chinesische Bevölkerung, ja nicht einmal die Mehrheit der Chinesen erfasst. Er ist aber dort, wo es zählt, d.h. in den Städten, in den Eliten und in der Führung des Landes deutlich mehrheitsfähig. Es darf dieser Erfolg nicht klein geschrieben werden, wenn man bedenkt, dass vor einer halben Generation, mitten in der „*Großen Kulturrevolution*“, China eines der am meisten ideologisierten Länder der Welt war, übertroffen vielleicht nur noch vom damaligen Albanien und von Nordkorea. Von dieser Ideologisierung ist nicht mehr viel geblieben. Der Mentalitätswandel hat dem für die Modernisierung und den wirtschaftlichen Fortschritt unerlässlichen Pragmatismus eine freie Bahn geschaffen.

Noch hat die Volksrepublik keine Marktwirtschaft im westlichen Sinne, doch ist der Leistungsausweis der letzten drei Jahrzehnte bemerkenswert. Es darf nicht vergessen werden, dass die Modernisierung nicht einfach eine Sache höherer Wachstumsraten war. Damit überhaupt ein *Take-off* realisiert werden konnte, mussten zunächst eine ganze Reihe von volkswirtschaftlichen Instrumenten und Institutionen geschaffen werden, die man in den OECD-Staaten für selbstverständlich betrachtet. Die Klage, dass China nach wie vor kein Rechtsstaat im gängigen Sinne ist, ist berechtigt. Andererseits darf nicht übersehen werden, **dass die Volksrepublik**

**sich in den letzten drei Jahrzehnten auch in rechtlicher Hinsicht dramatisch verändert und modernisiert hat.** 1976 gab es kein Rechtssystem, wohingegen 2008 China ein umfassendes gesetzliches Regelwerk besitzt.

Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung von wegleitender Bedeutung, da ohne Rechtssicherheit sich keine moderne Wirtschaftsordnung errichten lässt. Investoren wollen Rechtssicherheit, ansonsten sind sie nicht bereit, ihr Kapital zur Verfügung zu stellen. Dies gilt ganz besonders für ausländische Investoren, die sich ihre Anlagemöglichkeiten auf dem ganzen Globus aussuchen können. Bekanntlich kommt der größte Teil der *Foreign Direct Investments* (Ausländische Direktinvestitionen, FDI) aus dem Kreis der Überseechinesen, aus HONG KONG, TAIWAN, Südostasien und den USA. Doch darf davon ausgegangen werden, dass gerade diese Investoren mit Sicherheit sich nicht aus Vaterlandsliebe, sondern aus der Suche nach Profit engagiert haben. Was Investoren am meisten fürchten ist neben behördlicher Willkür eine plötzliche und häufige Änderung des rechtlichen Umfelds, in dem sie agieren.

China hat diese nötige Rechtsordnung, die zu MAOs Zeiten auch nicht in Ansätzen bestanden hatte, fortlaufend aufgebaut und effizienter gestaltet. Der ganze Prozess kulminierte in der **Verankerung des Rechtsschutzes für legal erworbenes Privateigentum in der Verfassung der Volksrepublik**. Es war dies für einen Staat, der mit dem Ziel der vollständigen Beseitigung des Privatbesitzes geschaffen worden war, ein monumentaler Schritt. Entsprechend heftig fiel auch die Reaktion der Systemkonservativen aus, die den Reformen von DENG XIAOPING schon immer skeptisch gegenüber gestanden waren und für die alle kapitalistischen Kompromisse des Teufels waren und auch heute noch des Teufels sind. Dass die Opposition schließlich verpuffte, war den augenscheinlichen Erfolgen der Reformen, die sich im Entstehen von neuen Mittelschichten und einer erheblichen, breite soziale Schichten erfassenden Kaufkraftmehrung niedergeschlagen hatten, zu verdanken.

Doch die Ausarbeitung einer Rechtsordnung war das eine, die Verfügbarkeit von Führungskräften auf allen Ebenen, welche die neuen

Instrumente nutzen konnten, das andere. Wie erwähnt, hatte DENG XIAOPING schon früh im Reformprozess erkannt, dass ohne eine drastische Öffnung der Volksrepublik nach außen, die Modernisierung nicht zu realisieren war. Diese Öffnung beinhaltete indessen nicht nur die Zulassung von ausländischem Kapital, den Import von ausländischer Technologie und die Förderung der Exportwirtschaft. Sie musste auch den Austausch der chinesischen Eliten und Fachkräfte mit der Außenwelt umfassen. Dieser Austausch vollzog und vollzieht sich auf einer Reihe von verschiedenen Ebenen. Experten wurden und werden zur Weiterbildung ins Ausland gesandt. Man förderte und fördert das Studium und die Lehrtätigkeit im Ausland. Man ließ und lässt Fachkräfte aus dem Ausland an chinesische Lehrinstitutionen kommen und man tauscht mit der Außenwelt nicht nur Personen, sondern auch Informationen und Erfahrungen aus. Es mag dem chinesischen Reformprozess sehr dienlich gewesen sein, dass er mit einer beispiellosen Erweiterung des Informationsflusses in der Welt, mit der IT-Revolution, einher ging. Es wäre alles wahrscheinlich viel langsamer und schwerfälliger verlaufen, wenn es dieses neue Angebot an Informationstechnologien nicht gegeben hätte.

Dem Lande kam sicherlich aber auch zugute, dass es rund um den Erdball eine rührige chinesische *Diaspora* gab, deren intellektuelle und finanzielle Ressourcen man anzapfen konnte. Ganz entscheidend war aber, dass in unmittelbarer Nachbarschaft der Volksrepublik es mit HONGKONG und TAIWAN zwei chinesische Territorien gibt, die an der rasanten wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts an führender Stelle teil hatten. Natürlich wollte PEKING nicht die politischen Errungenschaften TAIWANS zum Vorbild nehmen, doch beim Unternehmertum und bei der Wirtschaftsordnung konnte die Insel, die in der offiziellen Sprachregelung der chinesischen Führung nach wie vor eine „abtrünnige Provinz“ ist, sehr wohl als Exempel dienen. Auch übte und übt weiterhin das SINGAPUR von LEE KUAN YEW, der unter Chinas Führungselite große Wertschätzung genießt, große Anziehungskraft aus. Dass sich China rascher entwickelt hat als Indien dürfte nicht zuletzt auch eine Folge der

völlig verschiedenen Attitüde der beiden Länder zu ihren Überseegemeinschaften sein.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Reform-erfolg war die grundsätzlich positive Einstellung der USA zum neuen China. Zwar sollten weiterhin unüberwindbare Schranken für US-Produkte und US-Technologien aufrecht erhalten werden, die WASHINGTON als für die eigene nationale Sicherheit relevant ansah, doch war der Enthusiasmus der amerikanischen Wirtschaftswelt gegenüber dem neuen Wachstumsmarkt China bald nicht mehr zu stoppen. Auch hier sollte China von einem Zeitphänomen profitieren, zu dem es selbst zwar nichts beigetragen hatte, von dem es aber in der Folge massiv profitieren sollte – der Globalisierung. In mancher Hinsicht konnte sich die Volksrepublik hier ins „gemachte Bett“ legen. Es kann wohl keinen Zweifel geben, dass die wirtschaftliche Renaissance des *Reichs der Mitte* erheblich mehr Zeit benötigt hätte oder vielleicht gar nicht zu realisieren gewesen wäre, wenn es nicht ein funktionierendes internationales Finanzsystem und einen florierenden Welthandel gegeben hätte. Gerade die Export- und Investitions-lastigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums ist das deutlichste Indiz dafür, dass China von der Globalisierung in herausragendem Maße zu profitieren verstanden hat.

Auf der Habenseite der Reformbemühungen steht weiter, dass China einen geordneten Staatshaushalt etabliert hat. Zwar ergeben sich aus der Tatsache, dass die Partei weiterhin über dem Gesetz steht, eine Reihe von auch finanziell relevanten Interessenkonflikten zwischen dem Staat und der Partei, die im Interesse des Systemerhalts vertuscht werden, doch kann immerhin gelten, dass China in den letzten zwei Jahrzehnten erstmals seit Errichtung der Volksrepublik einen Staatshaushalt besitzt, der nach international üblichen Kriterien bewertet werden kann. Zur neuen Finanzordnung gehören auch eine Öffnung des Bankensystems gegenüber der internationalen Finanzwelt, eine funktionierende Zentralbank und der Ausbau von Kapitalmärkten in China.

Noch gibt es, wie später ausführlicher zu behandeln sein wird, Grund für große Bedenken gegenüber einem nach wie vor vom Staat (oder

genauer von der Partei) kontrollierten Bankensektor. Andererseits hat PEKING in den letzten Jahren versucht, mit einer partiellen und sehr zielgerichteten Liberalisierung der Eigentumsverhältnisse in den großen Banken des Landes ein Element des Wettbewerbs oder zumindest eines ausgeprägteren Qualitätsbewusstseins in den finanziellen Dienstleistungssektor zu bringen. Die beiden Börsen in SHENZHEN und SCHANGHAI sind zu eindrucklichen Symbolen des neuen China geworden. Auch wenn es am chinesischen Kapitalmarkt noch zahlreiche strukturelle Probleme betreffend Transparenz und Effizienz gibt, so ist es angebracht, sich den gewaltigen Fortschritt in Erinnerung zu rufen. Wer hätte 1976 die Prognose gewagt, dass drei Jahrzehnte später China eine kapitalkräftige Börse haben wird, dass internationale Anleger chinesische Wertpapiere kaufen können und wollen, und dass der Börsenindex von SCHANGHAI von der internationalen Finanzwelt ernst genommen wird! Noch ist es ein weiter Weg, bis die chinesischen Finanzmärkte die Reife eines Hongkonger oder SINGAPURER Finanzmarkts erreicht haben wird, doch kann kein Zweifel bestehen, dass China sich in dieser Hinsicht auf dem richtigen Weg befindet.

Es sind diese Überlegungen zum Finanzsektor, die einem wieder bewusst machen, welche wahrhaft historischen Umwälzungen China innerhalb einer halben Generation realisiert hat. Um es sehr plastisch auszudrücken: 1976 war China ein Land von Besitzlosen, das im vorkapitalistischen Zeitalter dahin vegetierte. Angesichts der Dimensionen des Wandels ist es in der Tat erstaunlich, dass innerhalb dieses Zeitraums es zu keinen größeren sozialen und politischen Verwerfungen gekommen ist. Von der Zäsur des Frühlings 1989 abgesehen verlief der Reformprozess in ziemlich geordneten Bahnen. Es ist dies zum einen eine Folge des chinesischen Pragmatismus und zum andern ein Resultat der günstigen Zeitumstände, unter welchen der Aufbruch Chinas in die Moderne sich vollziehen konnte.

Was steht nun auf der Sollseite? Der wirtschaftliche Fortschritt, so unbestreitbar er ist, kam jedoch nicht ohne Preis und auch nicht ohne Rückschläge und Irrwege. Es war naheliegend, dass ein Experiment wie die DENG'schen Reformen, das keine Vorbilder kannte und das volkswirtschaftliche Dimensionen aufwies,

die in der Geschichte der Menschheit präzedenzlos sind, nicht ohne Probleme über die Runden gehen konnte. Wie erwähnt, hinterließ MAO 1976 ein wirtschaftlich darnieder liegendes Land. Es ging dabei nicht nur um die generelle Armut der Menschen, um die Rückständigkeit der physischen Infrastruktur, sondern auch um die Abwesenheit von funktionierenden Institutionen und um einen riesigen Nachholbedarf in Erziehung und Ausbildung. Vor dem Hintergrund dieser Mängel mutet es aus der heutigen Perspektive erstaunlich an, wie viel erreicht worden ist. Andererseits erklären diese Mängel auch, warum es zu großen Fehlleistungen kommen konnte.

An vorderster Stelle steht die unsachgemäße und ineffiziente Verwendung von Kapital. So lange die Reformen auf die für den Export produzierenden wirtschaftlichen Sonderzonen beschränkt blieben, war der Spielraum für teure Fehlentscheide relativ beschränkt. Die Optionen für Kapitalverschleuderung stiegen jedoch, je weiter sich die Reformen in der chinesischen Volkswirtschaft ausbreiteten. Wer aufmerksam durch das Land reist, wird nicht nur den Bauboom bewundern, sondern sich auch ein paar Fragen stellen über die Bauruinen und die Gigantomanie, welche diesen Boom begleiten. Ein besonders illustratives Beispiel ist die Insel HAINAN, Chinas Tropenparadies. In HAINANS Hauptstadt HAIKOU finden sich unzählige bauliche Zeugen einer fehlgelaufenen Entwicklung. Offensichtlich wurde hier für Bedürfnisse gebaut, die sich nie einstellen sollten.

Für chinesische Stadtplaner und chinesische Stadtbehörden ist eine eindrucksvolle Skyline die Visitenkarte für Fortschritt und Modernität. Noch und noch findet man Beispiele dafür, dass entweder ohne klare Evaluation der Marktbedürfnisse gebaut wurde, dass das Kapital zu freigebig eingesetzt wurde, oder dass Prestigedenken den wirtschaftlichen Sachverstand außer Kraft gesetzt hat. Mitten in der Industrie- und Hafenstadt TIENSIN unweit von PEKING findet sich ein Büro- und Shoppingkomplex im Betonrohbau, der seit Jahren leer steht. Dasselbe Bild wiederholt sich Dutzende, ja Hunderte von Male in anderen Provinzstädten. Selbst in PEKING sahen sich die Stadtbehörden gezwungen, die Kapitalgarantien für Großprojekte kräftig

anzuheben. Noch und noch sah man selbst im Zentrum der Kapitale riesige Objekte, die von einem Tag auf den anderen still gelegt wurden, weil dem Bauherrn das Geld ausgegangen war oder er sich gar mit dem Kapital aus dem Staub gemacht hatte. Tausende von Wanderarbeitern wurden auf die Straße gestellt, häufig mit monatelangen Lohnrückständen – ein sicheres Rezept für soziale Unrast. SCHANGHAI ist nicht ohne Grund stolz auf seine rasante Entwicklung zur neuen ostasiatischen Metropole. Paradestück für diesen Erfolg ist der Stadtteil PUDONG, vom alten Stadtzentrum aus gesehen jenseits des HUANGPU Flusses. Vor zwei Jahrzehnten war PUDONG Ackerland mit ein paar verrotteten Schiffswerften. Heute hat es wohl die größte Dichte an Wolkenkratzern der Welt. Allein schon die logistischen Anstrengungen erheischen große Bewunderung. Auch die Stadtplanung mag mit den modernsten Erfordernissen Schritt zu halten. Doch bei näherem Betrachten stellt sich die Frage, ob sich alle die riesigen Wohnkolonien, Bürotürme und *Shopping Malls* wirklich rechnen.

Volkswirtschaftler bemängeln an der chinesischen Wirtschaftsentwicklung der letzten zehn Jahre, dass sie zu sehr von der Exportproduktion und von der Kapitalgüterinvestition geprägt worden sei. Es sind diese beiden Elemente, die auch am meisten zum beachtlichen chinesischen Wirtschaftswachstum beitragen. Demgegenüber hapert es nach wie vor mit dem privaten Konsum. Es ist dies die Folge von vier Faktoren, die im Mittelpunkt einer kritischen Durchleuchtung des chinesischen Wirtschaftswunders stehen müssen: **traditionelles chinesisches Geschäftsgebaren, staatliche Finanzinstitute, Partikularismus auf Provinz- und Gemeindeebene sowie mangelnde Marktkräfte.**

#### **Zum traditionellen chinesischen Geschäftsgebaren:**

Es soll hier nicht darum gehen, in salopper Weise gewisse nationale Charakteristika oder gar genetische Dispositionen zu postulieren. Auffällig ist indessen schon, dass die wirtschaftlichen Erfolge von Chinesen in der Regel im Handel und in Bereichen, in denen ohne große Investitionen in Forschung und Entwicklung

schnell gutes Geld verdient werden kann, zu verzeichnen sind. Dies gilt nicht nur für die Volksrepublik, sondern beispielsweise auch für HONG KONG, wo die großen Vermögen an der Börse und im Immobilienhandel gemacht worden sind. Mit der Geringschätzung von Forschung und Entwicklung gehen einher ein kurzfristiges Profitdenken und die Neigung, sich die Technologien, die man nicht selbst entwickeln kann oder will, durch Übernahmen oder schlicht durch *Produktpiraterie* zu sichern. Ganz offenkundig wird die chinesische Vorliebe für die rasche Umsetzung von Kapital im Bereich der **physischen Infrastruktur**. Im Vergleich mit Indien hat hier China enorme Fortschritte gemacht, während es bei Software-Bereichen und in der Technologieentwicklung hinter Indien einher hinkt. Die Fokussierung auf Kapital- und Immobilienmärkte verstärken sich gegenseitig und führen zu der Fehlallokation von Kapital, die sich jeweils über Jahre hinweg hinter guten Renditen verbergen kann, nur um beim Platzen der Spekulationsblase um so verheerendere Spuren in der Volkswirtschaft zu hinterlassen.

#### **Zu den staatlichen Finanzinstituten:**

PEKING drängt unter anderem die Europäische Union darauf, China endlich den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren. Es hat dies im Rahmen der internationalen Kreditbewertung wie auch bei WTO-Regeln gewisse Vorteile. Ganz energisch haben sich bisher die USA gegen dieses Begehren gewandt und auch die EU hat die Anerkennung bisher verweigert. Nimmt man den Anteil, den die Privatwirtschaft am gesamten chinesischen Bruttoinlandprodukt hat, so könnte man PEKINGS Begehren einen positiven Bescheid geben. Rund 70 % der chinesischen Wirtschaftsleistung erfolgt im privaten Sektor. Andererseits gibt es wichtige Bedenken, dass China die Kriterien einer Marktwirtschaft im herkömmlichen Sinne erfüllt. Zum einen handelt es sich dabei um die nach wie vor unterentwickelte Rechtsordnung, die sich unter anderem auch bei der Bekämpfung von Patentverletzungen und *Produktpiraterie* bisher als wirkungslos erwiesen hat. Zum andern geht es ganz konkret um die Strukturen des chinesischen Finanzsektors.

Wir haben erwähnt, dass die Reformen von DENG XIAOPING die Chinesen aus dem Zustand der Sklaverei befreit haben. Die Rechtsbefugnisse, welche die Bürger der Volksrepublik heute haben, sind so umfassend wie nie zuvor in der Geschichte der KPC-Herrschaft. Und auch davor gab es nur eine kurze Periode in der Anfangsphase der Republik, da man bei den Rechtsvorgaben von einem höheren Stand ausgehen konnte. Das legal erworbene Privateigentum ist inzwischen gemäß revidierter chinesischer Verfassung gewährleistet. All dies heißt aber noch nicht, dass die Optionen, wie der einzelne Bürger über seinen Besitz verfügen kann, so umfassend entwickelt sind wie etwa in Indien, welches den Status einer Marktwirtschaft voll verdient. In den letzten zehn Jahren haben sich die Möglichkeiten für den einzelnen, sein Vermögen anzulegen, erweitert. Die Chinesen können nun Wohneigentum erwerben und dieses über Hypotheken finanzieren. Sie können Konsumkredite aufnehmen, um dauerhafte Güter zu kaufen. Beides, Hypotheken und Konsumkredite, wurden in den neunziger Jahren eingeführt, um den privaten Binnenkonsum zu fördern. Noch ist die Sparquote viel zu hoch, doch gibt es immerhin mit einem florierenden Aktienmarkt Möglichkeiten, das Ersparte nicht nur unter der Matratze oder auf einem wenig Zinsertrag abwerfenden Sparbüchlein anzulegen. In diesem Zusammenhang ist es nötig, auf eine strukturelle Schwäche im chinesischen Modernisierungsprozess zu verweisen, die nicht mit physischen ökonomischen Faktoren zu tun hat, sondern das Ergebnis einer mentalen Disposition ist. Wir haben wiederholt bemerkt, wie fundamental und rasant der sozioökonomische Wandel vor allem während der letzten zwei Jahrzehnte gewesen ist. Man muss sich immer wieder in Erinnerung rufen, wo China vor dreißig Jahren stand und wo es sich heute befindet. Während jedoch physische Veränderungen sich rasch verwirklichen lassen – man denke etwa an die Infrastruktur oder an Industrieparks –, **dauert es bei mentalen Veränderungen in der Regel wesentlich länger.** Wir dürfen nicht vergessen, dass alle Menschen, welche die „Große Kulturrevolution“ von 1966 bis 1976 bewusst erlebt hatten, die also in diesem Jahrzehnt mindestens ihre Teenager-Jahre erreicht hatten, durch die Katastrophe fürs Leben geprägt wurden. Diese

Menschen, zu denen sich noch die älteren Chinesen gesellen, welche Erinnerungen an den blutigen Bürgerkrieg, an die verheerende japanische Besetzung oder an die Katastrophe des „Großen Sprungs nach vorn“ haben, sind natürlicherweise verunsichert. Ihre Haltung ist, dass man stets für schlimme Zeiten vorbereitet sein muss, etwas auf der Seite haben muss, um für eine neue Katastrophe gewappnet zu sein. Auch die Tatsache, dass nun während rund drei Jahrzehnten das Land, von regional begrenzten Naturkatastrophen abgesehen, keinen nationalen Notstand mehr durchlitten hat, vermag bei diesen Generationen die eingefleischte Skepsis nicht zu beseitigen. Deshalb sparen sie, anstatt dem Drängen der Führung zu konsumieren nachzugeben.

**Ein Handicap der Reformen ist die Unterentwicklung des sozialen Sicherungssystems,** insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung. Hier weist der bisherige wirtschaftliche Reformprozess schwerwiegende Lücken auf. Es ist nicht unzutreffend, wenn von chinesischen linksorientierten Kritikern der Wirtschaftsreformen darauf verwiesen wird, dass in früheren Zeiten, ja selbst unter MAO ZEDONG die allgemeine Gesundheitsversorgung in China besser war als heute. Kritiker weisen darauf hin, dass Seuchen wie SARS oder die Vogelgrippe auch wichtige Indizien dafür seien, dass auf dem Land die medizinische Grundversorgung eingebrochen ist.

Bei der Alterssicherung schlägt auch die *Ein-Kind-Politik* negativ zu Buche. **Eine institutionalisierte Altersversicherung gibt es nicht,** kann es in China angesichts der gewaltigen Bevölkerungsmasse auch gar nicht geben. Deshalb ist der Familienverband, der traditionell nach Maßgabe der *konfuzianischen* Pflichtenlehre für das Wohl der Alten aufgekommen ist, nicht mehr in der Lage, die Alterssicherung zu gewährleisten. Dies ist vor allem in den Städten der Fall, wo sich das so genannte „*leere Nest Problem*“ ausbreitet und in vielen Familien die Formel des „*ein-zwei-vier*“ (ein Kind muss sich um zwei Eltern und vier Großeltern kümmern) gilt. Alle diese Faktoren bewegen die Menschen, sich beim Ausgeben des mühsam erworbenen Geldes zurückzuhalten und einen Batzen für Notzeiten auf die Seite zu legen. Es ist dieses

Sparverhalten, das zudem in der chinesischen Mentalität eine traditionelle Grundlage hat, auch verantwortlich dafür, dass Chinesen auf hohe Inflationsraten mit politischer Rastlosigkeit zu reagieren pflegen. Letztmals war dies in den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Fall gewesen.

Das solide Sparverhalten führt dazu, dass den staatlichen Finanzinstituten eine willkommene Basis zur zinsgünstigen Kreditaufnahme zur Verfügung steht. Bis zu den jüngsten Liberalisierungen im Bankwesen hatten die Chinesen auch kaum eine Wahl. Es gab zwar verschiedene Banken, doch boten alle denselben Service an, was bedeutete, dass es keinen Anreiz zur Verbesserung des Kundenservice gab. Auf der positiven Seite der jüngsten Finanzreformen ist zu vermerken, dass die Regierung, indem sie einzelnen Banken zur Kapitalaufnahme den Börsengang gestattete und bei einzelnen Finanzinstituten auch den Einstieg von ausländischen Investoren zuließ, auf dem weichen Wege eine Erneuerung des Bankwesens anstrebt. Durch die Börsengänge und durch die ausländischen Investitionen soll dem Kunden gezeigt werden, dass es Banken von unterschiedlicher Qualität gibt. Der Sparer hat damit zumindest die bescheidene Möglichkeit, durch seine Diskretion bei der Wahl des Finanzinstituts einen die Dienstleistungsqualität befördernden Wettbewerb zu stimulieren.

Während an der Front des Kleinkundengeschäfts der Banken somit gewisse Verbesserungen registriert werden können, sieht es im Makrobereich erheblich weniger rosig aus. Gemäß erhältlichen Statistiken haben die vier großen Staatsbanken bisher kaum je an private Unternehmer Geld ausgeliehen. Vielmehr beschränkt sich ihr gewaltiges Kreditportfolio auf den staatlichen Sektor. Dies, obschon wie erwähnt, über zwei Drittel der chinesischen Wirtschaftsleistung heute vom privaten Sektor erbracht werden. Es ist dies ein Indiz dafür, dass im Finanzsektor das Erbe der staatlichen Planwirtschaft noch lange nicht überwunden ist, ja dass es, so lange die KPC die totale Macht besitzt, auch gar nicht überwunden werden kann.

Was steht dahinter? Im makroökonomischen Bereich hatten die Reformen von DENG

XIAOPING eine substantielle Reduktion des staatlich kontrollierten Wirtschaftssektors gebracht. Unzählige der unprofitablen, an den Bedürfnissen des Marktes vorbei produzierenden und technologisch veralteten Industriekonglomerate wurden entweder stillgelegt oder aufgesplittert und an neue, nach kapitalistischen Kriterien operierende Unternehmensführungen abgegeben. Ziel war es, die industrielle Basis des Landes zu modernisieren und den Abfluss von staatlichen Geldmitteln zu reduzieren. Zu dem Reformprozess gehörte auch die Errichtung neuer Investitionsgesellschaften, die teilweise auf provinzieller Ebene mit Staatsgeldern etabliert wurden und die sich danach auf den Kapitalmärkten engagierten. **Im Grunde genommen war dies ein Umbau einer vom Staat total kontrollierten Wirtschaftsordnung in eine solche, die zwar nach wie vor den Staat als Hauptakteur hatte, in der aber die Unternehmen nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu operieren hatten.** Industriekombinate, wie sie im Ostblock üblich waren, die sich überhaupt nicht um die Einkommenseite zu kümmern hatten und die deshalb auf ewig am Tropf der Staatssubventionen hingen, sollten durch Unternehmen ersetzt werden, die den ausdrücklichen Auftrag hatten, auf dem ihnen gewährten Kapital Gewinn zu erwirtschaften.

Im Verlaufe dieses Prozesses kam es zu weit reichenden Restrukturierungen, die zunächst einmal für den Arbeitsmarkt nachteilige Folgen zeitigten. Millionen von Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, da zur Ineffizienz der alten Staatswirtschaft die viel zu hohen Arbeitskräftebestände gehörten. Diese Redimensionierungen verursachten erheblichen Schmerz, da es bei den Staatsbetrieben nicht nur um das Salär, sondern auch um die viel wichtigeren Seitenbenefizien ging (vom betriebseigenen Kindergarten, über die betriebliche Alters- und Krankenvorsorge bis zur vom Betrieb bereit gestellten Wohnung und zu besonderen Einkaufsmöglichkeiten). Wenn jemand in solch einem Betrieb entlassen wurde, so verlor er nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern auch die ganzen Grundlagen seiner bisherigen, altvertrauten Existenz. Erschwerend kam noch hinzu, dass es sich bei diesen von der Restrukturierung Betroffenen sozusagen um die Elite der arbeitenden Klasse im KPC-Staat gehandelt hatte.

Im Verlauf der Reformen wurden selbstverständlich neue Arbeitsplätze geschaffen, die von den neuen Industrien und Dienstleistungen in der modernen Volkswirtschaft bereitgestellt wurden. Oft war der Übergang nach chinesischer Pragmatik fließend. Das Management der vom Staat zur Schließung bestimmten Unternehmung verteilte die Assets unter den Mitarbeitern und diese konnten mit der Abfindung eine neue Existenz gründen oder sich gar selbständig machen. Allerdings war dies nicht in allen Fällen erfolgreich und der Staat musste Millionen von Entlassenen mit sozialstaatlichen Hilfen abfinden. Zugleich war der PEKINGER Führung auch klar, dass man mit den Restrukturierungen nicht beliebig weit gehen konnte, ohne dass dies nicht destabilisierende soziale Spannungen zur Folge haben würde. Ein zu zahlreiches Heer von Verlierern musste zu einer Gefahr für die Reformen an sich werden. Aus diesem Grunde wurde auch die Umstrukturierung nicht durch alle Staatsbetriebe durchgezogen.

Damit kommen wir zurück zur Problematik der Staatsbanken. Als sich zwei der vier großen Banken, die BANK OF CHINA und die INDUSTRIAL AND COMMERCIAL BANK OF CHINA, auf den **Börsengang** vorbereiteten, wurde ihnen je 22,5 Milliarden US-Dollar aus den Devisenreserven zum Abbau der schwer auf ihren Büchern lastenden faulen Kredite überwiesen. Dies hat gemäß den öffentlich zugänglichen Statistiken die Summe der Problemkredite in diesen Banken auf ein international akzeptables Niveau reduziert. Die Frage ist, welche neuen Problemkredite seither ihren Weg ins chinesische Bankensystem gefunden haben. Auf der einen Seite sind die großen chinesischen Staatsbanken nach wie vor in unprofitablen Staatsbetrieben exponiert, die nach wirtschaftlichen Kriterien längst geschlossen gehörten, die aber aus strategischen, wirtschaftspolitischen oder systempolitischen Gründen weiterhin am Leben gehalten werden. Es ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass bei der Aushandlung von Krediten zwischen einer staatlichen Bank und einem staatlichen Unternehmen nicht die im westlichen Kommerzgeschäft üblichen Bewertungskriterien gelten. Mit dabei sind stets die Interessen der Partei. Diese Interessen können makroökonomischer Natur sein, indem man sich entscheidet, ein Konglomerat am

Leben zu erhalten, weil es in einem wirtschaftlich schwierigen Landesteil eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielt und deshalb Massenentlassungen zu schweren sozialen Verwerfungen führen könnten. Es sind dies Überlegungen, die in ähnlicher Weise zuweilen auch in westlichen Industriestaaten eine Rolle spielen können.

Ein zweiter Grund für die Einflussnahme der Partei sind deren finanzielle Interessen, die durchaus nicht auf der obersten Führungsebene in PEKING angesiedelt zu sein brauchen. Es gibt **machtvolle Lokalinteressen** und die Trennlinie zwischen legitimem, legalem Geschäft und Korruption ist hier oft verschwommen. Es mag diese Unklarheit auch beim tiefen Sturz des ehemaligen SCHANGHAIER Parteichefs CHEN LIANGYU eine Rolle gespielt haben. Natürlich ging es in jenem konkreten Fall in erster Linie um einen parteiinternen Machtkampf zwischen der SCHANGHAIER Clique, die während der Zeit der dritten Führungsgeneration das Sagen hatte und den Seilschaften von HU JINTAO, dem Parteichef der vierten Führungsgeneration. Doch darüber hinaus tat CHEN das, was viele Parteilobbenzen auf regionaler Ebene tun und was nach Meinung der chinesischen Öffentlichkeit inzwischen auch praktisch die Norm ist, er bediente nämlich seine Klientel und seinen Klan und hielt sich an staatlichen Assets schadlos. Immense Summen werden von den staatlich kontrollierten Finanzvehikeln in Projekte investiert, die von zweifelhaftem kommerziellem Wert sind. Es mag sich dabei um mehr oder weniger selbstlose Prestigeprojekte, aber auch um eine sehr selbstsüchtige Selbstbedienung aus den nationalen Ressourcen handeln. Es kann vor diesem Hintergrund davon ausgegangen werden, dass **im staatlichen Finanzsystem noch etliche unliebsame Überraschungen verborgen sind**, die in einer unbestimmten Zukunft an die Oberfläche kommen könnten. Die Führung ist nicht ohne Grund über den Aufbau einer gefährlichen Spekulationsblase an der Börse und auf dem hochwertigen Immobilienmarkt besorgt, da das Platzen einer solchen Blase weit reichende soziale Konsequenzen haben und gar zur politischen Destabilisierung des Landes führen könnte. Als die Spekulationsblase 1989 in Japan platzte, war dies ein rein ökonomisches, nicht jedoch ein systemrelevantes Ereignis, zu dem es im Falle Chinas ohne Zweifel werden würde.

Die ganze finanzielle Vernetzung zwischen Staatsunternehmen, Staatsbanken, staatlichen Investitionsfonds, der Partei, lokalen Kadern, Bürokraten und Klientelen zeigt, was auf dem Spiele steht. Wenn zuweilen Überlegungen angestellt werden, wie sich China politisch modernisieren könnte, so gilt es, diese **gewaltige Interessenkoalition** in Betracht zu ziehen. Im Falle der Finanzmacht der Partei, die sie indirekt über die staatlichen Finanzvehikel ausübt, handelt es nach dem stürmischen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre um gewaltige Summen. Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, dass über diese mehr oder weniger direkten Holdings der KPC diese die bei weitem reichste Organisation der Welt ist. Dass man so etwas leichtfertig aus den Händen gibt, darf bezweifelt werden. Mit anderen Worten heißt dies, dass mit dem Fortdauern des Reformprozesses und dessen weit reichenden wirtschaftlichen Implikationen die Wahrscheinlichkeit, dass es in China je zu einer durchgreifenden politischen Modernisierung kommen kann, die sich explizit gegen die Interessen der Partei richtet, immer geringer geworden ist. Nochmals: zur Solidität des chinesischen Banken- und Finanzsystems tragen all diese Sachverhalte mit Sicherheit nicht bei.

### **Zu den mangelnden Marktkräften:**

Es ist bereits erwähnt worden, dass es gewichtige Gründe vor allem im chinesischen Finanzsektor gibt, um die Bedenken derjenigen, die China noch nicht den Status einer Marktwirtschaft zuerkennen wollen, zu unterstützen. Es gilt natürlich auch für die entwickelten westlichen Industrienationen, dass sie in manchen Wirtschaftsbereichen Mechanismen kennen, die mit einer funktionierenden Marktwirtschaft unvereinbar sind. Man denke beispielsweise an die Agrarpolitik in manchen EU-Staaten oder an den völlig unzureichenden Wettbewerb im Schweizer Finanzsektor. Weshalb soll es deshalb gerechtfertigt sein, China, nur weil es nicht alle Kriterien einer Marktwirtschaft erfüllt, gleich generell den Status einer Marktwirtschaft vorzuenthalten? Die Antwort auf diese Frage findet sich in der Natur der chinesischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen.

Dass China, das ja in wesentlichen Bereichen nach wie vor ein Entwicklungsland ist, in einzelnen Sektoren nicht marktkonforme staatliche Interventionen akzeptiert, kann nicht als Argument gegen die Anerkennung seines Status als Marktwirtschaft vorgebracht werden. Vielmehr geht es um viel Grundsätzlicheres. China hat im Gefolge von DENG XIAOPINGS Reformen sich sehr weitgehend gegenüber der Außenwelt geöffnet. Es hat aber diesen Öffnungsprozess, sehr wohl unter Duldung der ausländischen Akteure, **ohne durchgreifende Transparenz** vollzogen. Man braucht dabei nicht einmal primär an den Insiderhandel an den chinesischen Börsen oder an die Fragwürdigkeit von chinesischen Statistiken zu denken. Nein, **es geht um die Abwesenheit jeglicher unabhängiger Kontrollorgane im Reich der Mitte.** Es fehlt hier wirklich an allem, an einem unabhängigen Parlament, an einer unabhängigen Rechtssprechung, an unabhängigen Richtern, an unabhängigen Medien und an unabhängigen Buchprüfern. Die Häufung dieser Defizite ist so eklatant, dass Chinas Manko wirklich nicht mit den ordnungspolitischen Sündenfällen in Staaten verglichen werden kann, die den Status einer Marktwirtschaft besitzen.

Die ganze Problematik der mangelnden Transparenz, der mangelnden unabhängigen Kontrolle wird noch dadurch akzentuiert, dass es sich um einen Einparteienstaat handelt und dass in der alles dominierenden KPC es keine wirklichen Kontrollmechanismen gibt. Zwar ist viel die Rede von einer Demokratisierung an der Basis der KPC, doch über die relevanten Gremien in dieser Riesenpartei wacht niemand. Diese Allmacht, die sich auf das Politbüro und dessen Ständigen Ausschuss zuspitzt, bedingt, dass in Schlüsselbereichen wie der Preis- oder der Währungspolitik nach wie vor allein das Diktat der Partei den Ausschlag gibt. Es fällt auf, dass viele westliche Chinaprotagonisten sich leichtfertig der Illusion hingeben, in China würde in der Wirtschaft immer mehr vom Markt und immer weniger vom Apparat der Gang der Dinge bestimmt. Darob geht vergessen, dass **in Tat und Wahrheit auch heute das absolute Primat der Politik über die Wirtschaft, der Partei über die Marktkräfte gilt.** Bei allen wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheiden,

welche die oberste Führung trifft, geht es um nichts anderes als um den Machterhalt der KPC. Deshalb wird auch in einem scheinbar so technischen Bereich wie der Währungspolitik das entscheidende Wort weder von der Notenbank

noch dem Finanzministerium, sondern allein vom Ständigen Ausschuss des Politbüros gesprochen. Wichtig ist auch, dass in dieser Hinsicht die Führung niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

---

## Die soziale Dynamik: Reichtumsgefälle und Korruption

---

Die erwähnten spezifischen Strukturen des Finanzsystems rechtfertigen es, China noch nicht den Status einer Marktwirtschaft zu verleihen. Die ganze Kreditvergabe- und Geschäftspolitik der großen Staatsbanken ermangelt der Transparenz, da sie nicht nach den üblichen Kriterien von Profit und Risikoberechnung betrieben wird. Die Partei, die einen unzweideutigen Einfluss auf das Geschäftsgebaren der marktbestimmenden Finanzinstitute ausübt, behält sich vor, Entscheide unter Aspekten zu treffen und zu beeinflussen, die nichts mit dem üblichen kommerziellen Verhalten zu tun haben. Damit gelangen externe Faktoren in das Marktgeschehen, die insbesondere auch ausländischen Investoren nicht zur Verfügung stehen.

Es führt dieser Zwiespalt auf einen grundsätzlichen Aspekt, möglicherweise den wichtigsten Aspekt des ganzen Modernisierungsprozesses. Ohne Zweifel ging es DENG XIAOPING, als er die Reformen anstieß, um das ernst gemeinte Vorhaben, das Schicksal der Menschen im *Reich der Mitte* zu verbessern. DENG hatte zu sehr unter den Verwerfungen der fünfziger und sechziger Jahre gelitten, als dass er nicht das natürliche Begehren des Volkes, endlich in Frieden und Wohlstand zu leben, nachempfinden konnte. Doch darüber hinaus ging es DENG um ein Ziel vor allem: den absoluten Machtanspruch der KPC zu erhalten und zu sichern. Er mag wirklich ernsthaft davon überzeugt gewesen sein, dass allein die Herrschaft der KPC Chinas Rückfall in Rückständigkeit und innere Zerstrittenheit würde verhindern können. Einem Mann mit der Lebenserfahrung DENGs tut diese Ansicht Ehre an. Für den externen und objektiven Beobachter ergibt sich aber ein anderer Akzent: Im Mittelpunkt der chinesischen Wirtschaftspolitik steht einzig und allein die Absicht, die *Dynastie der KPC* an der Macht zu halten. Alle Entscheide, auch solche die scheinbar rein volkswirtschaftlicher Natur sind, unterstehen diesem Diktat der absoluten

und ausschließlichen Machtsicherung für die KPC. **Letztlich sind wie zu MAOS Zeiten auch heute alle wichtigen Entscheidungen, die in PEKING getroffen werden, sie mögen wirtschaftliche oder technologische Themen betreffen, politischer Natur.**

DENG wusste, dass nach den beiden Desastern des „*Großen Sprungs nach vorn*“ und der „*Großen Kulturrevolution*“ das Land für einen möglicherweise gewaltsamen Umschwung bereit war. Gelang es PEKING nicht, innert kürzester Zeit das Steuer herumzureißen, so drohte die ganze Entwicklung aus den Bahnen zu geraten. MAO hatte als charismatischer, historischer Republikgründer noch die Fähigkeit besessen, das Volk durch Einschwören auf die Loyalität zu ihm bei der Stange zu behalten. Nach MAOs Tod musste alles darauf hinweisen, dass, so nicht rasche Besserung kam, der KPC das *Mandat des Himmels*, das Mandat zu regieren, entzogen werden konnte. Genau wie der neue wirtschaftliche Reformschub nach dem tragischen Ende der Demokratiebewegung im Frühling 1989 so war auch der Beginn der Reformen darauf angelegt, die Bevölkerung durch rasch spürbare Verbesserungen im Lebensstandard zu befrieden. Auch in diesem Sinne **war der urkapitalistische Slogan „reich zu werden, ist wunderbar“ darauf angelegt, die kommunistische Herrschaft zu verteidigen und zu konsolidieren.**

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts macht die Volksrepublik einen viel stabileren Eindruck als in den Jahren unmittelbar nach dem Erdbeben der „*Kulturrevolution*“. Tatsache ist indessen, dass auch in dieser neuen Phase es nicht an Herausforderungen und Problemen fehlt, die für die Stabilität des Systems sehr gefährlich werden könnten. Sieht man von weltwirtschaftlichen, geopolitischen oder klimatischen Gefahren ab, die ohne Zutun der KPC-Führung über das Land hereinbrechen können, so sind es vor

allem die **hausgemachten sozialen und politischen Probleme, die im Extremfall systemgefährdende Dimensionen annehmen können**. Auf die politischen Faktoren wird im nächsten Kapitel einzugehen sein. Hier sollen die sozialen Herausforderungen abgehandelt werden.

Ohne Zweifel handelt es sich dabei um zwei vorrangige Probleme: das unablässig wachsende Reichtumsgefälle und das Krebsgeschwür der Korruption. Nicht nur in China ist das Reichtumsgefälle eine Sache sowohl der objektiven ökonomischen Tatbestände wie auch des subjektiven Empfindens. Es ist diese Vermischung, die das Reichtumsgefälle zu einem politisch brisanten Thema werden lässt, dies insbesondere auch in einem Staat, der sich aus der kommunistischen Staatswirtschaft befreit hat, der aber nach wie vor von sich behauptet, den Sozialismus, wenn auch nach chinesischer Art, zu verwirklichen.

China ist, wenn es um den Aufbau einer sozial untergliederten Gesellschaft geht, ein Land der Neureichen. Auch in anderem Kontext, etwa bei der Ermittlung der Kaufkraft, ist es bei einem Vergleich zwischen Indien und China stets nützlich, sich die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der beiden Gesellschaften in Erinnerung zu rufen. Während die Volksrepublik die Welt mit glitzernden Skylines, Autobahnen, hochmodernen Flughäfen und einem Weltrekord an Devisenreserven beeindruckt, darf nie vergessen werden, dass die indischen Mittelschichten im Vergleich zu den chinesischen viel weiter entwickelt sind. In Indien hat es die Zäsur des Kommunismus mit der totalen Zerstörung allen Privateigentums nie gegeben. Die indischen Mittelschichten haben über Generationen hinweg Vermögen aufbauen können und dies auch mit – in der Regel sehr konservativen – Anlagestrategien getan. Die Kaufkraft der indischen Mittelschichten ist deshalb auch viel größer als jene der chinesischen Mittelschichten. Doch im jetzigen Kontext geht es nicht um die Kaufkraft, sondern um die Werthaltung. **China befindet sich in einem Frühstadium der individuellen und kollektiven Kapitalakkumulation und in einem solchen Stadium herrscht die Mentalität der Neureichen vor**. Die Folge davon ist, dass sich die Reichtumschere in sehr eklatanter und sozial destabilisierender Weise öffnet.

Der indische Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya SEN unterscheidet in seinen Untersuchungen zum Armutsproblem zwischen Elend und Armut. Der Zustand des Elends wird von Hoffnungslosigkeit geprägt. Der Wille und das Rückgrat der Menschen sind gebrochen und sie besitzen keine realistische Erwartung mehr, je aus ihrer Misere herauszukommen. Die Verzweiflung sorgt für Passivität und Kriminalität. Im Zustand der Armut leben die Menschen zwar in sehr ärmlichen Umständen, doch haben sie die berechnete Hoffnung, dass sie es in ihrem eigenen Leben schaffen werden, aus dem Zyklus der Armut auszubrechen, oder dass zumindest ihre Kinder die Aussicht auf ein besseres Leben haben. Solange diese Hoffnung besteht, sind diese Menschen auch konstruktiv an der Entwicklung der sie umgebenden Gemeinschaft interessiert. Es sind die Hunderte von Millionen von Chinesen, die in ärmlichen Verhältnissen leben müssen, die durch ein starkes volkswirtschaftliches Wachstum, das auch immer wieder Wohlstandselemente zu den unteren Bevölkerungssegmente gelangen lässt, bei der Stange gehalten werden müssen. **Breitet sich der Wohlstand, wie bescheiden er auch immer sein mag, langsam aber sicher aus, so spielt es eine viel geringere Rolle, ob das Reichtumsgefälle zunimmt oder nicht. Kommt es zur Stagnation, greift Hoffnungslosigkeit um sich, so wird das Reichtumsgefälle um so explosiver**.

Wir haben die chinesische Gesellschaft als eine Gesellschaft beschrieben, die sich im Zustand des Neureichen befindet. Ein solcher Zustand wird auch durch die provokante Zurschaustellung von neuem Reichtum geprägt. Die traditionelle indische Gesellschaft weist zwar auch ein sehr beträchtliches Reichtumsgefälle aus (in diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass in der Rangliste des GINI-Koeffizienten Indien deutlich besser abschneidet als die Volksrepublik China), doch ist der Reichtum in dieser Gesellschaft sehr viel weniger augenfällig. In Tat und Wahrheit sind manche der Bereiche, wo man als Neureicher auftrumpfen kann, in Indien wegen althergebrachter gesellschaftlicher Gepflogenheiten für ein ostentatives Zurschaustellen von Reichtum ungeeignet. Die Menschen sind Vegetarier und trinken keinen Alkohol. Sie kleiden sich sehr einfach und auch die Behausungen sind traditionell sehr sparsam ausgerüstet. Die

Ehefrau mag an einer Hochzeitfeierlichkeit Diamanten im Wert von mehreren Hunderttausend Dollar tragen, doch für die weniger Begüterten ist dieser Wert nicht einschätzbar und damit auch nicht konkret erstrebenswert. Demgegenüber weiß jedermann, was ein FERRARI oder MASERATI kostet und kann sich vorstellen, dass er dereinst auch ein solches Vehikel besitzen sollte.

Das Reichtumsgefälle ist indessen in China nicht nur ein Problem der sozialen Schichtung, sondern auch der regionalen Ungleichgewichte. Große Wohlstandsunterschiede zwischen den Regionen des Riesenreichs sind nichts Neues. Neu ist jedoch, dass das Land sehr offenkundig in verschiedenen Zeitaltern lebt und dass die nationale Solidarität durch die neuen Bewegungsspielräume, welche der Wohlstand schafft, geschwächt wird. Neu ist aber auch, dass wegen neuer Informationsmedien die Kenntnis darüber, wie die Menschen in den reichen Regionen und Städten leben, weit verbreitet ist. Man denke an den dramatisch gewachsenen Einfluss des Internets in China. Dass die Konsolidierung der vierten Führungsgeneration gegenüber der vorangehenden dritten Führungsgeneration auch **eine Auseinandersetzung zwischen der so genannten SCHANGHAI-Gruppe und der Seilschaft der kommunistischen Jugendliga** beinhaltet, ist nicht nur der Herkunft der verschiedenen Kader und ihrer persönlichen Karriere zuzuschreiben, sondern hat vor dem Hintergrund des Reichtumsgefälles zwischen den Regionen auch eine gewisse symbolische Bedeutung. SCHANGHAI ist in der Tat nicht nur die kosmopolitischste, die am meisten verwestlichte Stadt Chinas, es ist

auch die einzige Stadt, in der sich vor der Machtübernahme unter dem Schutz der ausländischen Konzessionen eine Bourgeoisie, wie zahlenmäßig schwach sie auch gewesen sein mag, hatte etablieren können. Wer alte chinesische Städte besucht, dem fällt auf, wie wenige herrschaftliche Villen und Häuser es dort gibt. In der CHING Dynastie war es im Wesentlichen die Bürokratenkaste, die *Mandarine*, die unterhalb der Nobilität die wichtigste gesellschaftliche Schicht ausmachte. Unternehmer, Industrielle gab es nicht. Diese konnten sich nur in den so genannten Konzessionen der ausländischen Mächte etablieren, wo sie in der Regel als Verbindungsmänner zwischen dem chinesischen Markt und den ausländischen Kompradoren<sup>4</sup> fungierten und sich ihren Reichtum aufbauten.

Es ist kein Geheimnis, dass in China die SCHANGHAIER nicht zu den beliebtesten Menschen gehören. Man hält sie für überheblich und selbstbezogen. Es kam deshalb der neuen Führungsgeneration sehr gelegen, dass die Vorgänger, gegenüber denen sie sich durchsetzen musste, in SCHANGHAI ihre Basis hatten. Es war auch kein Geheimnis, dass der 2002 abgetretene **Parteichef JIANG ZEMIN die obersten Parteiorgane mit Vertrauten aus der SCHANGHAIER Clique bestückt hatte**, um sich einen ruhigen Lebensabend und weiterhin gebührenden Einfluss auf die Spitze der KPC sichern zu können. Es ist ihm dies bis zum Ende der ersten fünfjährigen Amtsperiode von HU JINTAO weitgehend gelungen, doch im Herbst 2007, anlässlich des 17. Parteitags der KPC, ging dann dieser Einfluss mit der weit reichenden Entmachtung der SCHANGHAIER Clique zu Ende.

---

## Der politische Stau: Die KPC in der Legitimitätsfalle

---

Müsste man der chinesischen Führung für die Arbeit während der letzten drei Jahrzehnte Noten erteilen, so würde man ohne Zweifel bei der wirtschaftlichen Modernisierung ein Verdikt von „*gut bis sehr gut*“ geben. Auch bei der sozialen Modernisierung des Landes ist noch eine günstige Bewertung angebracht. Ganz anders sieht es jedoch bei der **politischen Modernisierung aus. Hier kann nur die Note „völlig ungenügend“ verpasst werden.** Wir haben die Problematik von Korruption und Reichtumsgefälle bereits herausgearbeitet. Sie

sind Indizien dafür, dass einzelne Dinge während der letzten drei Jahrzehnte nicht so verlaufen sind, wie sie hätten verlaufen sollen. Zusammen mit den gewaltigen Umweltherausforderungen, die auf das Land zukommen, sind diese sozialen Missstände potenzielle Unruhefaktoren. Sie weisen auf die ganze Problematik des politischen Staus, der die Volksrepublik lähmt, hin und sind ein wichtiger Bestandteil **dieses Auseinanderlaufens der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.** Nicht nur Regimekritiker, auch aufgeklärte Kader und

Beamte, die voll im System drin sind, wissen, dass das Fehlen von rechtsstaatlichen, demokratischen Mitteln, das Fehlen eines Ventils also, über das sich die Unzufriedenheit der Menschen ohne Gefahr für die Stabilität der Gesellschaft entladen kann, eine höchstgefährliche Sache ist.

Als 2002/3 die vierte Führungsgeneration an die Schalthebel der Macht gelangte, gab es vor allem unter den ausländischen Kommentatoren etliche die meinten, HU JINTAO würde schon bald den wirtschaftlichen Erneuerungen auch politische Erneuerungen nachfolgen lassen. Diese Annahme war vor dem Hintergrund der vorherigen Karriere des neuen Parteichefs von Anfang an verwegen, aber immerhin konnte man ihr eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, scheinen doch HU JINTAO und WEN JIABAO einer technokratisch viel besser ausgebildeten Generation anzugehören als ihre Vorgänger. Auch war es nicht falsch anzunehmen, dass ein ohne Zweifel gescheiter Mann wie HU JINTAO die Notwendigkeit von maßvollen politischen Reformen anerkennen würde. Nun, nachdem die erste Amtsperiode des Parteichefs über die Runden gegangen ist und er im Oktober 2007 für eine zweite fünfjährige Amtsperiode (nach der es keine weitere Verlängerung geben kann) bestätigt worden ist, kann man klar erkennen, dass die Erwartungen zu hoch angesetzt waren. Unter HU JINTAO und WEN JIABAO sind in den ersten fünf Jahren nicht nur politische Reformen selbst bescheidener Natur ausgeblieben, es gab auch Anzeichen **einer gewissen Verhärtung etwa im Bereich der Zensur**. Tatsache jedenfalls ist, dass China heute genau so weit davon entfernt ist, für den Fall von sozialer oder politischer Unrast über funktionierende Ventile zu verfügen, wie dies vor fünf oder zehn Jahren der Fall gewesen war.

Kommt man auf überfällige politische Reformen zu sprechen, so folgt natürlich fast zwangsläufig der Verweis auf die tragischen Ereignisse im Frühling 1989. Von Apologeten des Regimes wird darauf verwiesen, dass der chinesischen Elite die Proteste von 1989 und die Tragödie auf dem *Tiananmenplatz* so in die Knochen gefahren sei, dass sie den Mut zu politischen Reformen verloren hätten. Es ist dieser Hinweis nicht unberechtigt, er hilft aber in der ganzen Kontroverse um überfällige politische Reformen in der

Volksrepublik China nicht weiter. **Zunächst steht fest, dass eines Tages die noch offene Rechnung für die Repressalien im demokratischen Frühling 1989 präsentiert werden wird.** Die Führung eines Landes schießt nicht auf dem emblematischsten Platz der Kapitale ihre eigene Jugend zusammen, ohne dass sie dafür eines Tages zur Rechenschaft gezogen wird. Natürlich werden die Hauptverantwortlichen, wenn dann die Geschichte ausgearbeitet wird, nicht mehr am Leben sein. Doch die Abrechnung braucht ja nicht mit ihnen persönlich gemacht zu werden, sie kann sich auf das Regime als solches beziehen.

Es wäre allerdings falsch, bei der Frage nach den politischen Reformmöglichkeiten und nach den politischen Reformbedürfnissen sich nur auf 1989 zu konzentrieren. In den Jahren davor hatte es wichtige, von der obersten Führungsebene der KPC tolerierte Reformversuche gegeben. Jedem, der nicht völlig blind gegenüber politischen Realitäten ist, muss klar sein, dass auf Dauer eine so tief greifende Umwandlung der Wirtschaft und damit auch der Gesellschaft, wie sie China im vergangenen Vierteljahrhundert verwirklicht hat, ohne politische Erneuerung nicht zu verkraften ist. Die neue Volksrepublik, die im Gefolge der Wirtschaftsreformen entstanden ist, verlangt ihren Bürgern viel an Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein ab. Heute müssen sich die mittelständischen Chinesen entscheiden, ob sie ein Auto kaufen oder für eine Eigentumswohnung sparen wollen, ob sie sich ein Kind mit den entsprechenden Aufwendungen für die Ausbildung leisten können, ob sie in China oder im Ausland studieren oder arbeiten wollen etc. etc. Noch und noch müssen sie Entscheidungen treffen, die für ihr persönliches Leben von weit reichender Bedeutung sind; Entscheidungen zudem, die sie in der Zeit MAOs nie treffen mussten, ja nie treffen konnten. Es sind dies dieselben Entscheidungen, die ein mittelständisches Ehepaar in den westlichen Industriegesellschaften treffen muss. Der fundamentale Unterschied liegt darin, dass die Zeitgenossen im Westen auch über ihr politisches Schicksal befinden können, dass sie die Meinungs- und Pressefreiheit kennen, dass sie in einer rechtsstaatlichen Ordnung leben und alle Rechte eines mündigen Bürgers genießen. All dies trifft auf die Bürger der Volksrepublik

China nicht zu. Sie sind im klassischen Sinne immer noch Untertanen, für welche die staatliche Obrigkeit bestimmt, was ihnen bekommen darf und was nicht.

Wir haben die Implikationen eines wachsenden Reichtumsgefälles bereits angesprochen. Eine ebenso gewaltige Herausforderung an das bestehende System ist das soziale Gefälle in dem Riesenland. Was hat ein Kleinbauer in der Provinz SICHUAN gemein mit einer Jungesellin in SCHANGHAI, die sich überlegt, ob sie eine Tasche bei LOUIS VUITTON kaufen oder besser mit ihren Freundinnen zu einem aufwendigen Nachtessen in einem italienischen Restaurant gehen soll? Während der Bauer in der Provinz HUNAN mit der vertrauten politischen Gängelung zufrieden sein mag, da er sein ganzes Leben hindurch nichts anderes gekannt hat, fragt sich der Hochschulabsolvent in PEKING, der es versteht, auf dem Netz allen staatlichen Zensoren ein Schnippchen zu schlagen, warum er nicht dieselben Rechte für sich reklamieren kann, die er seine Altersgenossen in den USA, in Australien oder in Großbritannien ausüben sieht. Auf einen Nenner gebracht: **die chinesische Führung sieht sich längerfristig mit einem Problem der wachsenden politischen Rastlosigkeit unter den aufstrebenden, urbanisierten Mittelschichten konfrontiert, während sie gleichzeitig auf dem Land mit der uralten Herausforderung zu kämpfen hat, die sich aus dem Zwang ergibt, sich des Mandats des Himmels würdig zu erweisen.**

DENG XIAOPING hatte als Mann seiner Zeit, geprägt durch seine Erfahrungen während des Bürgerkriegs und während MAOs Herrschaft, den Fokus der Modernisierung verständlicherweise auf die Wirtschaft gelegt. Er wollte seine Landsleute endlich aus der jahrhundertalten Misere befreien, nachdem diese Verheißung durch die Volksrepublik wegen der Megalomanie MAOs nicht realisiert worden war. Andere führende Exponenten der KPC wie **HU YAO-BANG** und **ZHAO ZIYANG** hatten allerdings bereits die Zeichen der Zeit erkannt und den richtigen Schluss gezogen, dass neben der sozioökonomischen Modernisierung China auch eine politische Modernisierung brauchte. Die Geschichte ist bekannt, beide scheiterten. ZHAO ZIYANG wurde durch die Ereignisse des demokratischen Frühlings 1989 überrollt und musste für seinen

richtigen Instinkt bis zu seinem Tode mit einem strikten Hausarrest bezahlen.

Spricht man mit Chinesen, die ein offenes Auge für die Strömungen der Zeit haben, so erfährt man selbstverständlich volle Zustimmung zur These, dass es nichts Gottgegebenes gibt, weshalb Chinesen nicht wie Deutsche, Österreicher oder Franzosen auch zu Rechtsstaat und Demokratie befähigt sein sollten. **Bräuchte es überhaupt eines Beweises dafür, dass Chinesen die Mündigkeit zur Demokratie besitzen, so ist sie von TAIWAN bereits in den späten achtziger und in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts geliefert worden.** Neben Spanien hat die Inselrepublik die wohl erfolgreichste politische Transition vom Autoritarismus zur Demokratie realisiert, die es im späten 20. Jahrhundert gegeben hat. **Auch wenn aufgeklärte, reformbereite Chinesen somit bestätigen, dass es kein kulturelles oder gar genetisches Argument gibt, den Chinesen die Fähigkeit zur Demokratie abzusprechen, so werden sie dagegen Argumente ins Feld führen, die mit der Größe und der Vielfalt der Bevölkerung der Volksrepublik zu tun haben.** Es sind diese Argumente, auf welche die heutige Führung nur allzu bereitwillig Bezug nimmt. Demnach ist die Demokratie mit ihrem Prinzip des „one man – one vote“ für die Volksrepublik nicht wünschenswert, weil der Entwicklungsstand der Menschen in dem Riesenland viel zu unterschiedlich ist. Dass die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor auf dem Lande lebt und dass eine überwältigende Mehrheit der Chinesen noch nicht an den Segnungen einer Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts teilhat, wird als Grund dafür ins Feld geführt, weshalb eine Demokratie zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich und auch nicht erwünscht sei. Man bedenke doch, welche Spielwiese China für Populisten aller Art wäre. Nichts wäre leichter, als in den rückständigen Provinzen und Landesteilen einen Wahlkampf mit Fremdenhass, Umverteilungsideologie und Neid zu gewinnen. Wo würden unter diesen Umständen die Stimmen der Mäßigung und der politischen Vernunft noch Gehör finden können? Eine chinesische Regierung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist, könnte für die Welt erheblich unbequemer sein als die heutige Führung, in der kompetente Technokraten das Sagen haben.

Sieht man einmal vom nahe liegenden Argument ab, dass der andere Milliardenstaat, die Indische Union, eine funktionierende Demokratie hat und offensichtlich nicht unter einem Exzess an zerstörerischem Populismus leidet, so sind die Vorbehalte in der Tat bedenkenwert. Gerade der Vergleich mit Indien legt ja auch nahe, dass ein autoritärer Staat beim Aufbau der Infrastruktur und bei der Industrialisierung scheinbar viel erfolgreicher sein kann als eine Demokratie. In der Tat stimmt es, dass die Bürgermeister von SCHANGHAI, GUANGZHOU oder CHENGDU, auch wenn sie nie gewählt worden sind, sich sehr darum bemühen, dass ihre Städte sauber sind und die öffentlichen Dienste funktionieren. Demgegenüber pflegen indische Politiker vor jeder Wahl viel zu versprechen, um nach erfolgter Wahl ihre Versprechungen nur allzu schnell zu vergessen. Geht es um die Implementierung von politischen Entscheidungen, so kann den chinesischen Behörden und Kadern in der Regel nicht Nachlässigkeit zum Vorwurf gemacht werden. In der Tat baut das System auf der Verlässlichkeit von Behörden und Kadern auf – nicht zuletzt, weil sich die Führung in PEKING der revolutionären Neigung der Chinesen bewusst ist und um die Notwendigkeit weiß, sich des „*Mandats des Himmels*“ würdig zu erweisen. Doch ist es paradoxerweise gerade diese Verlässlichkeit, die Versäumnisse wie Korruption, Ineffizienz und Unterdrückung den Menschen umso stärker zum Bewusstsein bringt. In Tat und Wahrheit ist es gerade die Verlässlichkeit, die bei der Implementierung angesagt ist, welche aufgestaute Frustrationen im Falle von systemischem oder persönlichem Versagen zu einer Gefahr für die Stabilität des ganzen Herrschaftsgebäudes der KPC werden lassen. Es ist bereits erwähnt worden, wie sehr China unter dem Fehlen von Ventilen leidet, über welche Unzufriedenheit in einer geordneten Weise entladen werden kann.

Zurück also zum Argument der Zauderer und Systemkonservativen in der chinesischen Führung, wonach die Einführung der Demokratie wegen der mangelnden politischen Mündigkeit der Gesamtbevölkerung nicht möglich sei. Dieses Argument zielt an der Tatsache vorbei, dass ein Mangel an politischer Mündigkeit nicht nur durch ein totalitäres Regime verewigt wird, sondern dass dieser Mangel durch die Repression

nicht beseitigt, sondern nur aufgeschoben wird und bei einem Versagen des Systems umso brutaler und verheerender zu Tage treten kann.

**Nichts kann folglich an der politischen Frage vorbei führen! China schafft entweder die politische Modernisierung oder sein ganzes Modernisierungsprojekt scheitert.** In der jüngsten Geschichte, am Ende des 19. Jahrhunderts hat man dieses Versagen mit seinen katastrophalen Konsequenzen für das darauf folgende Jahrhundert schon einmal erlebt. Die Frage stellt sich deshalb nicht, ob, sondern wann und in welchem Umfange sich China politisch öffnen wird, das heißt einen funktionierenden Rechtsstaat und eine funktionierende Demokratie etablieren wird. Die Alternative dazu wäre nichts anderes als der sichere Systemkollaps, ein Ereignis, das nicht nur für die Chinesen, sondern für die ganze Menschheit gravierende Folgen haben würde.

Es fällt bei China schwer, Vorhersagen über die künftige politische Entwicklung zu machen. Zu groß sind die Ungewissheiten. In den ersten fünf Jahren hat die Führungsriege der vierten KPC-Generation die von manchen erwarteten politischen Reformschritte nicht getan. Wird sie dies in der zweiten fünfjährigen Amtsperiode nachholen? Man muss es hoffen, doch gibt es große Zweifel. Zuviel steht für Partei auf dem Spiel, nicht nur politisch, sondern auch finanziell. Dessen ungeachtet wächst die inhärente Instabilität des Systems. An allen Fronten werden die Herausforderungen größer, von der Umwelt über den Arbeitsmarkt, die Inflation und das Reichtumsgefälle bis hin zur Korruption. Nirgendwo zeichnet sich eine *Remedur* ab. Die Führung operiert mit Appellen, doch mit Worten lässt sich der wachsende Unrast und Unzufriedenheit nicht beikommen. Noch sind die Proteste sporadisch, noch fehlt eine landesweit koordinierte Welle des Aufbegehrens. Doch die Voraussetzungen für eine gefährliche Massenunzufriedenheit sind alle vorhanden und es braucht nur einen Anlass zu geben, an dem sich die rebellische Natur der Chinesen zu entzünden vermag und bei dem die Behörden keine rasche Lösung bereit haben, und schon kann es zu **systemgefährdenden Verwerfungen** kommen. In diesem Falle wäre ein Ausweg nur auf der politischen Ebene zu finden. Gerade

hier beißt sich die Katze in den Schwanz, verfolgt die Führung eine Argumentationslinie, die in die Sackgasse führt. Man führt an, dass die vollwertige Demokratie nicht zu verwirklichen wäre, weil die Masse der Bevölkerung nicht reif dafür sei. Andererseits ist gerade die Abwesenheit der demokratischen Entscheidungsfindung der Grund dafür, weshalb dem Volk die politische Reife abgeht. Wie kann man Mündigkeit erlangen, wenn einem die Chance dazu, diese Mündigkeit zu leben, von Anfang an verbaut wird!

**Im Idealfall sollte der politische Reformprozess schrittweise erfolgen. Am Anfang der ganzen Entwicklung muss die Verwirklichung des Rechtsstaats stehen.** Dies bedingt in allererster Linie, dass auch die KPC den Gesetzen unterstellt wird. Zum Gefüge des Rechtsstaates gehört der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte. Wie erwähnt hat hier China seit den dunklen Tagen MAOS substantielle Fortschritte gemacht, doch die vollumfängliche Realisierung der Menschen- und Bürgerrechte steht noch aus. In wesentlichen Bereichen wie der Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit sind diese Rechte noch immer auf abstrakte Prinzipien beschränkt, die sich im Alltag indessen nicht umsetzen lassen. Es wirkt paradox und auf die Dauer unhaltbar, wenn dieselben Menschen, die sich nun selbständig um die wesentlichen Bereiche ihres Lebens kümmern müssen, nicht frei darüber entscheiden dürfen, was sie lesen und sehen können, welche Informationen sie sich beschaffen oder auch weiter vermitteln wollen. Als noch das marxistische Gedankengut unter europäischen Intellektuellen im Schwange war, war oft das Argument zu hören, dass die Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit ein Luxus sei, dass es erst einmal darum gehen müsse, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, ehe solche „bourgeoise Rechte“ eingeführt werden. Die Realität gerade in Entwicklungsländern hat zur Genüge die Untragbarkeit dieser Argumentation belegt. **Die Gewährleistung der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit ist geradezu eine Vorbedingung für eine ausgeglichene soziale und ökonomische Entwicklung.** Dies gilt gerade auch für China.

Eng verbunden mit der Frage der politischen Mündigkeit ist natürlich auch die Ethik. **China hat in den letzten Jahren zu konfuzianischen**

**Werten zurückgefunden.** Gerade unter den wirtschaftlich erfolgreicheren Schichten macht sich der Wunsch nach einer nicht nur materiellen Sinngebung des Lebens breit. **Religionen wie das Christentum und der Buddhismus finden neuen Zulauf.** Auch die chinesische Führung hat die Notwendigkeit erkannt, die Leere, die durch den faktischen Bankrott des Marxismus und vor allem durch den machtpolitischen Zynismus MAOS geschaffen worden war, zu beheben. Gerade auch vor dem Hintergrund der wachsenden Empörung unter der Bevölkerung über die Korruption müssen wieder Werte geschaffen werden, die den Menschen, insbesondere den jungen Generationen einen Lebenssinn vermitteln und ihnen einsichtig machen sollten, weshalb man sich gewisser Verhaltensregeln befleißigen muss, auch wenn man nicht dauernd überwacht wird. **Parteichef HU JINTAO** hat in den vergangenen Jahren das Ziel einer **harmonischen Gesellschaft** auffällig häufig angemahnt. Unverkennbar ist dabei die Anspielung auf die Werte des „Großen Weisen“. **An die Stelle des Klassenkampfes, der permanenten Revolution ist nun die gesellschaftliche Harmonie getreten.** Harmonie wird übrigens auch den Außenbeziehungen verordnet, was heißt, dass die Volksrepublik auch der Weltrevolution ihre endgültige Absage erteilt hat. Offensichtlich soll die Fokussierung auf den *konfuzianischen* Wert der Harmonie den Druck für politische Reformen mindern. Mit der harmonischen Gesellschaft ist man zwar noch nicht bei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie angelangt, hat aber zumindest die Abkehr von der Konfliktrichtigkeit des alten *maoistischen* Gesellschaftsbilds vollzogen. Es fragt sich bloß, ob damit die überfälligen politischen Reformen hinfällig geworden sind.

Die Frage stellt sich immer wieder, ob, so die chinesische Führung nicht selbst das Zeug hat, überfällige politische Reformen an die Hand zu nehmen, der Fortschritt durch **externen Druck** veranlasst werden kann. Jedes Mal, wenn ein Regierungschef einer westlichen Demokratie PEKING besucht, wird in den eigenen Reihen die Forderung laut, dass er bei den chinesischen Gesprächspartnern den Respekt für Menschen- und Bürgerrechte anzumahnen habe. Auch im Hinblick auf die bevorstehenden **olympischen Sommerspiele** sind zahlreiche westliche

Menschenrechtsorganisationen der Meinung, dass auf PEKING Druck auszuüben sei. Nicht zuletzt bezieht man sich dabei auch auf die verwerfliche Unterstützung, die PEKING menschenverachtenden Regimen wie jenem in BURMA und jenem im SUDAN Unterstützung angedeihen lasse.

Aus aktuellem Anlass ist hier kurz auf den **Streitpunkt „Olympiade 2008“** einzugehen. Die Extrempositionen bei der vorgreifenden Beurteilung der ersten olympischen Spiele in China bewegen sich zwischen Vergleichen mit den **Berliner Spielen von 1936** und Vergleichen mit den **Spiele von SEOUL in 1988**. Im ersten Fall wurde die Olympiade zur Huldigung eines menschenverachtenden Systems missbraucht, im zweiten Fall half die Olympiade der politischen Normalisierung und der Überwindung des Autoritarismus. Die **Ausgangslage bei den PEKINGER Spielen ist äußerst komplex**. PEKING will sich mit einer reibungslosen Durchführung der Olympiade den Respekt der Welt holen und der Weltöffentlichkeit demonstrieren, dass China wieder eine ernst zu nehmende Macht ist. Um dies zu gewährleisten, ist man aus Sicht der chinesischen Führung bereits sehr weit gegangen, indem man dem Riesenheer an ausländischen Medienschaffenden während der Olympiade große Bewegungsfreiheit zusichert. Auf der anderen Seite stehen die Menschenrechtsorganisationen, die in der Vergabe der Olympiade an PEKING nichts anderes als einen *Kotau* vor einem totalitären Regime sehen wollen und die bestrebt sind, den Anlass, so man ihn denn nicht hatte verhindern können, für eine Politik der Beschämung zu benutzen.

Bei all dem sind allerdings auch die politischen Implikationen für die chinesische Innenpolitik zu bedenken. Führen die PEKINGER olympischen Spiele zu dem, was aus chinesischer Sicht ein **Gesichtsverlust** ist, so ist das Risiko groß, dass dies weit reichende und vor allem negative Folgen für all diejenigen Kräfte in der chinesischen Führung und in der KPC haben wird, die für die Öffnung Chinas nach außen plädieren. Man darf auch hier nicht vergessen, dass die KPC kein monolithischer Block ist und dass es konservative Kräfte gibt, denen die Durchführung der Olympiade in PEKING nie geheuer war. Ihre Skepsis, dass das ganze

Projekt China schaden könnte, würde durch einen Gesichts- und Prestigeverlust voll bestätigt werden.

Über die Olympiade hinaus gibt es für uns indessen eine ganze Reihe von Gründen, weshalb wir von vornherein externem Druck für wenig hilfreich erachten, in China etwas auszurichten oder gar im Reich der Mittel politischen Wandel zu provozieren. Es kann keine Zweifel geben, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine neue Weltordnung im Entstehen begriffen ist, wobei zu deren Verständnis weder Clichés noch Wunschvorstellungen, sondern allein Aussagen, die einem Realitätstest standzuhalten vermögen, einträglich sind. Bereits gibt es zahllose Studien, welche die USA zum Abstieg verdammt sehen und in China die neue globale Supermacht wähen. Auch gibt es ebenso unzählige Studien, die vor einem künftigen Clash zwischen den USA und China warnen. Es wird dabei auf die **militärische Aufrüstung der Volksrepublik** hingewiesen, es wird aber auch die Geschichte bemüht, die angeblich beweist, dass ein Zusammenstoß zwischen dem bisherigen Hegemon und einer neuen Weltmacht, die eben diese Hegemonie angreift, unvermeidbar sei. Befürworter eines harten Kurses gegenüber der Volksrepublik China, die darauf drängen, auf das Regime in PEKING Druck auszuüben, um es zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung zu veranlassen, haben wohl auch im Hinterkopf, dass mit politischem Druck der militärische Wettbewerb unterfüttert werden kann und man damit letztlich zu einem ähnlichen Sieg gelangen wird, wie es bei der Rivalität mit der Sowjetunion der Fall gewesen ist. Warum soll man also, auch wenn man externen Druck für politisch wenig wirksam betrachtet, ihn nicht dennoch ausüben, weil ja als Benefiz eine Schwächung des Regimes durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt? **„Regime change“**, dieses magische Wort hat bei den Protagonisten des Systemwettbewerbs trotz den Schwierigkeiten im Irak nichts an Attraktivität verloren. Schließlich lassen sich ja unzählige Argumente ins Feld führen, weshalb China als eine Bedrohung, ja als ein verabscheuungswürdiges Regime abqualifiziert und angeprangert werden kann.

## Was bedeutet Chinas wirtschaftlicher Wiederaufstieg für die Welt?

Nachdem wir nun die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen seit 1976 aufgezeichnet haben, stellt sich die Frage, was das neue China für die Welt insgesamt bedeutet. Dass es sich um ein neues China handelt, daran dürfte es nach dem vorstehend Aufgezeichneten keinen Zweifel mehr geben. **Der Aufbruch aus der Sklaverei und der wirtschaftlichen Misere bedeutet nicht nur für die Chinesen selbst sehr viel, er hat auch für die Außenwelt weit reichende Konsequenzen. Ein Milliarden-volk macht sich nicht auf die stille Weise auf den Weg zu neuen Horizonten.** Chinas Rückkehr in die Weltwirtschaft und auf die Weltbühne ist für die Welt sowohl eine große Chance als auch eine große Herausforderung. Wir werden die sich ergebenden Chancen und Risiken im Folgenden in drei Bereichen darstellen: in der Wirtschaft, in der Geopolitik und in der internationalen Sicherheit.

### Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Wirtschaft:

Chinas Wiederaufstieg als Asiens führende Macht, als Ostasiens Vormacht und als Macht von wachsender Weltgeltung hat Konsequenzen für die Weltwirtschaft. Am augenscheinlichsten wird dies zunächst im **Fernen Osten. In der Nachkriegsordnung hatte sich dort Japan aus mehreren Gründen als Vormacht zu etablieren vermocht.** Zunächst half TOKIO das Bündnis mit den USA, die insbesondere nach dem Ausbruch des Kalten Krieges Japan als ihr wichtigstes Bollwerk („*an unsinkable aircraft carrier*“, ein unsinkbarer Flugzeugträger) in Asien gegen den im Vormarsch befindlichen Kommunismus betrachteten. Das Bündnis mit den USA brachte Japan nicht nur militärische Sicherheit, sondern auch wirtschaftlichen Aufschwung. Zum Zweiten profitierte Japan davon, dass sich seine Eliten nach dem Desaster des kurzlebigen Imperialismus und nach der Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs wieder auf die konstruktiven, nichtmilitanten Stärken des Landes und des japanischen Volks besannen und mit derselben Entschlossenheit, mit der sie den Krieg betrieben hatten, nun die

wirtschaftliche Renaissance in Angriff nahmen. Das Wirtschaftswunder der sechziger und siebziger Jahre war die Folge davon. Als Drittes profitierte Japan davon, dass die Chinesen unter MAO ZEDONG in mehreren Wellen von kollektiver Selbsterstörung sich selbst die Zukunft verbauten. Schließlich als Viertes ist an die weltweite Euphorie, aber auch Besorgnis über *Nippon Inc.* zu erinnern. In den achtziger Jahren gab es unzählige Management Gurus, die nach Art von SERVANT SCHREIBERS „*Le Defi Americain*“ nun die Japaner als die globale Herausforderung betrachteten und die japanischen Managementmethoden und japanischen Großfirmen zu zukunftssträchtigen Vorbildern erklärten.

**Bis gegen das Ende des 20. Jahrhunderts gab es somit kaum Zweifel über die Rangordnung unter den Mächten in Ostasien – Japan stand an der Spitze und China folgte klar dahinter. Im Verlaufe der letzten zehn, zwölf Jahre hat sich dies indessen gründlich verändert.** Nun ist plötzlich China die Nummer eins und die Macht der Zukunft, derweil Japan als hoffnungsloser Fall abgeschrieben wird. Was hat zu diesem Gewinnungswandel geführt? In erster Linie natürlich der phänomenale wirtschaftliche Wiederaufstieg Chinas. Als Zweites die japanische Stagnation in den neunziger Jahren. Als Drittes das selbstbewusstere Auftreten Chinas auf der internationalen Bühne. Insbesondere Präsident CLINTON hatte in seiner zweiten Amtszeit deutlich werden lassen, dass für die USA hinkünftig China zwar nicht ein wertvoller Bündnispartner sein konnte, wie dies Japan war, dass er aber die Volksrepublik eindeutig als kommende Weltmacht und dem gegenüber Japan bloß als ostasiatische Regionalmacht betrachtete. Als Viertes trugen im japanischen Bewusstsein die negative demographische Entwicklung und ein im Vergleich nicht nur zu China, sondern auch zu anderen aufstrebenden asiatischen Mächten geringes Wirtschaftswachstum zur Verunsicherung, ja Verzagtheit bei. Schließlich spielten aber auch hier als Fünftes die üblichen Trends unter den so genannten Meinungsmachern in den Weltmedien eine wichtige Rolle. Nachdem man zuvor Japan nicht genug hatte preisen können, wurde es nun plötzlich zum hoffnungslosen Fall erklärt. Das, was vor kurzem noch als Stärken des japanischen Wirtschaftsmodells gepriesen wurde,

wurde nun plötzlich als strukturelle Schwäche kritisiert. Im Gegenlauf dazu entwickelte sich das chinesische Wirtschaftswunder zum „Darling“ der Welt.

Es gibt vor allem bei den externen Beurteilungen vieles, was reinem Wunschdenken entspricht. Man bedenke einmal die Wirklichkeit, die hinter den Prozentzahlen steht. Wenn China bei einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 1.000 Dollar pro Jahr um zehn Prozent wächst, so ergibt dies einen Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens von 100 Dollar. Wenn im gleichen Zeitraum Japan mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 45.000 Dollar um bloß zwei Prozent jährlich wächst, so bedeutet dies eine Zunahme um 900 Dollar. Der Abstand zwischen der Volksrepublik und Japan wird demzufolge also nicht kleiner, sondern größer. Ebenso ist Vorsicht beim Enthusiasmus über Chinas stets neue Weltrekorde bei den Devisenbeständen angebracht. Auch hier wird vergessen, welche Dimensionen die japanischen Auslandsinvestitionen im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre erreicht haben. Da stehen die Chinesen nach wie vor erst am Anfang ihrer Aufstiegs zu großen Reichtümern.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren gilt aber dennoch, dass die ersten direkten Auswirkungen des chinesischen Wirtschaftswunders im asiatischen Umfeld zu registrieren sind. Dabei gibt es die folgenden drei Faktoren zu berücksichtigen:

- die Synergien mit Südostasien
- die Rivalität mit Japan
- der Wettbewerb mit Indien

**Die Synergien mit Südostasien:** Die westliche Welt erregt sich über die riesigen Außenhandelsüberschüsse, die China seit längerem jedes Jahr gegenüber den USA und der Europäischen Union einführt. Tatsache ist, dass die **gesamte Außenhandelsbilanz** der Chinesen bei Weitem nicht solch tiefschwarze Zahlen ausweist. Daraus muss folgen, dass die Volksrepublik gegenüber anderen Staaten und Weltregionen eine ausgeglichene oder gar negative Handelsbilanz ausweist. Vor allem die südostasiatischen Staaten haben von dem chinesischen Wirtschaftsaufschwung stark profitiert. Im Vergleich zu 1997/98, als die so genannte „Asienkrise“ die Region heimsuchte, sind heute die wirtschaftlichen Vernetzungen

und Abhängigkeiten zwischen China und dem Raum der ASEAN-Staaten viel intensiver. Noch ist es sehr fraglich, ob man bereits heute von einer Abkoppelung des chinesischen Wirtschaftswunders von den Märkten der westlichen Industriestaaten sprechen kann. Die Sorgen im Zusammenhang mit einer Rezession in den USA, die auch die chinesische Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde, sind berechtigt. **Das chinesische Wirtschaftswachstum ist zu exportlastig und bei den chinesischen Exporten spielen die amerikanischen Märkte weiterhin eine Schlüsselrolle.** Es ist höchst unwahrscheinlich, dass innert nützlicher Frist in Asien und anderswo neue Märkte für chinesische Exporte gefunden werden können, welche größere Ausfälle im Handel mit den USA kompensieren könnten.

Jenseits dieser konjunkturpolitischen Erwägungen **steht indessen fest, der Gang der chinesischen Wirtschaft hat einen nachhaltigen Einfluss auf die Konjunktur in den ASEAN-Staaten.** Diese Entwicklung wurde nicht nur durch die chinesischen Bedürfnisse für Rohstoffe und Zwischenprodukte, sondern auch durch die geographische Nähe und – dies insbesondere – durch **die in zahlreichen ASEAN-Staaten florierenden chinesischen Überseegemeinschaften** gefördert.

Die intensivierten Wirtschaftsbeziehungen der Volksrepublik mit dem ASEAN-Raum haben auch zu einem **Gesinnungswandel PEKINGS** gegenüber der multilateralen Zusammenarbeit in Südostasien geführt. Während des Kalten Krieges hatte China ASEAN als eine Speerspitze des Westens im östlichen Asien gesehen. Heute gibt es eine deutliche chinesische Wertschätzung für die wirtschaftlichen wie auch geopolitischen Benefizien der regionalen Zusammenarbeit. PEKING ist sich auch bewusst, dass der rasante Wirtschaftsaufschwung, der ja immer auch mit politischer Einflussmehrung einher geht, in Südostasien für Unbehagen sorgt. Es ist daran zu erinnern, dass **die wirtschaftlich sehr erfolgreichen chinesischen Überseegemeinschaften in Indonesien und in den Philippinen** traditionell unter dem Misstrauen der einheimischen Bevölkerung zu leiden haben, ja dass es gelegentlich gar zu eigentlichen **Pogromen gegen die chinesische Minderheit** gekommen ist.

Im Prinzip haben sich die Chinesen in Südostasien am besten in **Thailand** integriert, was auch mit der Religion zu tun haben mag. Selbstverständlich stellen sie im **Stadtstaat SINGAPUR** die dominante Elite, doch in allen anderen Staaten der Region sind sie bloß eine widerwillig geduldete Minderheit. Zudem hatte es vor nicht allzu langer Zeit einen **Grenzkrieg zwischen China und Vietnam** gegeben. Das Misstrauen und die Ablehnung seitens der Einheimischen rühren aus Neid und Furcht her. Da die Chinesen vor allem im Handel und im Bankwesen große Erfolge haben, werden sie natürlich mit etwelchem Neid beobachtet. Darüber hinaus werden sie wegen der starken Vernetzung, die sie in ihren eigenen Clans und Großfamilien pflegen, gefürchtet. Schließlich erwecken auch die anhaltend starken Bande zu der eigenen Gemeinschaft in China, die auch nach mehreren Generationen noch bestehen, Misstrauen. Oft hat man die mit vorwurfsvollem Ton gestellte Frage gehört, gegenüber wem denn die Chinesen loyal seien, gegenüber ihrer neuen Heimat oder gegenüber dem Land ihrer Ahnen.

**Die Rivalität mit Japan:** Ab und zu liest man in der internationalen Wirtschaftspresse Spekulationen über einen gemeinsamen ostasiatischen Markt, ja gar eine gemeinsame ostasiatische Währung. Es wird dabei auf die positiven Erfahrungen mit der Europäischen Union und dem EURO verwiesen. So wünschbar eine solche Entwicklung wäre, so unrealistisch ist sie vor dem Hintergrund der heute und wohl noch in weite Zukunft hinaus bestehenden **realen Sachverhalte in Ostasien**. Es ist der Verweis auf die EU, der einem bewusst macht, welche gewaltigen sicherheitspolitischen Defizite im ostasiatischen Raume bestehen. Es ist ja auch bemerkenswert, dass es von den bilateralen Bündnissen Südkoreas und Japans mit den Vereinigten Staaten abgesehen **keine grenzüberschreitende Sicherheitsarchitektur** gibt. Selbst die südostasiatische Regionalorganisation ASEAN, die noch weiter hinter der EU zurücksteht, liegt für Ostasien nicht im Bereich der realistischen Optionen.

Woran liegt dies? Der Erfolg der europäischen Modells lässt viele die **Ursprünge der europäischen Einigung** vergessen. Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass sich Europa schon

bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf den Weg der Einigung machen konnte, war die **deutsch-französische Versöhnung**. Diese Aussöhnung zwischen zwei Nachbarn, die sich über Jahrhunderte hinweg bekämpft und im 20. Jahrhundert gleich zweimal ein blutrünstiges Völkerringen geliefert hatten, war das Fundament einer europäischen Einigung, die natürlich auch den wichtigen Support der Hauptsiegermacht des Zweiten Weltkriegs, den USA, besaß.

**Seit dem späten 19. Jahrhundert, vor allem seit der Niederlage Chinas im chinesisch-japanischen Krieg von 1894, ist das japanisch-chinesische Verhältnis eine sehr delikate Angelegenheit.** Zuvor hatten die Kaiser im mächtigen Reich der Mitte die Inselgruppe Japan ignoriert. Nach 1894 ging dies nicht mehr und schließlich sollten im Vorlauf zum Zweiten Weltkrieg die Invasion und brutale Besetzung von großen Teilen Festlandchinas durch die Japaner eine definitive, tief reichende Bruchstelle zwischen den beiden Völkern schaffen. Aus verschiedenen Gründen, die einerseits mit der Mentalität der Völker, andererseits aber auch mit den macht- und geopolitischen Realitäten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu tun hatten, haben die Japaner und die Chinesen bis heute nicht die Aussöhnung schaffen können, die den Franzosen und Deutschen so beispielhaft gelungen ist.

**Im Wege einer dauerhaften Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen steht die Geschichte.** Zwar haben PEKING und TOKIO 1978 einen **Friedens- und Freundschaftsvertrag** abgeschlossen, doch will dies nicht heißen, dass alle tiefgreifenden Irritationen beseitigt worden sind. Der markanteste Unterschied zwischen Nachkriegsdeutschland und Nachkriegsjapan besteht in der Aufarbeitung der Kriegsschuld. Die japanische Gesellschaft hat bis heute nicht das kollektive Schuldbekenntnis realisieren können, das Deutschland abgelegt hat. Es ist auch davon auszugehen, dass angesichts der veränderten Zeitumstände es nie mehr dazu wird kommen können.

Man erinnert sich, dass während der Regierungszeit des japanischen Ministerpräsidenten **JUNICHIRO KOIZUMI** es wiederholt Spannungen und schwerwiegende chinesische Verstimmungen

gab, weil KOIZUMI den aus chinesischer Sicht problematischen YASUKUNI Schrein in TOKIO besucht hatte. Doch auch über solche aus der chinesischen Perspektive provokante Aktionen hinweg, empören sich die Chinesen über den ihrer Ansicht nach verfälschenden und fahrlässigen Umgang mit der jüngeren Geschichte in japanischen Geschichts- und Schulbüchern. Im Gegenzug werfen allerdings auch die Japaner den Chinesen vor, dass, wenn es um die MAO-Zeit geht, eine sachliche und korrekte Aufarbeitung der chinesischen Geschichtsbücher weiterhin aussteht.

Aufschlussreich und ein Fingerzeig auf asiatische, vor allem chinesische Pragmatik ist, dass bis anhin **auch in Phasen einer recht deutlichen chinesisch-japanischen Verstimmung die bilateralen chinesisch-japanischen Handelsbeziehungen keinen Schaden genommen haben.** Offensichtlich überwiegen die konkreten wirtschaftlichen Interessen die hochgespielten Emotionen, die zudem häufig nur auf das einheimische Publikum fokussiert sind. Als KOIZUMI wiederholt den YASUKUNI Schrein besuchte, kam es in mehreren chinesischen Städten, darunter auch SHANGHAI, zu Steinwürfen gegen japanische Restaurants. Im bilateralen Handel schlug sich die Aufregung indessen nicht negativ nieder, auch kamen japanische Automobile, die bei Chinas neuen Mittelschichten sehr beliebt sind, nicht zu Schaden.

Bemerkenswert ist, welchen eigenständigen Weg die japanischen Firmen bei ihrem Engagement in China gewählt haben. **Ganz eindeutig legen die Japaner erheblich mehr Wert darauf, ihre Produkte vor dem Kopieren durch die Chinesen zu schützen als die Europäer.** In der Regel transferieren denn auch japanische Unternehmen wertvolle Zwischenprodukte und komplexe Produktionsprozesse nicht nach China, sondern behalten sie unter der eigenen Kontrolle. Schuld daran ist nicht nur das traditionelle Misstrauen gegenüber dem übermächtigen Nachbarn. Schuld daran sind auch spezifisch japanische Managementprozesse und natürlich der besondere Zusammenhalt des japanischen Volkes. Im Reich der aufgehenden Sonne spielen denn auch Sorgen um die Selbstversorgung und um das eigene Prestige eine viel größere Rolle als in den westlichen Industrienationen.

Ungeachtet aller kulturellen, historischen und materiellen Hürden darf aber davon ausgegangen werden, dass auf lange Jahre hinaus der bilaterale Handelsaustausch und die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit **eine immer wichtigere Position** in jedem der beiden Länder erhalten werden. Die Chinesen werden sich den Zugang zur japanischer Hochtechnologie und die Teilhabe an der japanischen Kenntnis von Entwicklungsprozessen nicht durch irgendwelche aus der Mottenkiste der Geschichte hervor geholte Vorurteile zunichte machen lassen. Auch ist der chinesische Arbeitsmarkt für ein Japan, das mit schwerwiegenden demographischen Herausforderungen zu kämpfen hat, ein wichtiges Hinterland, auf das man heute und auch in der Zukunft im ureigenen Interesse nicht verzichten kann.

**Wettbewerb mit Indien:** Dem auswärtigen Beobachter fällt auf, dass, obschon Indien und China Nachbarn sind, **der wirtschaftliche, aber auch der kulturelle Austausch im Verlaufe der Jahrtausende und Jahrhunderte recht begrenzt geblieben ist.** Dies hat natürlich auch seine geographischen Gründe. Auffällig ist, dass mit Blick auf den Buddhismus der kulturelle Transfer von Indien nach China erheblich viel wichtiger und nachhaltiger war als der Austausch in die umgekehrte Richtung. Von den exponierten und marginalen Regionen des östlichen Indien abgesehen, gibt es auf dem indischen Subkontinent keine nennenswerten chinesischen Einflüsse.

Indien ist mit **ein paar Jahren Verspätung** gegenüber China als dritte asiatische Wirtschaftsmacht auf die Weltbühne zurück gekehrt. Diese Verspätung hat unter anderem ihren Grund auch darin, dass für die indischen Eliten der Druck zur Öffnung und Modernisierung von Land und Gesellschaft erheblich geringer war, als dies im *postmaoistischen* China der Fall gewesen ist. Indien sind die Verheerungen, die MAO an seinem eigenen Land angerichtet hat, glücklicherweise erspart geblieben. Es gehört zu den bemerkenswertesten Erfolgsausweisen der indischen Eliten, dass sie in der **politischen und rechtstaatlichen Entwicklung** ihres Landes keine gewaltsamen Unterbrüche haben hinnehmen müssen.

Bemerkenswert ist, dass auch in wirtschaftlicher Hinsicht Indien und China als erstes sich nicht auf der bilateralen Ebene angenähert haben, beispielsweise durch eine massive Ausweitung des bilateralen Handels, die der Wirtschaftsstärke der beiden asiatischen Giganten wirklich entsprochen hätte. Vielmehr sind sie draußen in der weiten Welt, **auf Drittmärkten und in Drittländern zu Rivalen geworden**. Der **Wiederaufstieg Indiens und Chinas** zu den beiden **Weltwirtschaftsmächten**, die sie vor der kolonialen Expansion der Europäer im 19. Jahrhundert einmal gewesen waren, bedingt natürlich eine **enorme Nachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern**. Sowohl China als auch Indien sind bei den fossilen Energieträgern nicht in demselben totalen Ausmaße auf Importe angewiesen wie Japan. Insbesondere bei der Kohle verfügen beide Länder über riesige Reserven, wobei allerdings die Qualität eines großen Teils dieser Kohlereserven aus ökologischer Perspektive zu großen Bedenken Anlass geben muss.

Bei Erdgas und Erdöl reicht die Produktion seit langem nicht mehr aus, den massiv gestiegenen Energiebedarf zu decken. In beiden Ländern gibt es zwar noch erhebliche Reserven, wahrscheinlich auch solche, die noch nicht entdeckt worden sind. Andererseits zeigen sich bei den bereits der Ausbeutung zugeführten Quellen Erschöpfungserscheinungen, die sowohl auf physische Limiten als auch auf mangelnde technologische Fertigkeiten zurückzuführen sind. Wie dem auch sei, **Indien und China, die einst auf den Weltenergiemärkten kaum in Erscheinung getreten waren, sind heute „big players“ und kommen sich dabei natürlich ins Gehege**. Es steht zu erwarten, dass die indisch-chinesische Rivalität vor allem auf dem **afrikanischen Kontinent** sich manifestieren wird, aber auch in **Südostasien** wird sie schärfere Konturen annehmen. Dort

scheinen aus nahe liegenden geographischen Gründen die Chinesen vorderhand noch ein „Heimspiel“ zu haben, doch haben die Inder, die traditionell in Richtung Westen zu blicken pflegten, ihre Präsenz unter anderem auch mit sicherheitspolitischen Instrumenten in Südostasien in den letzten Jahren gestärkt, wobei sie natürlich das Misstrauen der südostasiatischen Staaten, insbesondere Vietnams gegenüber dem Koloss China zu ihren Gunsten auszubeuten suchen.

Vorderhand scheint beim Wettbewerb um Absatzmärkte für eigene Produkte die chinesisch-indische Rivalität noch viel bescheidener zu sein als bei dem Wettbewerb um Ressourcen. Dies hat im Wesentlichen damit zu tun, dass sich die beiden Länder unterschiedlich entwickelt haben und sich in den meisten Produktionsbereichen nicht ins Gehege zu kommen brauchen. Etwas plakativ kann man feststellen, dass sich **China zur „Werkstätte der Welt“** und **Indien** mit seiner Fokussierung auf Dienstleistungen und Informationstechnologie zur **„Denkfabrik der Welt“** entwickelt haben. Ohne Zweifel wird aber mit voranschreitendem 21. Jahrhundert die **wechselseitige Durchdringung der beiden Märkte** eine immer wichtigere Rolle spielen. Auf der einen Seite stellt man in Indien fest, dass immer mehr chinesische Billigprodukte in den Basaren auftauchen. Auch gibt es große indische Infrastrukturprojekte, bei denen chinesische Expertise zum Einsatz kommt. Andererseits haben indische Investoren begonnen, sich in großem Maßstab in China zu engagieren, sei dies im Stahlbereich oder im Softwarebereich. Es wird sich in den kommenden Jahren weisen müssen, ob es dadurch zu vermehrten Handelsfriktionen zwischen den beiden Ländern kommen wird oder ob im Gegenteil diese Entwicklung ein Anlass zu vermehrter wirtschaftlicher Integration zwischen den beiden Nachbarn sein wird.

---

## Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Geopolitik

---

Die Dimensionen der chinesischen Bevölkerung verunmöglichen den Aufstieg Chinas zu einer Supermacht, wie sie derzeit die USA (noch) sind. **Der Status einer Weltmacht** ist allerdings dem *Reich der Mitte* schon heute gesichert. Dies stellt Fragen nach den geopolitischen Konsequenzen.

Die Welt hat in den letzten beiden Jahrhunderten viel Erfahrung mit mehr oder weniger dramatischen Gewichtsverlagerungen auf dem alten Kontinent gesammelt. In der Regel mussten diese Erfahrungen mit einem hohen Blutzoll abgegolten werden, man denke an die

beiden Weltkriege, aber auch an die napoleonischen Kriege und viele weitere deutsch-französische, englisch-französische und österreichisch-deutsche und andere Kriegsgänge.

Keine Erfahrung hat die Welt indessen in den letzten zwei Jahrhunderten mit den geopolitischen Konsequenzen einer Wiedererstarkung Chinas sammeln können. In dieser Hinsicht beschreiten wir derzeit wirklich „**Neuland**“. Natürlich hat die Welt die Ausrufung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 und damit die Besiegelung des Sieges der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg als das Signal für den Anbruch einer neuen Epoche in der chinesischen Geschichte zur Kenntnis genommen. Zuweilen, insbesondere während der so genannten „*Großen Kulturrevolution*“ vermochte China sich in einer von den 68-er Unruhen destabilisierten westlichen Welt gar den Mantel einer ideologischen Großmacht zuzulegen. Von geopolitischer Bedeutung war dies alles jedoch nicht, da die Ressourcen, gerade auch die militärischen Ressourcen der Volksrepublik durch interne Bedürfnisse beansprucht wurden. Die Tatsache, dass TAIWAN diese turbulente Periode der Geschichte der Volksrepublik unbeschadet zu überstehen vermochte, spricht Bände. Schließlich waren die russisch-chinesischen Grenzfraktionen (obschon verlustreich) und der vietnamesisch-chinesische Krieg nicht von geopolitisch nachhaltigem Belang. Der Koreakrieg schließlich, in dem die Chinesen sich stark engagierten, war Teil des sowjetisch-amerikanischen Kräftenessens und nicht ein Element der chinesischen Expansionspolitik, wie auch die nachherige geringe Einflussnahme Pekings auf den isolierten nordkoreanischen Militärstaat zeigen sollte.

Heute sehen die Dinge ganz anders aus. Mit dem Ansetzen von wirtschaftlichen Muskeln geht auch eine Zunahme des geopolitischen Gewichts einher, umso mehr als im 21. Jahrhundert vorderhand die wirtschaftliche Potenz erheblich mehr zu gelten scheint als die militärische. Dies war ja nicht immer so, wenn man an die Geschichte der europäischen Nationalstaaten denkt, und es braucht auch nicht auf alle Zeiten hinaus so zu bleiben.

Im unmittelbaren Kontext sind aus dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Reichs der Mitte die folgenden geopolitischen Konsequenzen zu eruieren:

- Chinas ureigenes Interesse an einer stabilen Weltordnung
- Chinas Rückbesinnung auf den Klientelismus
- Chinas Planung und Chinas Verletzbarkeit

### **Chinas ureigenes Interesse an einer stabilen Weltordnung:**

Von weitreichender geopolitischer Bedeutung ist, dass China zu Beginn des 21. Jahrhunderts seine weltrevolutionären Ansprüche und Absichten begraben hat. Auch große Skeptiker, die nicht ohne Grund die Intransparenz der chinesischen Entscheidungsprozesse und die notorische Anfälligkeit von totalitären Einparteiensystemen anführen können, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft von einer weltrevolutionären Gefahr zu sprechen, die von der Volksrepublik ausgehen sollte. Die Welt weiß inzwischen, dass in Hinsicht Weltrevolution China ein „*Papiertiger*“ ist.

Als die Volksrepublik ihren weltrevolutionären Sturm und Drang durchmachte, gab es immerhin plausible Motive für dieses Verhalten PEKINGS. Man war ein ausgepowertes Land und revolutionärer Eifer konnte die Menschen vom Elend des Alltags ablenken. Wenn man schon in allen sozioökonomischen Bereichen zur Schlussgruppe gehörte, so war es zumindest ein Vorzeigestück, wenn man sich zur weltrevolutionären Speerspitze zählen konnte. Wie viele Westler haben denn auch folgsam den *Kotau* vor der Ikone MAO und seinem roten Büchlein gemacht! Dies alles hat sich seit dem Beginn der Reformen von DENG XIAOPING von Grund auf geändert. PEKING braucht heute ein solides Wirtschaftswachstum, um die Menschen bei der Stange zu behalten und es ist sich natürlich bewusst, dass ein guter Teil dieses Wachstums von der erfolgreichen Integration des *Reichs der Mitte* in die Weltwirtschaft abhängt.

China hat zwar noch immer nicht den monumentalen Schritt zur Demokratie vollzogen, aber bezüglich Menschenwürde sind auch in der

Volksrepublik die Zeiten anspruchsvoller geworden! Immer mehr Chinesen, die heute wichtige Entscheide über die Gestaltung ihres Lebens eigenständig fällen müssen, können und wollen die totalitäre Herrschaft der KPC nicht mehr einfach widerspruchslos hinnehmen. Dies bedeutet, dass **Ventile**, über welche man **die Unzufriedenheit und die Frustrationen** in einer geordneten Weise loswerden kann, immer wichtiger werden. Auf jeden Fall gilt aber, dass, sofern das Wirtschaftswachstum sich drastisch abschwächt oder gar wirtschaftliche Verwerfungen wie eine andauernde Inflation oder eine Rezession das Land heimsuchen, die Alleinherrschaft der KPC umso prekärer wird. All dies macht klar, dass die chinesische Führung ein herausragendes Interesse an einer funktionierenden Weltordnung haben muss.

Es ist nicht unzutreffend, die Außen- und Sicherheitspolitik der chinesischen Führung seit etlichen Jahren mit der Orientierung am Status quo zu vergleichen, die im Zentrum der Außenpolitik von METTERNICH gestanden hatte. **China ist im frühen 21. Jahrhundert eine im METTERNICH'schen Sinne konservative Macht.** China benötigt einen ununterbrochenen, sicheren Zufluss von Energie und Rohstoffen. Es ist darauf angewiesen, dass die internationalen Finanzströme funktionieren und es hängt davon ab, dass die globalen Handelsbeziehungen möglichst reibungslos abgewickelt werden können. Protektionismus, Nationalismus, Kriege und Terrorismus schaden nicht nur den wirtschaftlichen Aussichten des Reichs der Mitte, sie bedrohen auch dessen politische Fundamente, indem sie das Wirtschaftswachstum, von dem die politische Legitimität der Führung abhängt, schädigen.

Chinas ureigenes Interesse an einer stabilen Weltordnung dürfte somit kaum zu bestreiten sein. Die Frage stellt sich nun, ob es auch dazu in der Lage ist, den **nötigen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer solchen stabilen Ordnung** zu leisten. Hier stellen sich berechtigte Zweifel ein. Zum einen ergeben sich diese Zweifel aus dem Mangel an militärischen und sicherheitspolitischen Instrumenten, mit denen China seine Interessen über größere Distanzen hinweg absichern könnte. Blickt man auf die Marinekapazitäten, so kann kein Zweifel

bestehen, dass China seine weitläufigen Versorgungs- und Handelsströme nicht aus eigener Kraft schützen kann. Weder in der STRASSE VON MALAKKA noch in der STRASSE VON HORMUZ, ganz zu schweigen von den Weiten des Pazifiks und des Atlantiks kann sich China mit seinen begrenzten Flotten selbständig in Szene setzen.

Es gibt aber auch noch eine zusätzliche Schwierigkeit. Blickt man auf das Abstimmungsverhalten der Volksrepublik in den Vereinten Nationen sowie auf ihre Diplomatie in einer Reihe von akuten Konflikten, vom Balkan über den Mittleren Osten bis hin zum Sudan, so drängt sich der Eindruck auf, dass China mit seinem Verhalten gar alles unternahme, um die internationale Ordnung empfindlich zu stören, also genau das in Frage zu stellen, woran es eigentlich ein ureigenes Interesse haben sollte. Dieser Sachverhalt ist das **eigentliche Paradox der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik.** Wirtschaftliche Interessen, aber auch die eigene Größe drängen die Chinesen in eine konfrontative Haltung gegen die westlichen Mächte, die PEKING kraft seiner geopolitischen Ambitionen auf der Weltbühne als eine hegemonial geprägte Kraft ansehen muss. China muss deshalb einen überaus schwierigen Balanceakt vollziehen, bei dem möglicherweise kurzfristige Erfolge auf Kosten von längerfristigen Interessen gehen können. In mancher Hinsicht erhält deshalb die chinesische Diplomatie den Charakter eines fortdauernden Ausreizen vor allem der amerikanischen Position, obschon sie gleichzeitig keine Mittel hat, ihrer eigenen Haltung die nötigen militärischen Muskeln zu verleihen und, so die USA sich auf eine Provokation wirklich einlassen würden, mit schweren Nachteilen rechnen müsste.

Das klassische Beispiel dafür ist **der Irakkrieg und die chinesische Attitüde gegenüber dem Iran.** China benötigt Erdöl und Erdgas aus dem Mittleren Osten und vor allem der Iran ist ein wichtiger Zulieferer von Energie und zudem ein immer wichtigerer Absatzmarkt für chinesische Güter. Gleichzeitig weiß natürlich sowohl TEHERAN als auch PEKING, dass die chinesische Unterstützung in einer akuten Krise, beispielsweise einem amerikanischen Angriff auf den Iran, belanglos ist und sich im Rhetorischen erschöpfen muss. Sogar noch komplexer werden

die Dinge in Afrika. Der Westen beklagt sich – mit etlichem Zynismus –, dass die Chinesen in Afrika problematische Regimes wie jenes von MUGABE in Zimbabwe unterstützen. Weshalb sie dies tun, ist leicht nachzuvollziehen. Auf der andern Seite wird sich nach einem Führungswechsel in Zimbabwe die Kurzfristigkeit der chinesischen Diplomatie herausstellen. Wir werden im Kapitel „*Sicherheitspolitik*“ ausführlich auf **die gefährliche Ambivalenz von wirtschaftlicher Macht, diplomatischem Einfluss und militärischer Schwäche des Kolosses China eingehen müssen.**

### **Chinas Rückbesinnung auf den Klientelismus:**

Unter MAO ZEDONG war China sehr arm, unermesslich viel ärmer als heute. Dennoch hat es unter dem Aspekt der Weltrevolution, des von ihm proklamierten „*Kriegs der Hütten gegen die Paläste*“ erhebliche Mittel in den Aufbau seiner internationalen Präsenz investiert. Man denke an die chinesischen Vorstöße nach Afrika, wo PEKING mit ambitionierten Entwicklungsprojekten sich Goodwill zu verschaffen suchte. Damals ging es nicht um Rohstoffe und Energiequellen, sondern darum, der internationalen Bewegung sowohl gegen die USA als auch gegen die Sowjetunion Unterstützung zu leihen. **China wollte ein Stachel im Fleisch der beiden Supermächte sein und sah sich dabei als der Advokat der Unterdrückten und Entrechteten.** Es ist sehr fraglich, dass dies China viel an materiellem Ertrag eingebracht hat. Andererseits hing von diesen externen Exkursionen auch die Legitimität und vor allem die Glaubwürdigkeit der eigenen weltrevolutionären Ansprüche ab. Nicht zuletzt spielte auch die Megalomanie des „*Großen Vorsitzenden*“ eine gewisse Rolle.

Nach dem Ende von MAOs Herrschaft, als DENG XIAOPING Ende der siebziger Jahre die Wirtschaftsreformen antrieb, folgten Jahre der Selbstbeschränkung. China benötigte alle Mittel, um sich aus der Rückständigkeit, in der es der *Maoismus* hinterlassen hatte, herauszukommen. Für internationale Solidarität gab es da wenig Interesse. Es kam noch hinzu, dass in der ersten Phase der Wirtschaftsreformen China bei den

meisten Rohstoffen und bei den Energieträgern **Selbstversorger** war. Bis 1995 sollte das *Reich der Mitte* beim Erdöl nicht auf Importe angewiesen sein.

Nachdem die Wirtschaftsreformen einmal an Schwung und Intensität gewannen, sollte sich dies indessen rasch ändern. Chinas wirtschaftlicher Wiederaufstieg resultierte in der raschen Integration des Landes in der Weltwirtschaft. Mit diesem Prozess ging natürlich auch eine Aufwertung der Geopolitik einher. China musste sich einmal mehr auf den Klientelismus als Instrument seiner Außen- und Sicherheitspolitik besinnen. Nachdem unter MAO die Ideologie der Weltrevolution die Antriebskraft geliefert hatte, waren es nun wirtschaftliche Interessen.

Dabei hatte das *Reich der Mitte* mit dem **Verschwinden der Sowjetunion** schon in der Frühphase seiner Reintegration in die Weltwirtschaft eine besondere Herausforderung zu bestehen. Der spektakuläre Fall der Berliner Mauer hat für die Welt das Ende des Kalten Krieges als ein primär europäisches Ereignis erscheinen lassen. In Tat und Wahrheit hatten das Ende des Kalten Krieges und der Kollaps der Sowjetunion auch auf anderen Kontinenten, insbesondere auch in Asien weit reichende Konsequenzen. **Die Volksrepublik China erhielt nach der Selbstaflösung der Sowjetunion neue Nachbarn.** Dies brachte nicht nur neue sicherheitspolitische Sorgen (grenzüberschreitender Terrorismus, schwacher nationaler Zusammenhalt der neuen „Stan-Republiken“), es verschuf China auch neue wirtschaftliche Chancen. Mit der Schaffung des Gremiums der „**SCHANGHAI-Fünf**“ reagierte PEKING rasch und effizient auf die neue Ausgangslage. Es ging dabei um die Realisierung eines Doppelzieles, Sicherheit und Stabilität in den neuen Republiken und deren Einbindung in bilaterale grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation. Aus PEKINGS Perspektive war und ist von besonderer strategischer Bedeutung, **dass Zentralasien riesige Energievorräte hat**, deren Exploration und Ausbeutung nicht nur den zusätzlichen Bedarf der chinesischen Volkswirtschaft zu decken vermögen, sondern die auch PEKINGS Abhängigkeit von Regionen, die nicht in seiner sicherheitspolitischen Reichweite liegen, vermindern helfen.

Aber auch die neue Russische Föderation bot neue Möglichkeiten zum grenzüberschreitenden Klientelismus. **Russlands Ferner Osten** ist ebenfalls mit **riesigen Rohstoff- und Energievorkommen** gesegnet. Moskau ist sich bewusst, dass **sowohl TOKIO als auch PEKING ein gieriges Auge darauf geworden haben**. Entsprechend spielt MOSKAU seit einigen Jahren auch die beiden Nachbarn gegeneinander aus. In beiden Fällen gibt es aus russischer Perspektive sicherheitspolitisch relevante Sachverhalte. Mit Japan hat Russland nach wie vor keinen Friedensvertrag, da die Kontroverse um die KURILEN Inseln noch immer schwelt. Mit China scheinen zwar die Grenzstreitigkeiten auf das Weitere von der Agenda verschwunden zu sein, doch nur ein historischer *Ignoramus* könnte verkennen, dass die Grenzterritorien, die Russland einst unter Zarin KATHARINA DER GROßEN in seinen Reichsverband integriert hatte, wieder zu Streitigkeiten Anlass geben könnten, wann immer dies sein mag.

Die Grenze zur Russischen Föderation ist, wenn man sich auf den Austausch von Gütern und demographische Trends bezieht, seit längerem eine grüne Grenze, wobei die wirtschaftliche Präsenz Chinas auf der Ebene der Klein- und Mittelbetriebe, des Handels und der Dienstleistungen große Fortschritte gemacht hat. Russland ist auch wegen der Abwanderung seiner Bevölkerung aus dem Fernen Osten dadurch in eine gewisse ökonomische Abhängigkeit von China geraten, derweil gleichzeitig der enorme Energie- und Rohstoffbedarf Chinas der Russischen Föderation neue Handhabe bietet.

Auch im Verhältnis zu **Südostasien** hat Chinas Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft neue Klientelverhältnisse geschaffen. In der Hochzeit der Ideologien sah PEKING alle multilateralen und regionalen Institutionen als eine Gefährdung an. Man wollte quasi nach Sitte der Kaiserdynastien mit jedem Staat einzeln verhandeln, um dadurch seine eigene Überlegenheit in die Waagschale werfen zu können. Regionale Kooperation wurde als ein „*ganging up*“ gegen China betrachtet. Diese Einstellung hat sich von Grund auf geändert. Seit der Boomphase der chinesischen Wirtschaftsreformen ist das Interesse Chinas an funktionierenden regionalen Zusammenschlüssen und

multilateraler Zusammenarbeit drastisch gestiegen, da man diesen Mechanismen richtigerweise eine große stabilisierende Wirkung auf die internationalen Beziehungen zuschreibt. Schließlich braucht man, wenn man nicht Revolution, sondern Güter exportiert, stabile Rahmenbedingungen für den internationalen Kommerz. Genau dies kann aber eine Regionalorganisation wie die ASEAN beschaffen.

### **Chinas Planung und Chinas Verletzbarkeit:**

Wir haben bereits unsere Zweifel daran, dass China eine Marktwirtschaft ist, angemeldet. Unter anderem wurde die besondere Natur des chinesischen Finanzsektors mit dem dominanten Einfluss der Partei erwähnt. Hier muss nun auf ein weiteres Phänomen der chinesischen Wirtschaftsentwicklung eingegangen werden, das ebenfalls mit dem traditionellen Verständnis einer Marktwirtschaft, wie es im Westen gang und gäbe ist, nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Es handelt sich um die makroökonomische Planung, die ein Ergebnis des absoluten Primats der Politik in der chinesischen Volkswirtschaft ist.

Planung an und für sich braucht nicht im Konflikt mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu stehen. Auch private Akteure müssen ihre langfristigen Strategien planen. Der wesentliche Unterschied ergibt sich aus der **Zweckorientierung der Planung**. In den Unternehmen richtet sich der Zweck ausschließlich auf den wirtschaftlichen Ertrag, auf die Gewinnmaximierung. In einer westlichen Demokratie wirken natürlich in der makroökonomischen Planung auch politische Motive mit. Jede Regierung will sich damit Popularität an den Urnen und den Erhalt der Macht sichern. Das **Besondere an der chinesischen Situation besteht darin, dass alle wirtschaftliche Planung dem Oberziel der Machterhaltung der Einparteienherrschaft untergeordnet ist**.

Westliche Medien ergehen sich oft in Spekulationen über Erklärungen von Ministern und anderen hohen Behörden in China. In Tat und Wahrheit sind es **allein die höchsten Pateigremien, die in wirtschaftspolitischen Schlüsselfragen die Entscheidungsgewalt**

haben. Diese Organe sind anders als Regierungen in demokratischen Systemen niemandem Rechenschaft schuldig. Noch wichtiger ist jedoch, dass alle Entscheidungen unter **politischen** und nicht unter wirtschaftlichen Aspekten getroffen werden. Der **Primat der Politik** ist in den westlichen Industriestaaten durch die rasant gewachsene Komplexität der Wirtschaft unterminiert worden. Auch wenn die Politiker es möchten, so könnten sie den Primat der Politik nicht mehr umsetzen. Schuld daran ist vor allem auch die **Internationalisierung oder Globalisierung der Wirtschaft**. Diese entzieht wichtige Verfügungsgewalten, die früher sehr weitgehend dem nationalstaatlichen Rahmen vorbehalten waren, den nationalen Behörden. Es ist ein **Standortwettbewerb** entstanden, welcher die Machtbefugnisse der Regierungen kräftig zurück stützt.

Natürlich ist durch die wirtschaftliche Modernisierung auch die Volksrepublik China in diesen Standortwettbewerb einbezogen worden. Allein schon die Tatsache, dass sich China als „*Werkstätte der Welt*“ etabliert hat, ist ein Indiz dafür, wie sehr sich die chinesische Führung den Globalisierungsprozess zunutze gemacht hat. Wir haben an früherer Stelle denn auch bemerkt, dass Chinas Reformen entscheidend durch die günstigen internationalen Rahmenbedingungen ermöglicht und erleichtert wurden und dass China ein Trittbrettfahrer im von den westlichen Industrienationen gestalteten weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmen ist. **Dennoch ist unverkennbar, dass im Gegensatz zu den Konkurrenten im Westen Peking seinen politischen Primat nicht aufgegeben hat.** Es lässt sich dies in der Preispolitik ebenso wie in der Investitionspolitik, in der Währungspolitik ebenso wie in der Industriepolitik erkennen. Die Volksrepublik nimmt denn auch in diesen Bereichen erhebliche **Ineffizienzen bei volkswirtschaftlichen Planzielen** in Kauf, die auf der einen Seite der Stabilität des Regimes dienen sollen, deren Kosten andererseits von einer boomenden chinesischen Volkswirtschaft bis anhin ohne größere makroökonomische Verwerfungen haben gemeistert werden können.

Es ist wichtig in Betracht zu ziehen, dass dieser Kurs des Primats der Politik bei gleichzeitiger Öffnung der Wirtschaft und bei gleichzeitiger

Stärkung von marktwirtschaftlich orientierten Strukturen und marktwirtschaftlich operierenden Wirtschaftsakteuren nichts ausschließlich Chinesisches ist. Es hat diese **eigenartige Mischung von politischer Planung und wirtschaftlichen Freiräumen** auch nichts mit dem Erbe oder der Reform von postkommunistischen Strukturen zu tun, ansonsten es andere ehemals kommunistische Staaten hätten imitieren können. Man denke insbesondere an die Sowjetunion unter GORBATSCHEW. Dass das chinesische Beispiel im Ostblock nicht hat Schule machen können, hat damit zu tun, dass China in seinem reformpolitischen Lehrbuch sozialistische Versatzstücke nur in rhetorischer Form beibehalten hat, indem die Führung etwa vom „*Sozialismus mit chinesischem Gesicht*“ spricht – ein Slogan, der übrigens in den letzten Jahren weniger häufig aus der ideologischen Mottenkiste hervorgebracht worden ist.

**Tatsache ist, dass der Akzent nicht auf dem Wort „Sozialismus“, sondern auf den Wörtern „mit chinesischem Gesicht“ zu setzen ist und dass zudem das „chinesische Gesicht“ mit dem Bezug „nach japanischem Vorbild“ aufgeschlüsselt werden muss.** Es ist bereits erwähnt worden, dass bei MAOs Welt- und Menschenbild sowie bei seinem Herrschaftsverständnis nicht MARX, ENGELS und LENIN, sondern die Legalisten aus dem dritten vorchristlichen Jahrhundert Pate gestanden waren. Auch beim „*Sozialismus mit chinesischem Gesicht*“ gilt, dass die Vorbilder aus dem vertrauten ostasiatischen Kulturraum und nicht aus der fernen und fremden westlichen Zivilisation bezogen worden sind.

**Die entscheidende Referenzgröße für die chinesische Modernisierung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts war das japanische Wirtschaftswunder.** Bereits Ende des 19. Jahrhunderts, als in Japan die MEIJI Restauration über die Bühne ging, hatten die chinesischen Modernisierer nach Japan geblickt. Es sollte zum Verhängnis Chinas im 20. Jahrhundert werden, dass die reaktionären Kräfte am Kaiserhof die Oberhand behielten und sich die Reformer nicht durchsetzen konnten. Jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts sehen die Dinge anders aus. China hat seine Lehren aus dem wirtschaftlichen Erfolg Japans gezogen, nicht

nur aus dem wirtschaftlichen Erfolg allerdings! **Man hat in PEKING auch sehr aufmerksam die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Aufstiegs Japans zur zweitwichtigsten Wirtschaftsmacht der Welt verfolgt.** Dass seit 1955 während der gesamten Phase der wirtschaftlichen Erstarkung Japans praktisch die ganze Zeit die LDP allein regierte, dürfte bei der chinesischen Führung nicht unbeachtet geblieben sein. Auch nicht der exemplarische nationale Zusammenhalt Japans und die soziale Disziplin seiner Bevölkerung.

Nach dem Desaster mit dem kurzlebigen militärischen Imperialismus hatte sich Japan in den fünfziger und sechziger Jahren auf seine wirtschaftlichen Stärken besonnen und quasi beschlossen, eine „**Kriegführung mit anderen, will heißen wirtschaftlichen Mitteln**“ zu betreiben. Dieser Kurs ist es, den China mit seinen Reformen und seinem „*Sozialismus mit chinesischem Gesicht*“ zu emulieren sucht.

Es ist der Blick auf Japan, der nicht nur Chinas Planung, sondern auch seine Verletzbarkeit erhellt. **China ist eben nicht Japan, seine Menschen sind keine Japaner** und dies schlägt sich in allen Bereichen, von der Politik über die Gesellschaft bis in die Wirtschaft nieder. Die Kohäsion und Diszipliniertheit der japanischen Bevölkerung findet sich bei den Chinesen nicht. Provinzpartikularismus und vor allem eine ausgeprägte Klanbezogenheit

unterminieren die Kontrolle durch die zentrale Autorität. Die Klage der Chinesen, dass sie gegenüber den zahlenmäßig deutlich unterlegenen Japanern wegen ihrer Zerstrittenheit untereinander im Nachteil seien, hat eben doch ihre historische und kulturelle Berechtigung. Es gibt, wenn man vom TIBET und den Territorien der UIGUREN absieht, in China keinen realistischen Grund für Separatismus. Dennoch sind die „*Vizekönigreiche*“ auf der Provinzebene unverkennbar. Vieles was in PEKING geplant wird, scheitert letztlich an der mangelnden Durchsetzungskraft der Zentralbehörden in den Provinzen. Es haben sich diese Führungsdefizite wegen des gewachsenen Reichtumsgefälle zwischen den Regionen und Provinzen in den letzten Jahren gar noch akzentuiert.

Auf jeden Fall muss auch aus der geopolitischen Perspektive gelten, dass der Primat der Politik, der PEKING im Vergleich mit anderen asiatischen Großmächten, insbesondere im Vergleich mit Indien, so stark und dezidiert erscheinen lässt, eben doch nicht die ganze Realität widerspiegelt. Gravierende Achillesfersen finden sich in der im Vergleich zu Japan viel größeren Vielfaltigkeit der chinesischen Bevölkerung sowie in den Traditionen der *konfuzianischen* Familienbezogenheit, die wiederum über den Klan, den Klientelismus und die örtlichen Seilschaften die Planungsmacht der Zentralgewalt empfindlich und spürbar einschränkt und reduziert.

---

## Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken für die internationale Sicherheit

---

Es kann keine Zweifel geben, dass der wirtschaftliche Wiederaufstieg Chinas auch **weit reichende sicherheitspolitische Konsequenzen** hat. Diese sind für die **internationale Gemeinschaft** von besonderem Belang. Blickt man auf die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte zurück, so muss man zum Schluss kommen, dass praktisch jedes Mal, wenn sich eine neue Macht auf der Weltbühne etablierte, es zu Krieg und großen Verwerfungen gekommen ist. Dies war der Fall bei NAPOLEON, dies war der Fall bei BISMARCKs *Deutschem Reich*, dies war der Fall beim „*Dritten Reich*“ und dies war der Fall beim japanischen Imperialismus. Vor diesem Hintergrund wirft die wirtschaftliche und

geopolitische Renaissance Chinas die **Frage auf, ob es diesmal gelingen wird, ohne Krieg eine neue Weltmacht in das internationale Gefüge zu integrieren.** Ob es gelingt, hängt sowohl von der Volksrepublik China selbst, als auch von den anderen einflussreichen Akteuren auf der Weltbühne, insbesondere den USA, ab. Im Vordergrund stehen die folgenden Problemkreise:

- Welchen militärischen Ertrag wirft das chinesische Wirtschaftswunder ab?
- Wie konstruktiv wird das neu erstarkte China auf der Weltbühne operieren?
- Könnte China bei ernsthaften internen Schwierigkeiten zu externen Abenteuern verleitet werden?

## Welchen militärischen Ertrag wirft das chinesische Wirtschaftswunder ab?

Mehr Wirtschaftsleistung bedeutet mehr Mittel, die für die Landesverteidigung zur Verfügung stehen. Dieser logische Sachverhalt trifft auch auf China zu. Seit MAO ZEDONG gilt, dass die Partei die Gewehre kontrolliert. Daran hat sich nichts geändert. Der 2002 begonnene Übergang von der dritten auf die vierte Führungsgeneration war erst abgeschlossen, als 2004 Staats- und Parteichef HU JINTAO auch den wichtigsten Posten seines Amtsvorgängers JIANG ZEMIN, den Vorsitz der Zentralen Militärkommission, übernommen hatte. In diesem Ausschuss sitzen zwar auch hohe Militärs, doch ist die zivile Kontrolle unbestritten. Hinzu kommt, dass im nach sowjetischem Vorbild aufgebauten militärischen Apparat neben der Volksbefreiungsarmee die bewaffnete Volkspolizei ein zentrales Hindernis für jegliche *bonapartistischen* Regungen ist. Schließlich ist zu bedenken, dass für China wie für alle vielgestaltigen Länder mit mehreren großen Bevölkerungszentren die Erfahrung zählt, wonach Militärregime sich nur in kleinen Staaten oder in Ländern mit einer ziemlich monokulturellen Bevölkerung über längere Zeit erfolgreich behaupten können.

In den letzten Jahren hat die **kräftige Aufstockung des chinesischen Militärhaushalts** erhebliche internationale Beachtung gefunden. Die Frage stellt sich, was dahinter steht. Im Wesentlichen scheint es sich bei **der Aufbesserung des Militärbudgets um drei Motive zu handeln: um eine Professionalisierung der Streitkräfte; um eine überfällige Modernisierung der Landesverteidigung; und um das Zulegen von militärischen Kapazitäten, die der neuen Position Chinas als Weltmacht und asiatische Vormacht Rechnung tragen.** Vor allem die USA, aber auch Japan haben auf die wiederholten Erhöhungen des chinesischen Militärhaushalts um zuletzt bis zu 17 Prozent mit Besorgnis reagiert. Es ist dies verständlich, auch wenn zu berücksichtigen ist, **dass sich das chinesische Verteidigungsbudget im Vergleich zur Supermacht USA auf einem sehr bescheidenen Niveau bewegt.** Dies gilt, selbst wenn man in Rechnung stellt,

dass erhebliche Mittel, die in militärisch nutzbare Forschung und Entwicklung sowie in die paramilitärischen Kräfte investiert werden, **nicht** im ordentlichen Militärhaushalt enthalten sind.

Blickt man auf die generelle Entwicklung Chinas, so lässt sich indessen nicht übersehen, dass das **Wirtschaftswunder PEKING gewaltige Mittel in die Hände gegeben hat und auch in Zukunft geben wird.** Der chinesische Staatshaushalt befindet sich dank reichlich sprudelnder Steuereinnahmen in einer fiskalisch beneidenswert soliden Verfassung. Hinzu kommen die gewaltigen Devisenreserven, die PEKING ebenfalls in zahlreichen staatlichen Aufgabebereichen eine präzedenzlose finanzielle Bewegungsfreiheit verleihen. Auch wenn zu berücksichtigen ist, dass um der höchst zerbrechlichen sozialen Stabilität willen PEKING beträchtliche Mittel zu palliativen Zwecken bereithalten muss, und auch wenn zu berücksichtigen ist, dass bei einem starken konjunkturellen Abschwung die geäufteten Reserven rasch dahinschmelzen können, so gilt dennoch, dass die militärische Stärke China durch das Wirtschaftswunder massiv erhöht wird. **China kann sich heute alles leisten, was es auf den internationalen Märkten an modernsten Waffen und Waffensystemen gibt.** Die einzige Hürde sind das Waffenembargo der EU sowie die restriktiven Praktiken der USA bei der Ausfuhr und dem Transfer von hochwertiger militärischer Ausrüstung oder von Hochtechnologie mit dualen Verwendungszwecken.

Zu bedenken ist ferner, dass das Wirtschaftswunder PEKING nicht nur die nötigen finanziellen Mittel und Devisen verschafft, um seine Streitkräfte aufzurüsten, sondern dass es auch die **Voraussetzungen für eine fortlaufende Modernisierung der industriellen Basis des Landes** fördert. Davon profitiert nicht zuletzt auch der Verteidigungssektor, der **Zugang zu neuen Produktionsverfahren, zu neuen Technologien und zu neuen Ausbildungsmethoden** erhält. Vom Infanterielastwagen über die Ausrüstung der Übermittlungstruppen bis hin zur Ausbildung von Staboffizieren und zur Entwicklung von nuklearen Langstreckenraketen, alles kann von den durch das Wirtschaftswunder ermöglichten Innovationen profitieren.

## Wie konstruktiv wird das neu erstarkte China auf der internationalen Bühne operieren?

Natürlich ist die Bewertung, ob sich ein Land auf der internationalen Bühne konstruktiv verhält, eine sehr umstrittene und vor allem eine sehr subjektive Sache. Eine Regierung mag der Meinung sein, ihre Sicherheits- und Außenpolitik diene dem Allgemeinwohl der Welt, einer Welt jedoch, die im Gegenzug davon nicht überzeugt ist - schon gar nicht, wenn ausschließlich altruistische Motive reklamiert werden. Wohl am eindrucklichsten ist das Auseinanderklaffen von subjektiver Eigenwahrnehmung und externer Wahrnehmung in der amerikanischen Sicherheitspolitik zu erkennen, man denke etwa an den Krieg gegen den internationalen Terror und den Einmarsch im Irak. Während PEKING rasch zur Stelle ist, bei Drittparteien, insbesondere bei den USA stets üble Hinterabsichten zu vermuten, reklamiert es selbstverständlich für seine Außen- und Sicherheitspolitik nur die nobelsten Motive. Es stößt damit natürlich genau so gut auf die berechnete Skepsis vor allem seiner unmittelbaren Nachbarn wie der amerikanischen Außenpolitik. Immerhin hat **Staats- und Parteichef HU JINTAO** das für die einheimische Politik gedachte Prinzip der Harmonie ausdrücklich auch zur Maxime für die chinesische Außenpolitik erklärt.

China strebt offensichtlich nicht mehr die Weltrevolution an. Doch als aufsteigende Weltmacht verfolgt es zweifellos seine strategischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Ziele mit immer größerem Selbstbewusstsein und mit immer größerer Effizienz. Dies kann in sich selbst zu neuen Konflikten führen. **Doch darüber hinaus ist als weiteres Konfliktpotenzial die Tatsache zu werten, dass China eine „wounded civilization“, eine verwundete Zivilisation, ist.** Ein wenig lässt sich dieses Phänomen mit den Schwierigkeiten eines Neureichen beim Aufenthalt in einem altehrwürdigen Luxushotel vergleichen. Er wird seine Unsicherheit durch auftrumpfendes Gehabe, mit dem er sich bei einem als arrogant empfundenen Personal Respekt verschaffen will, zu kaschieren suchen. Das Stigma der „wounded civilization“ rührt, wie wir an früherer Stelle

herausgearbeitet hatten, aus den Erniedrigungen her, die China vor allem im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat erdulden müssen. Nun, mit dem Wirtschaftswunder, ist man wieder wer und will entsprechend respektiert, ja gefürchtet werden. Der leiseste Verdacht, dass es nicht statusgemäß behandelt wird, kann PEKING in Rage bringen.

China ist also ein Neuzugänger am Tisch der Weltmächte. Wähnt es sich ernst genommen und mit dem gebührenden Respekt behandelt, so ist es bereit, einen konstruktiven Beitrag zur internationalen Ordnung zu leisten. Dies umso mehr, als die chinesische Führung natürlich sehr wohl erkannt hat, dass inzwischen das Schicksal Chinas auch zu einem guten Teil davon abhängt, wie sich der Welthandel, die weltweiten Finanz- und Produktströme sowie die internationale Ordnung generell entwickeln. Es hat auch ein ureigenes Interesse an der Stabilität. Diese Konvergenz der Interessen sollte die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere aber die westlichen Industriestaaten geschickt nutzen, um China in eine neue Weltordnung einzubinden. Wie erwähnt, Interessenkonflikte werden sich nie vollständig vermeiden lassen, doch kann sehr viel dafür getan werden, dass sie durch verletzte Sensibilitäten nicht noch zusätzlich angeheizt werden.

## Könnte China bei ernsthaften internen Schwierigkeiten zu externen Abenteuern verleitet werden?

Ganz eindeutig haben sich **mit dem Wiederaufstieg Chinas auch die Möglichkeiten, dass das Land sich voreilig in irgendwelchen externen Abenteuern engagiert, drastisch vermindert.** TAIWAN bleibt natürlich ein potenzieller Konfliktherd, doch auch hier sind eigentlich die Parameter, die zu einer Eskalation oder gar zu einem Kriegsausbruch Anlass geben könnten, weit herum bekannt. Es ist bereits erwähnt worden, dass die Systemstabilität, das heißt der Erhalt der uneingeschränkten Macht der KPC, das oberste Gebot für die PEKINGER Führung ist. Mit dem drastisch gestiegenen Ausbildungs- und Expertenstand der hohen und höchsten Parteikader ist die

Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass die Führung sich der Risiken, die externe Abenteuer für das Überleben des Systems und damit für den Erhalt ihrer eigenen Macht in sich bergen, sehr wohl bewusst ist. Nicht zuletzt sind es die **Herausforderungen, welche die durch die Milliardenbevölkerung stets noch gesteigerten sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme beschaffen, die gegen außen- und sicherheitspolitisches Abenteuerum sprechen.** Ein Krieg, selbst wenn er sich auf TAIWAN beschränken ließe, würde so viele Unwägbarkeiten und innenpolitische Konsequenzen in sich bergen, dass er sich schlicht nicht rentiert. Von dieser Seite her gibt es also wenig Grund, daran zu zweifeln, dass sich China unter normalen Umständen auf dem internationalen Parkett friedfertig verhalten wird.

Eine ganze andere Frage ist jedoch, was geschieht, wenn die KPC-Herrschaft in ernste Gefahr gerät und wenn eine landesweite Welle der Unzufriedenheit, ausgelöst beispielsweise durch anhaltend hohe Inflationsraten, in offene Rebellion umschlägt. Die Versuchung mag unter solchen Umständen groß sein, von internen Schwierigkeiten durch eine internationale Krise abzulenken. **Tatsächlich schafft aber der in den letzten Jahrzehnten massiv gewachsene Mittelstand eine wirksame Barriere gegen solche Versuchungen.** Heute haben rund 250 Millionen Menschen im Reich der Mitte viel zu verlieren, in ein paar Jahren werden es gar 400 Millionen sein. Diesen steht nicht mehr der Sinn nach Revolution und Krieg, sondern nach Stabilität und Ordnung.

Es wird auch in Zukunft wie während der vergangenen Jahre (antijapanische und anti-amerikanische Demonstrationen, Säbelrasseln im Zusammenhang mit dem amerikanischen Spionageflugzeug, das auf HAINAN notlanden musste) **immer wieder Proteste gegen fremde Mächte geben, so die Führung solche Manifestationen als nützlich erachtet.** Doch eine landesweite militante Bewegung der nationalen Erweckung gehört wohl kaum zu den Szenarien der chinesischen Führung. Die meisten der führenden Exponenten von KPC-Apparat und Regierung sind sich der Gefahren, die einer solchen letztlich nicht mehr kontrollierbaren Unzufriedenheitsbewegung entspringen können, sehr wohl bewusst. Man hat im Zusammenhang von Protesten gegen die USA oder gegen Japan wiederholt die Erfahrung gemacht, dass sich Emotionen bilden können, die von den ursprünglichen Initiatoren der Proteste nicht mehr kontrolliert werden können. **Die chinesische Führung weiß, dass sogenannte „spontane“ Proteste gegen Ausländer rasch auch in Manifestationen gegen die eigene (chinesische) Regierung umschlagen können.** Fremdenhass ist traditionell auch in China keine dauerhafte Plattform, auf der man seine politische Karriere und eine stabile politische Ordnung aufbauen könnte. Vielmehr sind die Aktionen und Ressentiments, die aus der Xenophobie erwachsen, in der Regel sehr kurzzeitiger, emotionaler Natur. Nachdem Dampf abgelassen worden ist, geht man jeweils relativ rasch wieder zum *courant normal* über, wie dies die chinesisch-japanischen Beziehungen während der letzten drei Jahrzehnte demonstriert haben. Daran dürfte sich auch in den nächsten zehn, zwanzig Jahren kaum etwas ändern.

---

1) Der *Große Sprung nach vorn* (1958 – 1962) war MAOs Versuch, die Industrieproduktion (auf Kosten der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung) mit allen Mitteln zu steigern. Der daraus folgenden Hungersnot fielen 20 – 40 Millionen Menschen zum Opfer.

2) *Kulakenverfolgung* STALIN ließ zwischen 1928 und 1933 Millionen landbesitzende Bauern enteignen, deportieren und schließlich töten, um seinen Plan der Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen.

3) *Rostgürtel* beschreibt die Regionen mit veralteter (Grundstoff)-Industrie.

4) Die Institution des *Komprador* (chinesisch *maiban*) spielte im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle im Handel des Westens mit China. Er war das Oberhaupt des chinesischen Personals eines ausländischen Unternehmens (chinesisch *yang-hang*) und rekrutierte, beaufsichtigte und bezahlte die chinesischen Arbeitskräfte. Er gewann seiner Firma chinesische Kunden, führte die Geschäftsverhandlungen mit ihnen und beurteilte ihre Kreditwürdigkeit; er überbrückte Barrieren (Sprache, Schrift, unterschiedliche Geschäftspraktiken).

(Quelle: Wikipedia)

## **Bibliographie**

- Charles Allen**, *The Search for Shangri-La. A Journey into Tibetan History*. London, 1999
- Jasper Becker**, *The Chinese*. London, 2000
- Jasper Becker**, *Hungry Ghosts. China's Secret Famine*. London, 1996
- Daniel A. Bell**, *East Meets West. Human Rights and Democracy in East Asia*. Princeton, 2000
- Robert Benewick & Paul Wingrove**, *China in the 1990s*. London, 1995
- Iris Chang**, *The Rape of Nanking. The Forgotten Holocaust of World War II*. New York, 1997
- Jung Chang & Jon Halliday**, *Mao. The Unknown Story*. London, 2005
- Linda Chao & Ramon H. Myers**, *The First Chinese Democracy. Political Life in the Republic of China on Taiwan*. Baltimore, 1998
- Sue Ellen M. Charlton**, *Comparing Asian Politics. India, China and Japan*. Boulder (Colorado), 2004
- Joseph Y.S. Cheng**, *China in the Post-Deng Era*. Hong Kong, 1998
- Lee Khoon Choy**, *Pioneers of Modern China. Understanding the Inscrutable Chinese*. Singapore, 2005
- Qu Chunli**, *The Life of Confucius*. Beijing, 1996
- Kevin Cooney**, *Japan's Foreign Policy since 1945*. New York, 2007
- Arthur Cotterell**, *China. A History*. London, 1995
- Wm. Theodore De Bary & Tu Weiming**, *Confucianism and Human Rights*. New York, 1998
- Deng Rong**, *Deng Xiaoping and the Cultural Revolution. A Daughter Recalls the Critical Years*. Beijing, 2002
- John King Fairbank & Merle Goldbank**, *China, a New History*. London, 2006
- John Fitzgerald**, *Awakening China. Politics, Culture, and Class in the Nationalist Revolution*. Stanford, 1996
- Merle Goldman**, *From Comrade to Citizen. The Struggle for Political Rights in China*. London, 2005
- Jack Gray**, *Rebellions and Revolutions. China from the 1800s to the 1980s*. Oxford, 1991
- Zhidong Hao**, *Intellectuals at the Crossroads. The Changing Politics of China's Knowledge Workers*. New York, 2003
- Stuart Harris & Gary Klintworth**, *China as a Great Power. Myths, Realities and Challenges in the Asia-Pacific Region*. Melbourne, 1997
- Richard Hughes**, *Foreign Devil. Thirty Years of Reporting in East Asia*. London, 1975
- John Keay**, *The Honourable Company. A History of the East India Company*. London, 1993
- William W. Keller & Thomas G. Rawski**, *China's Rise and the Balance of Influence in Asia*. Pittsburgh, 2007
- Robert Lawrence Kuhn**, *The Man who Changed China. The Life and Legacy of Jiang Zemin*. New York, 2004
- Laszlo Ladany**, *The Communist Party of China and Marxism. 1921 – 1985. A Self-Portrait*. Hong Kong, 1992
- Willy Wo-Lap Lam**, *China After Deng Xiaoping. The Power Struggle in Beijing Since Tiananmen*. Hong Kong, 1995
- Willy Wo-Lap Lam**, *Chinese Politics in the Hu Jintao Era. New Leaders, New Challenges*. London, 2006
- Raymond Lamont-Brown**, *Tutor to the Dragon Emperor. The Life of Sir Reginald Fleming Johnston at the Court of the Last Emperor*. Stroud, 1999
- John Wilson Lewis & Xue Litai**, *China's Strategic Seapower. The Politics of Force Modernization in the Nuclear Age*. Stanford, 1994

- Zhisui Li**, *The Private Life of Chairman Mao*. London, 1994
- Justin Yifu Lin & Fang Cai & Zhou Li**, *The China Miracle. Development Strategy and Economic Reform*. Hong Kong, 1996
- James Miles** *The Legacy of Tiananmen. China in Disarray*. Michigan, 1996
- Andrew J. Nathan & Robert S. Ross**, *The Great Wall and the Empty Fortress*. London, 1997
- Kevin J. O'Brien & Lianjiang Li**, *Rightful Resistance in Rural China*. New York, 2006
- Minxin Pei**, *China's Trapped Transition. The Limits of Developmental Autocracy*. London, 2006
- Peter C. Perdue**, *China Marches West. The Qing Conquest of Central Eurasia*. London, 2005
- Diana Preston**, *The Boxer Rebellion. China's War on Foreigners, 1900*. London 1999
- Aisin-Gioro Pu Yi**, *From Emperor to Citizen. The Autobiography of Aisin-Gioro Pu Yi*. Beijing, 2002
- Marcia Reynders Ristaino**, *Port of Last Resort. The Diaspora Communities of Shanghai*. Stanford, 2001
- Thomas W. Robinson & David Shambaugh**, *Chinese Foreign Policy*. Oxford, 1994
- Urs Schoettli**, *China. Die neue Weltmacht*. Zürich, 2007
- Konrad Seitz**, *China. Eine Weltmacht kehrt zurück*. Berlin, 2002
- Philip Short**, *Mao. A Life*. London, 1999
- Richard J. Smith**, *China's Cultural Heritage. The Qing Dynasty, 1644-1912*. Oxford, 1994
- Billy K.L. So, John Fitzgerald, Huang Jianli, James K. Chin**, *Power and Identity in the Chinese World Order*. Hong Kong, 2003
- Jonathan D. Spence**, *God's Chinese Son. The Taiping Heavenly Kingdom of Hong Xiuquan*. London, 1996
- Jonathan D. Spence**, *The Gate of Heavenly Peace. The Chinese and their Revolution. 1895-1980*. New York, 1982
- Jonathan D. Spence**, *The Search for Modern China*. New York, 1990
- Jonathan D. Spence**, *The Chan's Great Continent. China in Western Minds*. London, 1998
- John Bryan Starr**, *Understanding China. A Guide to China's Economy, History, and Political Structure*. New York, 1997
- Joe Studwell**, *The China Dream. The Elusive Quest for the Greatest Untapped Market on Earth*. London, 2002
- Masuda Wataru**, *Japan and China. Mutual Representations in the Modern Era*. New York, 2000
- Simon Winchester**, *The River at the Centre of the World. A Journey Up the Yangtze, and Back in Chinese Time*. London, 1996
- L. Alan Winters & Shahid Yusuf**, *Dancing with Giants. China, India, and the Global Economy*. Singapore, 2007
- Mary Clabaugh Wright**, *The Last Stand of Chinese Conservatism. The Tung-Chih Restoration, 1862-1874*. Stanford, 1962
- Jinglian Wu**, *Understanding and Interpreting Chinese Economic Reform*. Singapore, 2005
- Lin Yutang**, *The Importance of Living*. Singapore, 2001
- Ming Zeng & Peter J. Williamson**, *Dragons at Your Door. How Chinese Cost Innovation is Disrupting Global Competition*. Boston, 2007

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

[www.iilp.at](http://www.iilp.at)

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /  
Sponsoring Post  
Verlagspostamt 1010 Wien  
GZ: 06Z037014S

ISBN 978-3-902595-21-8

---

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

REIHE STUDIEN